

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 1. August 1919, Nr. 314.

Abgabe von frischem Pferdefleisch. An nachfolgenden Ständen und Geschäften des Deutsch-östr. Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr, gelangt Samstag, den 2. August frisches Pferdefleisch zum Preise von Kr. 28. pro kg in Höchstausmasse von 1 kg pro Kunde zum Verkauf: II. Bez., Volkertplatz, Radingerstrasse im Werd, III. Bez., St. Marx, Kleistgasse, Kardinal Nagelplatz, IV. Bez., Phorushalle, Naschmarkt, V. Bez., Hundstumpplatz, Kohlgrasse, Siebenbrunnengasse, VII. Bez., Neubaugürtel, IX. Bez., Viriotplatz, Zimmermannsplatz, Sobieskygasse 22, X. Bez., Eugenplatz, Quellenstrasse, Kolombusplatz, Herndlgrasse 7, Favoritenstrasse 166, XI. Bez., Enkplatz, Simmeringer Hauptstrasse, XII. Bez., Niederhofstrasse, Schönbrunnerstrasse, Eichenstrasse, XIII. Bez., Missindorfstrasse, Hütteldorferstrasse, Penzingerstrasse, Linzerstrasse 10, XIV. Bez., Meiselstrasse, Zollernspergstrasse, Storchengasse, XV. Bez., Neubaugürtel, Löhstrasse, XVI. Bez., Maroltlingergasse, Xpenplatz, Joh. Nepomuk Berggasse, XVII. Bez., Weidmannsgasse 40, Lobenhurgasse 21, XVIII. Bez., Gersthofermarkt, Joh. Nepomuk Vogelplatz, Gentzgasse 19, XIX. Bez., Sonnbergplatz, XX. Bez., Hannovergasse, Innstrasse, Zwischenbrücken, XXI. Bez., Magistrat, Bezirksamt, Stadlau.

Der Preis des gepökelten Rindfleisches. Von amtlicher Seite wird entgegen den verschieden verlautbarten Preisen für das gepökelte Rindfleisch mitgeteilt, dass ein kg gepökeltes Rindfleisch 27.20, also ein  $\frac{1}{8}$  kg 3.40, sowohl in der Markthalle, als auch bei den Fleischhauern und Fleischselchern in den Bezirken, kostet.

Frühkartoffelabgabe. Samstag und Sonntag werden im <sup>und XI.</sup> VII. Bez.  $\frac{1}{2}$  kg Frühkartoffel per Kopf, gegen Abtrennung des Abschnittes „D“ der Kartoffelkarte, abgegeben.

2. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 1. August 1919, Nr. 315.

Die Lungenheilanstalt Steinklamm. Wie bekannt, ist die Lungenheilstätte Steinklamm von der Gemeinde Wien käuflich erworben worden. Vor kurzem besichtigten unter Führung des Obmannes des zur Inspizierung der Humanitätsanstalten eingesetzten städt. rätlichen Komitees <sup>St. v. Kaminigum</sup> die St. R. Hackl, Kokrda, Linder, Amalie Seidel, Dr. Alma Seitz, die GR. Dr. Plaschkes, und Schleifer, sowie Oberstadtphysikus Dr. Böhm und Stadtphysikus Dr. Freund die genannte Heilstätte. Steinklamm liegt 306 m über dem Meeresspiegel, windgeschützt, in einem Talkessel und ist ziemlich gut besont, für die Lungenkranken zu Beginn ihrer Erkrankung nach den bisherigen Erfahrungen, eine geeignete und zur Gesundung der Patienten führende Pflegestätte. Wenn Steinklamm auch nicht als eine ideale Heilstätte bezeichnet werden kann, so besitzt sie doch so viele Vorteile, dass <sup>in</sup> in Ermanglung einer vollkommen geeigneten Heilstätte immerhin als eine Errungenschaft der Gemeinde bezeichnet werden kann. Für die Erwerbung von Steinklamm gebührt den St. R. Dr. Grün, Dr. Haas und Vaugoin ein besonderes Verdienst. Die Liegestätten für Sonnenbestrahlung, die Milch aus der eigenen Meierei, die nahrhaften Speisen, die Behandlung auf modernster Grundlage aufgebaut, bürgen für die besten Erfolge. Zur Ausgestaltung der Heilanstalt werden noch verschiedene Einrichtungen und Veränderungen

notwendig sein, die es dann ermöglichen werden, ungefähr 1200 Patienten Unterkunft zu geben. Vorrat soll ein Hochwasserschutzdamm die Stätte vor Überschwemmungen durch die Pielach schützen. Die Kommission konnte sich von dem Wohlbefinden der Patienten, die sich aus allen Teilen der mittleren und ärmeren Bevölkerung zusammensetzen, überzeugen, die ihrer Zufriedenheit mit der Behandlung durch Aerzte und Pflegerinnen, sowie mit den klimatischen Verhältnissen, Ausdruck gaben. Der Anstalt angegliedert ist ein Wirtschaftsbetrieb, dessen Erzeugnisse alle der Heilstätte zu Gute kommen. Um die Entwicklung der Heilstätte haben sich Oberstadtphysikus Dr. Böhm, Stadtphysikus Dr. Freund, der Chefarzt der Anstalt Dr. Feindegger und Mag. Sekretär Dr. Karner grosse Verdienste erworben, denen auch Dr. Grün dem herzlichsten Dank für ihre Bemühungen aussprach. Durch die Erwerbung von Steinklamm, wo für die Patienten ausser durch die natürliche Anlage und die landschaftlichen Vorzüge auch durch Vorträge <sup>und</sup> der Krankheit der Patienten nicht abträgliche Unterhaltung gesorgt wird, ist für die Bekämpfung der Tuberkulose, wieder ein Schritt nach vorwärts getan.

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Winter beschlossen, dem Verbands für weibliche Vormundschaft, zum Zwecke der Fortsetzung seiner Tätigkeit, eine einmalige Subvention von 3000 K zu bewilligen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat die Konzeptspraktikanten Dr. Haas Jüllich, Dr. Friedrich Gangelbauer und Viktor Jellinek zu Kommissaren, die Bauoberkommissäre, Ing. Friedrich Dörfner und Ing. Friedrich Zimmermann zu Bauinspektoren ernannt.

Pensionierung. Der Stadtrat hat den Ansuchen des Mag. R. Ernst Jockl um Versetzung in den dauernden Ruhestand Folge gegeben. Mag. R. Jockl, war Vorstand des Magistratsabts. für Heimats- und Bürgerrechts Angelegenheiten.

Anton Winkler'sche Stiftung. Am 4. September gelangen die Interessen der Anton Winkler'schen Stiftung in Betrage von K 688.10 an einem mit Kindern gesegneten, verarmten, nach Wien zuständigen Familienvater, der in Wien wohnhaft und vom tadellosen Lebenswandel ist, zu Verleihung Gesuche sind bis längstens 20. August in der Kanzlei der Bezirksvertretung des VII. Bez., Hermannsgasse 24-28, II. Stock einzureichen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michau,*

Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 2. August 1919, Nr. 316.

Nachträgliche Sacharinabgabe. Haushalte, welche bei der letzten allgemeinen Sacharinabgabe kein Sacharin erhalten haben, bekommen in der Zeit vom 7. bis 13. August nachträglich Sacharin. Abgabestellen und Abgabebedingungen sind die gleichen, wie bei der letzten Sacharinabgabe; der Bezug kann gegen Abtrennung der Ziffer „44“ des amtlichen Einkaufscheines erfolgen.

Abgabe von Frühkartoffeln. Sonntag, Montag, Dienstag werden im 16. und 17. Bez.  $\frac{1}{2}$  kg Frühkartoffel per Kopf abgegeben, gegen Abtrennung des Abschnittes „E“ der Kartoffelkarte.

Pferdefleisch für Mindestbemittelte. In der 112. Fürsorgeweche wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch stattfinden, die in den Städten der Großschächtereier, XI. Bez. Ankplatz, Simmeringer-Hauptstrasse, XII. Bez. Niedernhofstrasse, Schönbrunnerstrasse, Eichenstrasse, XIII. Bez. Missindorfstrasse, Hütteldorferstrasse, Penzingerstrasse, XIV. Bez. Meiselstrasse, Zollernsperggasse rayoniert sind. Abgetrennt wird der links oben befindliche, durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Jede Person des Haushaltes bekommt 10 kg zum Preise von K. 1.-. Abgabetermine sind: Samstag, den 9. August für A - F, Montag, den 11. August für G - K, Mittwoch, den 13. für L - R, Samstag, den 16. für S - Z. An die Auspeisungen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 119. Fürsorgeweche für jede Person  $\frac{1}{8}$  kg Maisgrieß, zum Preise von 5.20 per kg, abgegeben werden.

Abgabe von Dörrpflaumen. An die Haushaltungen, mit den Anfangsbuchstaben des Zunamens „Sch“, „T“ - „Z“, werden Montag den 4. ds., „P“ - „R“, „S“ und „St“ Dienstag den 5. ds., „K“, „M“ - „O“ Mittwoch den 6. ds., „G“ - „J“, „L“ Donnerstag den 7. ds. und „A“ - „F“ Freitag den 8. ds.  $\frac{1}{2}$  kg Dörrpflaumen pro Person, gegen Abtrennung der Ziffer 51 des Einkaufscheines abgegeben. Der Kleinhandels Preis beträgt für je 1 kg von Sackware 7 K 20, von Kistenware 7 K 30. Vom 9. August angefangen bekommen alle jene Haushaltungen Dörrpflaumen, die sie an den angeführten Tagen nicht beziehen konnten. Die Abgabe von Dörrpflaumen darf nur durch die städt. Abgabestellen erfolgen.

Die Beteiligung aller Konsumentenorganisationen mit Dörrpflaumen erfolgt durch die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle, Wien, I., Dorotheagasse 7. Mitglieder der Konsumentenorganisationen haben den Bezug bei diesen Vorzunehmen. Jene Anstalten, die amtliche Einkaufscheine nicht besitzen, haben sich wegen Ausfertigung von Bezugsscheinen an das Bezirkswirtschafts Amt Stelle 6, Neues Rathaus, zu wenden. Gast- und Schankgewerbetreibende erhalten die Dörrpflaumen von der Genossenschaft nach Massgabe des dringenden Bedarfes.

Lebensmittelabgabestelle der städt. Angestellten. Die rayonierten Kunden erhalten in der kommenden Woche ausser Mehl und Öl noch einige Zubußen und zwar Eier im bisherigen Ausmasse, geselchtes Fleisch, Dörrpflaumen und soweit noch nicht erhalten, Zünder. Preis, aller auf eine Person entfallenden Artikel 28 K. Von den Zubußen werden die überschüssigen Vorräte auch an die nicht rayonierten Mitglieder abgegeben; sonst die laufenden Artikel.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 2. August 1919, Nr. 317.

Studienreise von Beamten nach Berlin und München. Die ständige Zunahme der Agenden beim Magistrat hat zu einer unverhältnismässigen Steigerung der personellen und sachlichen Erfordernisse geführt, die dringend einer Vereinfachung und Verbilligung der Geschäftsführung bedarf. Die reichsdeutschen Stadtverwaltungen arbeiten mit einem ungleich geringeren personellen Apparat, und es besitzen insbesondere Berlin und München eine mustergiltige Geschäftsführung. Der Stadtrat hat daher nach einem Antrage des VB. Emmerling

beschlossen, eine entsprechende Anzahl von städt. Beamten nach Berlin und München zum Studium der Geschäftsführung der dortigen Stadtverwaltung, zu entsenden. Die Auswahl der Beamten, welche die Reise unternehmen sollen, wird im Einvernehmen mit der Personalkommission erfolgen. Für die Reise sind 14 Tage bis 3 Wochen in Aussicht genommen.

Die Ausstellung der Schrebergartenerzeugnisse. Zur Förderung des Schrebergartentwesens hat der Stadtrat beschlossen, im Arkadenhofe des Wiener Rathauses eine Ausstellung von Erzeugnissen aus den Wr. Kleingärten zu veranstalten. Zur Ausstellung sollen vor allem Erzeugnisse gelangen, die von den Wr. Kleingärtnern (Schreber- und Kriegsgärtner) in ihren Gärten selbst gezogen wurden, so vor allem besonders gut geratenes Gemüse, Obst und Kleintiere. Auch Behelfe, die sich die Schrebergärtner eigenhändig meist aus Altmaterial und dergleichen für ihren Betrieb geschaffen haben, wie Handwasserwägelchen, Schutzvorrichtungen gegen Hütteneinbrüche u. s. w. sollen ausgestellt werden. Weiters sollen auch Bilder, fotografische Aufnahmen, sowie alles, was mit dem Kleingartenbetrieb zusammenhängt, der Allgemeinheit vor Augen geführt werden. Anmeldungen für die Ausstellungen sind den städt. Landwirtschafts Amt, I., Neues Rathaus, bis spätestens 20. August zu übermitteln. Schrebergärtner, die einem Vereine angehören, sollen ihre Anmeldung beim Vereine machen. Die Anmeldung hat die genaue Unterschrift des Ausstellers, die Lage seines Gartens, sowie die Bezeichnung des Gegenstandes zu enthalten, der ausgestellt werden soll. Von der Entscheidung über die Zulassung zur Ausstellung, die das Festkomité trifft, wird der Einsender umgehend nach Uebermittlung seiner Anmeldung in Kenntnis gesetzt.

Abgabe von Unterzähholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzähholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 4. bis 9. August 1919 gegen Abtrennung des Buchstabes „E“ der Mehlbezugskarte.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut wird auch in der kommenden Woche ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte fortgesetzt. 1 kg kostet 70 h.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Mittwoch und Donnerstag zu Sitzungen zusammen.

Die Gerüchte über die städt. Unternehmungen. Ein heutiges Morgenblatt bringt unter dem Titel „Bankrott der sozialistischen Gemeinwirtschaft“ die Nachricht, dass die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit mit einem ausländischen Konsortium wegen des Verkaufes der städt. Strassenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke verhandle, weil sie „beiden stets wachsenden Personalkosten diesen Betrieb auf die Dauer unmöglich weiter zu führen im Stande ist.“ An diesem Gerücht ist kein Wort wahr und es wurde dieses Gerücht schon vor einem Monat im Gemeindefate widerlegt. Damals hat es GR. Rotter bei der Beratung über die Erhöhung der Strompreise vorgebracht und der gemeinderätliche Finanzreferent StR. Breitner hat darauf folgendes geantwortet: „Ich möchte noch auf die hier erwähnten Gerüchte bezüglich des Verkaufes der Elektrizitätswerke zurückkommen. Sie stellen nichts als ein Märchen oder irgend einen frommen Wunsch dar. Von Unterhandlungen kann in keiner Weise gesprochen werden. Der Wahrheit entsprechend sei festgestellt, dass auch kein Verlangen dieser oder ähnlicher Art an die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gerichtet worden ist. Ein einziges Mal war von einem solchen Plane die Rede und das geschah bemerkenswerterweise allerdings von einer Seite, die dem Kollegen Hötzel sehr nahe steht. Es war in einer der allerletzten Sitzungen des Finanzkomités, dass der damalige Bürgermeister Dr. Weiskirchner davon gesprochen hat, es wäre angebracht, eine Abtretung der Gaswerke an ausländische Interessen in Erwägung zu ziehen. Damals haben wir nachdrücklich erklärt, dass, solange die Sozialdemokraten dieser Stadt ein Wort zu sprechen haben werden, eine freiwillige Abtretung nie erfolgen würde. Es würde wohl auch mehr als sonderbar sein, im Zeitalter der Sozialisierung, so wichtige Gemeindebetriebe der privaten Ausbeutung zu überantworten und es hat uns damals eigenartig berührt, dass der Bürgermeister dieser Stadt eine solche Möglichkeit in Betracht zog.“ Ob die Nachricht des erwähnten Morgenblattes von einem Bankenkonsortium inspiriert ist, das vielleicht die städt. Unternehmungen unter seine Gewalt bekommen möchte, kann man nicht feststellen. Jedenfalls werden alle solche Versuche vergeblich sein, denn die jetzige Gemeinderatsmehrheit wird kein kommu-nales Unternehmen aufgeben.“

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michlew.  
Wien, I., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 4. August 1919, Nr. 318

Vom städtischen Arbeitsnachweise. Nach einem Berichte des Arbeitsnachweises der Stadt Wien betrug die Zahl der Stellenangebote in der Zeit vom 1. bis 30. Juni 104.152, davon 36.378 für Hauspersonal. Diesen Angeboten standen 183.353 Stellengesuche, darunter 30.922 von Hauspersonal gegenüber. Die Zahl der Vermittlungen betrug 60.899. Der Arbeitsnachweis hat als Arbeitslosenamt bisher 69.086 Arbeitslose in Unterstützung genommen. In Abfall kamen davon 9.146 durch Vermittlung von Arbeit und 17.788 aus sonstigen Gründen, sodass der Stand der Ende Juni in Unterstützung stehenden Personen 42.152 betrug. Die städt. Haupt-Kassenabteilungen, die zugleich auch als Zahlstellen für das Gremium der Wiener Kaufmannschaft als Arbeitslosenamt für Angestellte fungieren und derzeit Auszahlungen an ungefähr die Hälfte der Wiener Arbeitslosen vornehmen, haben bis Ende Mai des Jahres 36.241.534 als Arbeitslosenunterstützungen zur Auszahlung gebraucht.

Speiseölabgabe. Vom 4. bis 10. August gelangen bei den städt. Butterabgabestellen, sowie bei den Konsumentenorganisationen 120 Gramm Speiseöl pro Kopf und Woche zur Ausgabe. 12 dkg kosten K 3.84.

Titelverleihungen. Der Stadtrat hat den Magistratssekretären Dr. Karl Dawidowski, Dr. Franz Bertolas, Dr. Alois Tischler, Dr. Felix Lippert, Dr. Ludwig Klaus, Karl Bayer, Dr. Maximilian Gratzner, Dr. Engelbert Siegl und Dr. Alexander Pferinger den Titel „Magistratsrat“ zuerkannt.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. Der Krankenstand der Stadt hat im Monat Juni eine beträchtliche Abnahme erfahren, die hauptsächlich auf das Zurückgehen der Erkrankungen der Atmungsorgane zurückzuführen ist. Der noch immer andauernd hohe Krankenstand erklärt sich durch die hohe Zahl der Erkrankungen an Tuberkulose. Die Zahl der angezeigten Fälle von Erkrankungen an Malaria betrug im Juni 376. Hiezu muss bemerkt werden, dass die Anzeigepflicht für Tuberkulose und Malaria erst eingeführt wurde und bei weitem nicht alle Fälle zur Anzeige gelangten. Die Infektionskrankheiten zeigen im allgemeinen eine geringe Ausbreitung. Die Sterblichkeit ist ebenso wie der Krankenstand zurückgegangen, war aber noch immer höher als im Vorjahre und bedeutend höher als im Juni der ersten Kriegsjahre. Insgesamt starben 3.709 Personen. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Skrophulose mit 1.072 Fällen.

Besetzung von Schulärzte-Stellen. Im September l. J. gelangen fünf Schulärzte-Stellen für das kommende Schuljahr zur Besetzung. Mit dieser Stelle ist ein jährlicher Gehalt von 4.400 K verbunden. Die entsprechend belegten Gesuche sind bis spätestens 15. August beim städt. Gesundheitsamt zu überreichen.

Ernennungen. Der Stadtrat hat den tit. Oberrechnungsrat Franz Paul und die Rechnungsräte Paul Doralt, Otto Eger und Ludwig Krifter zu Oberrechnungsräten ernannt.

Sühneverhandlungen. Bei den Gemeindevermittlungsamtern Mariahilf, Neubau und Josefstadt finden die Sühneverhandlungen im August am 6., 13., 20. und 27. Vormittag statt.

Abgabe von Frühkartoffel. Dienstag und Mittwoch werden im 12. und 13. Bezirke  $\frac{1}{2}$  kg Frühkartoffel per Kopf abgegeben, gegen Abtrennung des Abschnittes „E“ der Kartoffelkarte.

Die Gehaltsnachzahlung an die Wiener Lehrerschaft. Auf Grund des Landesgesetzes vom 3. Juli ds. J. sind die Wiener Lehrer in das Gehaltschema einzureihen. Diese Arbeit gestaltet sich bei der Lehrerschaft deswegen schwieriger als wie bei den Beamten der Stadt Wien, weil bei den Lehrern vielfache Dienstzeitunterbrechungen vorliegen. Es war trotz aller Bemühungen nicht möglich, die Einföhrung und die damit verbundene Nachzahlung bis zum 1. August vorzunehmen. Am 1. September wird auch die Wiener Lehrerschaft in den Genuss ihrer Bezüge kommen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler.

Wien, 1. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 5. August 1919, Nr. 319.

Frühkartoffelabgabe Mittwoch und Donnerstag werden im 7., 14. und 15. Bezirke Frühkartoffel und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „E“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Kommunalsparkassa Döbling. Der Gesamteinlagestand betrug Ende Juli 19,446.272 K eingezahlt wurden von 608 Parteien 663.855 K, rückgezahlt an 1391 Parteien 1,469.709 K. Es ist somit ein Abfall von 805.854 K zu verzeichnen. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug 675.549 K, an aushaftenden Hypothekendarlehen 11,558.898 K, der Darlehen auf Wertpapiere 56.491 und der Wertpapiere (Nominale) 9,013.650 K.

Von den städtischen Bädern. Zu Beginn der Badesaison der städtischen Sommerbäder war der Besuch wohl in Anbetracht des warmen Wetters im Juni ein zahlreicher und auch die notwendig gewordene Erhöhung der Badespreise dürfte nicht eine sonderliche Wirkung auf die Besucherzahl zur Folge gehabt haben. Die städtischen Sommerbäder wurden im Juni von rund 200.000 Personen besucht. An erster Stelle nach der Besucherzahl steht das Strandbad Gänsehäufel, das von 94.792 Personen besucht wurde. Ihm folgt das Hernalser Voll- und Schwimmbad mit mehr als 13.000 Besuchern, dann das Freibad „alte Donau“ mit mehr als 12.000 Besuchern, daran reihen sich das Strombad „Angartenbrücke“, Kahlenbergdorf, Efficabrücke, Kaiser Josef Brücke, das Strandbad Stadlau, das Strandbad Nussdorf und das städtische Bad „Aspern im Mühlwasser“ mit 244 Personen als der geringsten Besucherzahl. Die 17 Volksbäder weisen einen Besuch von 289.372 Personen auf, wovon an erster Stelle das Volksbad in der Gudrunstrasse mit 28.028 und an letzter Stelle das Volksbad in der Treustrasse im 20. Bezirk mit 9.641 Besuchern steht.

Möbel für das Erholungsheim Neulengbach. Für das städtische Erholungsheim im Schloss Neulengbach werden laut Gemeinderats-Beschluss Zimmereinrichtungsgegenstände in Weichholz, gestrichen und lackiert und zwar 160 Kleiderkästen, 70 Tische, 350 Sessel und 4 Kredenzen zur Lieferung gegeben. Die mit den nötigen Angaben versehenen Angebote sind bis längstens 23. August im städtischen Wohlfahrtsamte, Mag.-Abteilung Xic, Neues Rathaus einzureichen.

Erste österreichische Sparkasse. Im Spar- und Scheckverkehr belief sich der Einlagenstand Ende Juli auf 695,076.517 K, es wurden von 12.017 Parteien 9,817.399 K eingelegt und an 25,867 Parteien 38,057.130 K rückgezahlt. An Hypothekendarlehen wurden 3,140.393 K zugezahlt, dagegen 1,540.195 K rückgezahlt, sodass sich der Stand an Hypothekendarlehen Ende Juli 319,076.086 K stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich Ende Juli auf 17,575.274 K, sechzigjährige Pfandbriefe waren 18,064.400 K im Umlaufe, Wechsel wurden 1,210.400 eskontiert, 10,659.320 einkassiert, an Kassenscheinen 6,720.000 angekauft und 22,950.000 einkassiert. Der Besitz an Wechsela und Kassenscheinen betrug sonach Ende Juli 21,541.187 K.

Warnung vor giftigem Rum. Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: In letzter Zeit haben sich neuerdings Fälle ereignet, dass Personen nach dem Genuss von mit Methylalkohol hergestellten bzw. verfälschtem Rum schwer erkrankten. In der Regel sind methylalkoholhaltige, als „Rum“ bezeichnete Getränke polnischer bzw. galizischer, russischer, böhmischer oder ungarischer Herkunft doch ist es auch nicht ausgeschlossen, dass hiesiger „Rum“ mit Methylalkohol hergestellt oder verfälscht wird. Es empfiehlt sich daher beim Einkauf von „Inländer-Rum“, stets nur solche Ware zu kaufen, auf deren Etikette eine vertrauenswürdig scheinende inländische Firma sowie die alleinige zulässige Bezeichnung „Inländerrum“ oder eine von Innungsämtern genehmigte und als solche erkenntliche Bezeichnung ersichtlich ist. Echter, überseeischer Rum, der alleis als „Kuba-Rum“ oder „Jamaika-Rum“ bezeichnet werden darf, ist nach den bisherigen Erfahrungen einwandfrei und trägt auf der Etikette gewöhnlich englische oder spanische Firmennamen. Rum oder Rum-Produkte, auf deren Etikette überhaupt keine Firma, bzw. kein Erzeuger ersichtlich ist, sind jedenfalls verdächtig und sollen nicht gekauft oder genossen werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Franz Michler*,  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, am 6. August 1919, Nr. 320.

Strassenbahnsonderwagen für die Aktion „Kinder auf's Land“. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Weigl beschlossen, die Strassenbahndirektion zu ermächtigen, die von offiziellen Fürsorgevereinen zum Zwecke der Förderung „Kinder auf's Land“ eingereichten Gesuche um kostenlose Beistellung von Sonderzügen der Strassenbahn zur einmaligen Hin- und Rückbeförderung der Kinder zustimmend zu erledigen.

Die Rückkehr unserer Gefangenen aus Italien. Seitens des Fürsorgeausschusses für Deutschöster. Heimkehrer in Villach wurde an die Gemeinde Wien ein Ansuchen um finanzielle Unterstützung der Zwecke des Vereines gestellt. VB. Emmerling sprach sich in der heutigen Stadtratsitzung unter Hinweis darauf, dass für ~~minn~~ den Empfang der Heimkehrer seitens der Gemeinde bereits ~~100000 K~~ 100000 K bewilligt worden seien, dafür aus, auch diesen Ansuchen Rechnung zu tragen und er schlug ~~expm~~ ex praesidio vor, für den gedachten Zweck 10.000 K zu widmen. StR. Josef Müller (Meidling) erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden und fragt, warum dems. einerzeitigen Antrag, die Heimkehrer durch die Gemeinde begrüßen zu lassen, bisher nicht entsprechen worden sei. VB. Emmerling erwiedert, dass bisher noch keine grössere Abteilung Heimkehrer zurückgekommen sei. Einmal sei zwar eine Meldung, die die Ankunft eines Heimkehrertransportes ankündigte eingelangt und VB. Winter sei entsendet worden, um die Heimkehrer zu empfangen; diese Meldung habe sich aber als falsch erwiesen. Auch sei in Betracht zu ziehen, dass die Heimkehrenden Wiener allen Empfangsfestlichkeiten abhold sind, die wenigen Heimkehrer, die bisher gekommen sind, sollen die Bahnhöfe förmlich Fluchtartig verlassen, weil sie kein anderes Verlangen haben, als so rasch wie möglich nach Hause zu kommen. Bezeichnet sei, dass fast alle Heimkehrer in desolatem Zustande, mit abgerissenen schlechten Monturen zurückkommen. Für den Labedienst sei übrigens vom Roten Kreuz und von der Gemeinde vorgesorgt. Redner sei aber gerne bereit, der Anregung des StR. Müller zu entsprechen. StR. Müller wünscht ferner, dass bei der italienischen Gesandtschaft interveniert werde, damit die gefangenen Wiener noch heuer zurückkommen. Es seien Früchte verbreitet, wonach dies nicht der Fall sein solle. Auch diese Intervention sagt VB. Emmerling zu. Dem Vorsthägdes VB. Emmerling wurde zugestimmt.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, am 6. August 1919, Nr. 321.

Abgabe von Frühkartoffeln. Donnerstag und Freitag werden im III. Bezirke Frühkartoffel und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „E“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Aenderung der Rauchfangkehrerordnung. StR. Siegl berichtete im Stadtrate über die neue Rauchfangkehrerordnung, die nunmehr dahin abgeändert wird. Während der Dauer der Benützung sind die Rauchfänge siebenmal im Jahre und zwar in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. April viermal, in der übrigen Zeit des Jahres dreimal in gleichen Zeitabschnitten zu reinigen. Die nicht transportablen Herde und ihre Rauchrohre sind viermal im Jahr zu fegen. Findet der Rauchfangkehrer, dass diese Fegungen nicht ausreichen, so hat er geeignete Vorschläge an das magistratische Bezirksamt zu erstatten, das kürzere Reinigungsfristen festsetzen kann. Bei aussergewöhnlich geringer Benützung der Feuerungsanlagen kann die Zahl der Kehrungen vom Bezirksamte herabgesetzt werden. Die neue Kehrordnung tritt in Kraft, wenn der neue Kehrtarif von der niederösterreichischen Landesregierung verordnet sein wird.

StR. Breuer betont, dass sich seit den letzten Verhandlungen in Sachen der Rauchfangkehrer eine ganz neue Situation ergeben habe. Während früher die Gehilfen wegen Lohnforderungen gestreikt hätten, streiken sie jetzt, weil sie mit dem letzten Beschluss des Stadtrates nicht einverstanden sind, durch den zahlreiche Gehilfen brotlos werden und 300 Heimkehrer überhaupt ohne Beschäftigung bleiben werden. Redner macht deshalb auf diese Umstände aufmerksam, weil anlässlich der Beratungen über die Rauchfangkehrertarife die Christlichsozialen Stadträte einen Standpunkt vertreten haben, der beiden Teilen, Meistern und Gehilfen Rechnung tragen sollte.

Bgm. Reumann erwiedert, dass diese Darstellung der Angelegenheit nicht zutrefte, da die Gehilfen wegen der Lohnforderungen streiken.

StR. Biber ist der Ansicht, dass die heutige Beratung gegenstandslos sei, weil wenn die Rauchfangkehrer erklären, nur bei einer siebenmaligen Kehrung die Verantwortung übernehmen zu können, es zwecklos sei eine dreizehnmalige Kehrung vorzuschreiben. Diese Frage können nur mit dem Rauchfangkehrern gelöst werden.

StR. Siegl hebt hervor, dass alle Fachleute mit Ausnahme der Rauchfangkehrer darüber einig seien, dass eine siebenmalige Kehrung genüge. Dies habe auch der Branddirektor erklärt. Die Einwendung der Gehilfenschaft, dass bei nur siebenmaliger Kehrung viele Gehilfen entlassen werden müssten, sei nicht richtig. Es würden vielmehr bei Annahme der vorliegenden Anträge neunzig Arbeitslose Rauchfangkehrer Beschäftigung finden. Eine dreizehnmalige Kehrung der Rauchfänge sei übrigens undurchführbar, weil hierzu 800 Rauchfangkehrer notwendig sein würden, die aber nicht zur Verfügung stehen.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden die Anträge einhellig angenommen.

Der Ausbau des Strassenbahnnetzes. Im Stadtrate kamon die anlässlich der Budgetdebatte im Gemeinderate gestellten Anträge betreffend den Ausbau des Strassenbahnnetzes zur Sprache. StR. Weigl brachte einen Bericht der Strassenbahndirektion zur Kenntnis, der den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet erachtet, um all diesen Anträgen zu entsprechen. Die Verkehrsentwicklung könne nicht vorausgesehen werden und auch auf den Materialmangel und die jetzigen Kohlenpreise müsse Rücksicht genommen werden. StR. Weigl schliesst sich dem Berichte an, wenn auch die zum Ausbau beantragten Linien vielfach solche seien, deren Herstellung dringend notwendig sei. Dem Berichte wurde zugestimmt.

Die Abschiebung der ungarischen Flüchtlinge. Die StR. Josef Müller, (Meidling) Schmied, und Körber wiesen im Stadtrate ~~darauf hin~~ darauf hin, dass durch den politischen Umsturz in Ungarn die Gefahr bestehe, dass die jüdischen Führer, Volkskommissäre und sonstige Flüchtlinge der Räterepublik nach Wien kommen. Die Wiener Bevölkerung wolle aber von diesen Elementen nichts wissen und will von ihnen verschont bleiben. Die Genannten stellten daher den Antrag, der Bürgermeister möge das Nötige veranlassen, dass diese Flüchtlinge, falls sie nach Wien kommen sollten, verhaftet und über die Grenze abgeschoben werden. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Verhandlung zugewiesen.

Aus dem Stadtrat. StR. Amalie Seidl berichtete über die Uebernahme der Objekte des Kriegsspitals in Baugarten in die ~~händige~~ händige Verwaltung der Gemeinde Wien. Es sind dies zahlreiche Baracken, die für Kinderfürsorgezwecke verwendet werden sollen. Die diesbezüglich von der Referentin gestellten Anträge wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. StR. Josef Müller (Meidling) stellte folgende Anfrage: In Hietzing ist im Vorschlage der sozialdemokratischen Parteiliste für die Bezirksvertretung ein Rudolf Krones, Diener, XIII., Anton Lauggasse 46 verzeichnet gewesen. Derselbe ist nach Zurücklegung eines Bezirksratsmandates als Ersatzmann eines Bezirksrates vom Bezirksvorsteher einberufen worden. Nach polizeilichen Erhebungen dürfte der Obgenannte mit dem im XIII. Bezirk Kiningergasse 16 wohnhaften Rudolf Krones Sanitätsdiener identisch sein, der auch in Wahlkataster des XII. Bezirkes eingetragen erscheint und auch von seinem Wahlrechte Gebrauch gemacht hat. Dies ist unzulässig und es wird daher die Anfrage gestellt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Bezirksvorsteher des XIII. Bezirkes zu veranlassen, dass sofort der Ersatzmann des Krones einberufen wird.

Bezirksrat Pletzl + Heute früh ist der Bezirksrat des Bezir-  
kes Margarethen Robert Pletzl an Herzschlag verschieden. Be-  
zirksrat Pletzl wurde anlässlich der Berufung der provisori-  
schen Bezirksvertretungen Mitglied der Bezirksvertretung Mar-  
garethen, in die er auch im Mai anlässlich der Neuwahlen  
als Mitglied der sozialdemokratischen Partei wieder gewählt  
wurde.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Frans Mithras**,  
Wien, I. Rings-Rathhaus.

1. A u s g a b e.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 7. August 1919, Nr. 322.

Teilweise Sperrung der Kaiser Franz Josefbrücke. Vom 8. ds. angefangen wird die Kaiser Franz Josef Brücke wegen der Bauarbeiten teilweise für den Verkehr abgesperrt. Die Absperrung dauert täglich von  $\frac{1}{2}$  10 Uhr vormittags bis  $\frac{1}{2}$  4 Uhr nachmittags in der Dauer von 4 Wochen, im äussersten Falle bis zu 6 Wochen. Die Strassenbahnverkehr verkehrt während der Zeit nur einseitig und Fuhrwerke verkehren nur in der Richtung Floridsdorf. Die Polizei wird den Verkehr regeln.

Der Aufenthalt der ungarischen Kommunistenführer in Wien. Auf die gestern im Stadtrate von den StR. Josef Müller (Meidling) Schmid und Körber gestellte Anfrage betreffend die Verhaftung und Abschiebung der ungarischen Kommunistenführer teilt der Bürgermeister Reumann in der heutigen Stadtratsitzung folgendes mit: Bisher waren für die rechtliche Stellung der Ausländer im österreichischen Staate in erster Linie die internationalen Verträge massgebend, die singulären Recht begründeten. Für den Aufenthalt ungarischer Staatsbürger in Oesterreich bedürftes solcher Verträge nicht, da der österreichisch-ungarische Ausgleich die rechtliche Stellung ungarischer Staatsbürger, die sich im 2. österreichischen Staatsgebiete aufhielten, vollständig klarstellte und im Heimatsrecht selbst das Aufenthaltsrecht der ungarischen Staatsbürger begründet erscheint. Ob Staatspolizei Massnahmen gegen die Zuwanderung von flüchtenden Angehörigen der ungarischen Räterepublik zutreffen sind, ist Sache der staatlichen Behörden, die auch von ihren Rechte vollen Gebrauch machten und die Internierung der Flüchtlinge anordneten. Was den zweiten Teil der Anfrage anbelangt, so bedaure ich, dass sich Mitglieder des Stadtrates fanden, die an den Bürgermeister der Stadt Wien eine solche Zumutung stellen. Ich bin wahrlich nicht der Polizeibüttel der ungarischen Räterepublik oder des ungarischen Feudaladels und es liegt mir ferne die Polizei auf die flüchtenden Mitglieder der Räterepublik zu hetzen. Es liegt mir ferne auf ihre Abschiebung zu begarren da ich ein entschiedener Anhänger der Freizügigkeit bin. Ich halte es für eine unabwiesbare Pflicht offen zu erklären, dass die Ereignisse in Ungarn nichts anderes als eine Frucht dessen sind, was die ungarische Bourgeoisie und der Feudaladel an den ungarischen Proletariat ~~verbreiten~~ trotz aller Warnungen verbrochen haben. Ob die Antragsteller die Beauftragen der Wiener Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sind, erlaube ich mir zu bezweifeln und ich glaube, dass sie selbst einsehen, dass in dieser ihrer Behauptung viel zu weit gegangen sind.

2. A u s g a b e.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 7. August 1919, Nr. 323.

Die Gründung einer Flugverkehrsgesellschaft. Durch die Deutschösterreich auferlegten Friedensbedingungen hat das Bestehen des militärischen Flugwesens aufgehört. Die Fliegertruppen in Aspern und Wr. Neustadt werden aufgelöst. Aus den Offizieren und Vertrauensmännern (Arbeiter- und Soldatenräten) dieser Truppen hat sich nun unter Anschluss eines Grosshandlungs- und Bankhauses ein Syndikat gebildet, welches das fähige Personal der Fliegertruppen übernimmt und die gesamten Bestände für Flugwesen auf dem Flugfeldern in Aspern und Wr. Neustadt für eine gemeinnützige Gesellschaft erwerben will. Diese Gesellschaft soll dann den Flugverkehr für Deutschösterreich organisieren und leiten. Ueber diese Angelegenheit berichtete VB. Em-

merling heute im Stadtrate, der beschloss, die nachgültigen Vereinbarungen über die Beteiligung der Gemeinde an der zu gründenden Flugverkehrsgesellschaft und der pachtweisen Ueberlassung des Flugfeldes oder Flughafens einer späteren Entscheidung vorzubehalten. Ueber Antrag des VB. Emerling sprach sich der Stadtrat für die Erhaltung des Flugfeldes in Aspern und seine Ausgestaltung für einen Flughafen, sowie für die Erhaltung der dort angelegten Oekozone aus und er ersuchtigte den Magistrat, die Verhandlungen mit der Heeresverwaltung und Sachdemobilisierung wegen Einräumung der auf dem Flugfeld bestehenden Objekte und Anlagen fortzusetzen. Weiters sprach der Stadtrat seine prinzipielle Bereitwilligkeit aus, sich an der zu gründenden Flugverkehrsgesellschaft mit einer Einlage zu beteiligen und ihr das Flugfeld in Aspern mit den für Flugzwecke bestimmten Baulichkeiten zu vermieten.

Abgabe von Frühkartoffeln. Freitag und Samstag werden im 2. und 18. Bezirke Frühkartoffel und zwar 2 kg pro Kopf gegen Abtretung des Abschaittes „E“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Abräumung des Währinger Ortsfriedhofes. Die aus Verkehrsinteressen notwendig gewordene Verbreiterung der Währingerstrasse hat zur Folge, dass ein Teil der Rampe und des Wagen Aufstellungsplatzes beseitigt wird, sowie dass die Anlage einer Aufgangsstiege zum Friedhofe errichtet wird. Ebenso muss der über die Baulinie vorspringende Teil des Friedhofes an der Ecke der Währingerstrasse und Karl Beckgasse abgeräumt und abgegraben werden. Der Stadtrat hat für diese Arbeiten nach einem Berichte des VB. Emerling einen Gesamtbetrag von rund 13.000 K genehmigt. Mit den Abräumungsarbeiten wurde am 4. August begonnen.

Keine Verhabe von Erdgasbohrungen. In der heutigen Stadtratsitzung brachte StR. Benbeck einen Bericht der Direktion der städtischen Gaswerke betreffend die Verhabe von Bohrungen zur Gewinnung von Erdgas zur Kenntnis. Anlässlich von vorgenommenen Bohrungen in Gaudenzdorf bei Neu Erlaa u. s. w. wurde das Vorkommen von Erdgas beobachtet. Nach dem Berichte stellen sich aber die Kosten der Bohrungen sehr hoch. Auch steht es nach fachtechnischen Ansichten nicht fest, dass eine genügende Menge von Erdgas gefunden wird. In diesen Gründen schlägt der Bericht vor, von der Verhabe von Bohrungen abzusehen. Der Referent schloss sich dem Berichte der Gaswerkdirektion an und wurden seine diesbezüglichen Anträge angenommen.

Die Erhöhung der Erhaltungsbeiträge und die Neuregelung des Unterstützungssysteme. Bürgermeister Reumann berichtete heute im Stadtrate über die Erhöhung der Erhaltungsgebühren und über die Neuregelung des Unterstützungssysteme der Bürgererhaltungsbeiträge und stellte folgende Anträge: Allen Personen, die am 31. August 1919 im Genuss eines Erhaltungsbeitrages unter 24 K standen, wird dieser auf 24 K erhöht. Beträge unter 24 K werden bis auf weiteres nicht mehr verlichen. Vom 1. September angefangen wird die Höchstgrenze der Beiträge mit monatlich 60 K festgesetzt und werden diese je nach der Unterstützungsbedürftigkeit nur mehr in festen Sätzen von 24, 28, 32, u. s. w. bis 60 K bewilligt. Diese Sätze haben ohne jeden besonderen Kriegszuschlag in gleicher Weise auch für die Beteiligung der auf Rechnung des Bürgerspital- und Bürgerladefonds laufend unterstützten Bürger zu dienen. Die bis Ende August in dem bisher systemisierten Stufen verlichenen Bürgererhaltungsbeiträge sind dabei bis zu ~~der~~ <sup>ihren</sup> bisherigen Höhe zur Auszahlung zu bringen. Die bis nun bestandene Systemisierung der Beiträge wird aufgehoben und werden auch in Hinblick an Bürger die Erhaltungsbeiträge ausschliesslich nach dem tatsächlichen Bedarf verlichen. Insoweit aus der Auflassung der Systemisierung Mehrauslagen erwachsen, werden sie von der Gemeinde aus den eigenen Geldern bestritten. Die erwachsenen Mehrauslagen im Betrage von rund 2.3 Millionen K werden genehmigt. Am Schlusse

seines Berichtes betont der Bürgermeister, dass der Bürgerfond gegenwärtig passiv sei. Es sei dies zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Verwaltung der einzelnen Fonds fast alles zu wünschen übrig gelassen habe. Die Annahme der gestellten Anträge würde eine Reform von weittragender Bedeutung sein, wenn auch den Bedürfnissen nicht, in so weit geneader Weise Rechnung getragen werden könne, wie sie vorhanden sind. Zweifellos sei aber durch sie ein Schritt nach vorwärts getan, der nicht unterschätzen sei.

StR. Josef Müller (Meidling) begrüsst die Anträge des Bürgermeisters und wünscht, dass auch bald eine Erhöhung der Erziehungsbeiträge und der Waisenbeiträge, welche die Gemeinde gewährt, Platz greife.

StR. Rudolf Müller (Hernals) würde die baldige Reform des gesamten Armenwesens gerne sehen.

Bürgermeister Reumann bemerkt in seinem Schlusswort, dass selbstverständlich eine Reform des gesamten Armenwesens durchgeführt werden wird. Die Erledigung der in Rede stehenden Angelegenheit sei aber so dringlich, dass sie nicht von der Durchführung der allgemeinen Reform, die ja längere Zeit in Anspruch nehmen wird, abhängig gemacht werden könne.

Die Anträge des Bürgermeisters wurden angenommen.

Zur Friedenskundgebung der Stadt Wien. Bürgermeister Reumann brachte in der heutigen Stadtratsitzung folgendes Schreiben des Staatskanzlers Dr. Renner zur Verlesung: Die deutsch-österreich. Friedensabordnung zu St. Germain hat die feierliche Kundgebung des Bürgermeisters gegen die am 20. Juli überzeichneten Friedensbedingungen der Entente erhalten. Der tiefe Ernst, mit dem die Hauptstadt Deutschösterreichs durch den Mund ihres berufenen Vertreters die schmerzliche Enttäuschung über die uns zugemutete Entschädigung und Bedrückung, wie der schweren Sorge um die Zukunft der Stadt und des Staates Ausdruck gegeben, können nicht verfehlen auf jede Mächte, die den Willen haben uns und unserer Lage gerecht zu werden, einen tiefen Eindruck zu machen. Die Friedensabordnung hat von dieser Kundgebung den Alliierten und assizolierten Kenntnis gegeben.

Die teilweise Beistellung von Licht- und Kraftinstallationen durch die Gemeinde. StR. Breitner erstattete im Stadtrate einen Bericht über die Bedingungen, unter denen in Kleinwohnungen und kleingewerblichen Werkstätten durch das Elektrizitätswerk Licht, beziehungsweise Kraftinstallationen vorgenommen werden. Die Mietinstallationen für Beleuchtungszwecke werden in der Regel nur in Wohnungen hergestellt, die ausser der Küche nur noch zwei Wohnräume haben und in denen keine Gasinstallation besteht. Mietinstallationen für Kraftzwecke werden nur für Betriebe gemacht, die nicht mehr als 6 Arbeiter beschäftigen. In erster Linie werden bei den Einleitungen Häuser berücksichtigt, die bereits Steigleitungen besitzen. Die Mietinstallation für Lichtzwecke umfasst die Zuleitung von der Steigleitung bis in die Wohnung, die Einleitung in die einzelnen Räume und die Anbringung der erforderlichen Sicherungen und Schalter, nicht aber die Beistellung von Beleuchtungskörpern. Die Mietinstallation für Kraftzwecke umfasst die Zuleitung von der Steigleitung bis zu Verbrauchsstelle, die Anbringung von Sicherungen und Schaltern, nicht aber die Beistellung von Motoren und anderen Apparaten. In Häusern, in denen keine Steigleitung besteht, werden diese nur dann unentgeltlich ausgeführt, wenn mindestens 6 Wohnraum- oder Werkstätteninhaber, oder falls im Hause weniger vorhanden sind, alle Parteien einen Vertrag über Mietinstallationen abschliessen. Die Benützungsgelühr bei Mietinstallationen für Beleuchtungszwecke beträgt K 1.50 bei Ausführung mit offen verlegten Schnürleitungen und K 1.75 bei Verlegung der Leitungen unter Verputz pro Auslass im Monat. Die Benützungsgelühr bei Installationen für Kraftzwecke bleibt der fallweisen Vereinbarung vorbehalten. Die Stromabgabe erfolgt zu den normalen Tarifpreisen. Bei mehr als <sup>einem</sup> monatlichen

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Emmy Michler**,  
Dien. I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 8. August 1919, Nr. 324.

Die Tarife für den Kraftstellwagenbetrieb. Im Stadtrate wurde die bei dem Verkehr der Kraftstellwagen vorgesehene Zoneneinteilung und die damit verbundenen Tarifbestimmungen genehmigt. Als Mittelpunkt der Zoneneinteilung gilt der Stefansplatz und reicht die erste Zone bis zum Ring, beziehungsweise bis zum Kai. Die Linie Praterstern-Nordwestbahnhof-Wallensteinstrasse-Franz Josefsbahnhof-Stadtbahnstation Währingerstrasse-die Stadtbahn entlang bis zum Sechshauser Gürtel-Margaretengürtel-Südbahnhof-Ostbahnhof-St. Marx-Schlachthausgasse-Donaukanal-Franzensbrückenstrasse-Praterstern bildet die Grenze der zweiten Zone. Streckenteile, die ausser dieser Linie liegen fallen in die dritte Zone. Für die durch diese Zonen in Teilstrecken geteilten Linien wird ein Tarif in der Zeit von 6 Uhr früh bis 11 Uhr nachts genehmigt, der für erwachsene Personen beträgt: für eine Teilstrecke 80 h, für zwei Teilstrecken K 1.20, für drei Teilstrecken K 1.50, für vier Teilstrecken K 1.80, für fünf Teilstrecken K 2.10 und für sechs Teilstrecken K 2.40. Kinder unter 1.3 m Höhe zahlen für 1 und 2 Teilstrecken 50 h, für 3 und 4 Teilstrecken 80 h, für 5 und 6 Teilstrecken K 1.20. Auch für nicht unter dem Sitze unterzubringende Gepäckstücke sind Teilstreckentarife von 50 h, 80 h und K 1.20 vorgesehen. Als Nachttarife gelten sowohl für Erwachsene, als auch für Kinder die doppelten Tagespreise. In dem von StR. Schmid erstatteten Berichte wurden die Tarifsätze für Erwachsene um 20 bis 40 h niedriger angesetzt und für Kinderkarten wurde der halbe Fahrpreis vorgeschlagen. Bei der Abstimmung wurden die angeführten von der Direktion der Strassenbahnen vorgeschlagenen Tarife angenommen.

Das Historische Museum der Stadt Wien eröffnet. Sonntag den 10. August wird das Historische Museum der Stadt Wien im Rathause wieder für den allgemeinen Besuch eröffnet. Besuchsstunden an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr vormittags, Dienstag und Donnerstag von 9 bis 2 Uhr. Zugang über die Feststiege II.

Lohnforderungen der Tagelöhner im Lagerhaus. Im Stadtrat berichtete StR. Kokrda über die von den Tagelöhnern des städtischen Lagerhauses gestellten Lohnforderungen. Die Forderungen belaufen sich jährlich auf 150.000 K. Den Anträgen des Referenten wurde zugestimmt.

Die Heimkehrer bekommen ihre Gebühren nur in den Zerstreuungsstationen. Da bei den Heimkehrertransporten mit der Möglichkeit zu rechnen ist, dass einzelne Heimkehrer ihren Transport verlassen und sich nicht in eine Zerstreuungsstation begeben, wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Heimkehrer ihre Gebühren und Entlassungsdokumente nur in den ihren politischen Bezirken zugehörigen Zerstreuungsstationen erhalten können und dass diese persönlich übernommen werden müssen. Zerstreuungsstationen sind: Wieselburg, (für die politischen Bezirke Amstetten, Melk, Scheibbs, Pöckstall und Waldhofen an der Ybbs), St. Pölten (für die politischen Bezirke St. Pölten, Lilienfeld und Hietzing), Wr. Neustadt (für die politischen Bezirke Wr. Neustadt, Neunkirchen, Baden und Bruck a. d. Leitha), Wien-Hietzing, Heinrich Collingasse (für den Stadtbereich Wien und die politischen Bezirke Mödling, Floridsdorf, Gänserndorf und Mistelbach), Krems (für die politischen Bezirke Krems, Horn, Ober-Hollabrunn, Tulln und Korneuburg).

Abgabe von Frühkartoffel. Samstag, Sonntag und Montag werden im I., IV., VI., VIII. und IX. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „E“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Strassenbahnhaltestelle Gudrunstrasse-Erlachplatz. Die Bezirksvertretung Favoriten hat an die Strassenbahndirektion wegen der Wiedererrichtung der Strassenbahnhaltestelle Gudrunstrasse-Erlachplatz eine Eingabe gerichtet. StR. Weigl brachte nun im Stadtrate den bezüglichen Bericht der Strassenbahndirektion vor, der besagt, dass in Anbetracht der noch immer andauernden Kohlennot nicht an Vermehrung von Haltestellen gedacht werden kann, dass auch die geplante Haltestelle von den Nachbarhaltestellen nur rund 2.500 m entfernt liegt, dass das Gelände nur wenig verbaut ist und die Strecke eine ziemliche Steigung aufweist, sodass die elektrischen Einrichtungen der Strassenbahnwagen beim Anfahren und Ablassen besonders stark angegriffen werden. Der Berichterstatter schloss sich dem Direktionsantrage, das Ansuchen der Bezirksvertretung abzulehnen, an.



Rückstände in der Entrichtung der Benützungsgeld oder der Bezahlung der Stromrechnung kann dem Mieter die Stromabgabe gesperrt werden. Die Installationen samt allfälligen Steigleitungen bleiben Eigentum der Gemeinde. Sie gehen nach 10 jährigem Bestande unentgeltlich in das Eigentum des Hausbesitzers über, wobei sich derselbe verpflichten muss, die Installation dem Mieter und seinen Nachfolger auch weiter unentgeltlich zum Strombezug überlassen. Die Instandhaltung der Installation und die Behebung von Störungen erfolgt auf Kosten des Mieters. Falls der Mieter vor Ablauf des 10 jährigen Bestandes seine Wohnung, beziehungsweise Werkstätte verlässt, so hat er hievon den städt. Elektrizitätswerken Mitteilung zu machen. Er bleibt für die Installation bis zur Lösung des Mietverhältnisses haftbar. Im übrigen gelten die vom Gemeinderate genehmigten „ Bestimmungen für den Bezug von Elektrischer Energie aus den städt. Elektrizitätswerken.“

Die Vergebung der Arbeiten an die Genossenschaft der konzessionierten Elektrotechniker ist nach eingehender Prüfung bereits erfolgt und soll die ganze Einleitungsaktion, für die das Rohmaterial bereits gesichert ist, in den nächsten 3 Monaten vollkommen abgewickelt werden. Das Interesse für die Aktion ist sehr gross und bereits vor Auflegen der Bedingungen lagen über 500.000 Anmeldungen vor.

Zu dem Berichte sprachen die StRe. Schmid und Bibar und stellten Abänderungsanträge, die zum Teil angenommen wurden. Im übrigen würden die Referentenanträge genehmigt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michler**,  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 9. August 1919, Nr. 325.

**Speckabgabe.** Vom 10. bis 16. August 1919 wird die volle Wochenfettquote von 18 dkg Fettprodukten per Person zur Ausgabe gelangen, sodass auch die Fettkartenabschnitte für nichtrayoniertes Fett zur Einlösung kommen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Salzspeck zum Preise von K 3.60 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 152 und der beiden Abschnitte Nr. 152 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit blauen Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

**Kinderzubussen.** Für Kinder bis zum 14. Jahre werden von 13. bis 22. ds. M. abgegeben: Für jedes Kind bis zum vollendeten 2. Lebensjahre 1 kg Kindermehlmehl; für jedes Kind ~~bis zum~~ vom vollendeten 2. Lebensjahre bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 1 kg Haferflocken und für jedes Kind vom vollendeten 6. Lebensjahre bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 1 kg Kindermehlmehl,  $\frac{1}{4}$  kg Teigwaren. Haushalte, die mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind, erhalten die Nahrungsmittelzubussen für Kinder bei den städtischen Abgabestellen für Kinderzubussen, Mitglieder von Konsumentenorganisationen bei der Verschleißstelle ihrer Organisation. Der Bezug der Zubussen erfolgt wie bisher gegen Vorweisung der gelben, bzw. der lilafarbenen, Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes „g“ der grauen, rosa und lilafarbenen Milchkarte. Detailverkaufspreis der Zubussen: Kindermehlmehl K 5.40, Haferflocken K 3.40, Teigwaren K 7.-, alles per 1 kg.

**Maquette über die Sonntagsruhe.** Am Montag beginnt eine für vier Tage anberaumte Besprechung bezüglich Ausnahmen der Ladenschluss- und Sonntagsruhe-Novelle, welche in Gemeinderatssitzungssaale abgehalten wird. Die in der Novelle vorgesehene Anhebung der bei den Ausnahmeverfügungen für die Sonntagsruhe in Betracht kommenden Körperschaften, die durch den Magistrat erfolgte, hat grosse Widersprüche in den Antworten der einzelnen Korporationen ergeben. Zur möglichsten Beseitigung dieser Widersprüche hat nun die Landesregierung die Abhaltung mündlicher Verhandlungen durch den Magistrat vorgezogen, welche, wie er erwähnt, am Montag beginnen. Als grundlegender Gesichtspunkt für die Beratung gilt die Erwägung, dass der Arbeiterschutz in weitestem Umfang zu wahren ist und Ausnahmen von der vollen Sonntagsruhe nur soweit in Betracht kommen können, als es unabwiesliche öffentliche Interessen oder die von dem Standpunkt der Volkswirtschaft erforderliche Notwendigkeit einer ökonomischen Betriebsführung erheischen.

(Eine Einladung liegt bei.)

**Kartoffelabgabe.** Dienstag und Mittwoch werden im 9., 11. und 21. Bezirk  $\frac{1}{2}$  kg Erdkartoffeln pro Person gegen Abtrennung des Abschnittes „F“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 9. August 1919, Nr. 326.

**Der Straßenbahnverkehr durch die Neulerchenfelderstrasse am 12. August eingestellt.** Der Straßenbahnverkehr in der Neulerchenfelderstrasse und in deren Fortsetzung durch die Ottakringerstrasse wird von Dienstag, den 12. August an wegen Kanalbaues bis auf weiteres eingestellt. Die Linien J und J 2 verkehren von diesem Tage durch die Thaliastrasse und Blindengasse zur Josefstädterstrasse.

**Inkrafttreten der neuen Preise für elektrischen Strom.** Statt des bisherigen 60 prozentigen Zuschlages treten ab 11. August für alle Stromverbraucherechnungen folgende Zuschläge in Kraft: 1. Auf Stromrechnungen für Lichtzwecke: Bei einem Nettopreise von 70 h pro Kilowattstunde ein Zuschlag von K 1.50 pro Kilowattstunde, bei allen übrigen Strompreisen ein Zuschlag von 220 %, jedoch höchstens K 1.50 pro Kilowattstunde. 2. Auf Stromrechnungen für Kraft und sonstige Zwecke: Bei einem Nettostrompreise von 30 h und darüber pro Kilowattstunde ein Zuschlag von 50 h pro Kilowattstunde, bei einem Strompreise von 18 bis ausschliesslich 30 h pro Kilowattstunde, ein Zuschlag von 185 %, jedoch höchstens 50 h pro Kilowattstunde und bei einem Strompreis von weniger als 18 h pro Kilowattstunde ein Zuschlag von 200 %, wobei sich jedoch kein höherer Strompreis als 51.3 h pro Kilowattstunde ergeben darf.

Die Miete für Elektrizitätszähler wird ab August wie folgt bemessen: Bis zu 10 Hektowatt Anschlusswert jährlich K 30, bis zu 20 Hektowatt K 54, bis zu 50 Hektowatt K 84, bis zu 100 Hektowatt K 114, bis zu 150 Hektowatt K 150, bis zu 200 Hektowatt und darüber K 180 jährlich; für 5.000 Voltzähler 300 K, für 16.000 Voltzähler K 480.

**Aus dem Rathause.** Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Mittwoch und Donnerstag vormittag zu Sitzungen zusammen.

**Lebensmittelabgabe für städtische Angestellte.** An Rayoniererte pro Kopf  $\frac{1}{2}$  kg Mehl, 12 dkg Speck gegen Marken, ausserdem eine kleine Zubusse: Gesamtpreis der Waren pro Kopf ca K 10.- Junizucker. Neueingelangt: Tee, 75 h per dkg, ferner werden ausgegeben Zündhölzer, soweit Bezug noch nicht erfolgt ist; Knabenanzüge aus Zeltblattstoff, Chiffon, Zephyr, Kochkisten auch auf Raten und Sparkocher verschiedener Systeme.

**Bezugsregelung für frisches Schweinefleisch.** Wenn auch die zur Verfügung stehenden Mengen von frischem Schweinefleisch gering sind, so soll doch deren gleichmässige Verteilung für alle Haushaltungen geregelt werden. Die Besitzer der amtlichen Einkaufscheine (weiss, grün, blau, braun) haben sich daher vom 13. bis inkl. 16. August bei einer amtlich befugten frei gewählten Abgabestelle für frisches Schweinefleisch in die Kundenliste eintragen zu lassen. Als amtlich befugte Verkäufer sind nur jene Fleischselcher und Selchwarenvorschleisser anzusehen, welche von der amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch beliefert werden und anderen Geschäftsalokal eine mit der Aufschrift „Amtlich befugte Abgabestelle für frisches Schweinefleisch“ und dem Stempel der Uebernahmestelle versehene Tafel angebracht ist. Von den Konsumentenorganisationen wurden als solche amtlich befugte Abgabestellen folgende erklärt: der Niederösterreichische Arbeiterkonsumverein, der Erste Wiener Konsumverein, der Reichswirtschaftsbund der Festangestellten, der Konsumverein

„Vorwärts“, der Arbeiter Spar- und Konsumverein „Fünfhaus“, der Arbeiterkonsumverein „Donaustadt“ und die Lebensmittelmagazine der Bediensteten der deutschösterreichischen Eisenbahnen in Wien. Die Mitglieder dieser Konsumvereine sind aber nicht verpflichtet, das frische Schweinefleisch durch ihre Konsumentenorganisation zu beziehen, sondern können sich auch in die Kundenliste eines anderen frei gewählten amtlich befugten Fleischselchers oder Selchwarenvorschleissers eintragen lassen. Da eine verzögerte Anmeldung der Eintragung die Unmöglichkeit des Bezuges des frischen Schweinefleisches für längere Zeit nach sich zieht, wolle der Anmeldetermin ganz bestimmt eingehalten werden. Bei der Anmeldung wird von der Abgabestelle der Abschnitt mit der Ziffer „62“ des amtlichen Einkaufscheines abgetrennt und in die Kundenliste eingeklebt und zum Zeichen der erfolgten Eintragung und Uebernahme der Lieferung der Name und Betriebsort oder Geschäftstempel der gewählten Abgabestelle und die Nummer der Kundenliste in dem freien quadratförmigen Platze im Stamme der amtlichen Einkaufscheine eingesetzt. Der Tag, an welchem die neue Bezugsregelung eintritt, wird besonders verlautbart werden. Bis dahin wird frisches Schweinefleisch in der hiefür bisher angeordneten Weise zur Abgabe gelangen.

(Eine Verordnung liegt bei.)

**Wien's historische Bedeutung und Kunst.** Der „Verein für Geschichte der Stadt Wien“ unternimmt eine höchst zeitgemässe und dankenswerte Aktion. Diese wissenschaftliche Korporation veranstaltet in den Monaten Oktober und November an sechs aufeinanderfolgenden Feiertagen eine Vortragsreihe zur Geschichte unserer Vaterstadt. Es sprechen: Universitätsprofessor Dr. A. D o p s c h über Wien's historische Bedeutung für die europäische Kultur (10. Oktober), Univ. Prof. Dr. A. S a u e r - Prag über: Die Literaturgeschichte Wien's in neuer Beleuchtung (17. Oktober), Priv. Doz. Dr. Wilhelm F i s c h e r - Wien über: Wien's Stellung in der Musikgeschichte (24. Oktober), Priv. Doz. Dr. Hans Titze über: Die altdeutsche Malerei in Wien (31. Oktober), Univ. Prof. Dr. Max Dworak über: Die Entwicklungsgeschichte der barocken Deckenmalerei in Wien (7. November) und Univ. Prof. Hofrat Dr. Nettstein über: Wien in der Geschichte der Gartenbaukunst (14. November). Die Vorträge finden im Saale des Ingenieurvereines, Eschentachgasse 9 statt. Das Arrangement besorgt die Buchhandlung Hugo Heller, Bauernmarkt. Ermässigungen für die Mitglieder des Vereines der Stadt Wien sind bis 20. September im Sekretariate, Währingerstrasse 26 schriftlich anzusprechen. (50% für die ganze Vortragsreihe). Einzel Ermässigungen ab 24. September Mittwoch von 4 bis 5 Uhr im Sekretariat.

**Abgabe von Unterzündholz.** Vom 11. bis 16. August werden an jeden Haushalt je 5 kg Unterzündholz gegen Abtrennung des Abschnittes „F“ der Mehlbezugskarte abgegeben. Der Preis ist unverändert.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew.*  
Wien, I., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 11. August 1919, Nr. 327.

Ansuchen von Heimkehrern um Beteiligung mit Zivilkleider. Ansuchen von Heimkehrern um Beteiligung mit Zivilkleidern sind beim Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenamt in Wien VI., Gumpendorferstrasse Nr. 1 anhängig zu machen.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag und Mittwoch werden in XX. Bezirke und Mittwoch und Donnerstag in 5., 10., 12., 15., 16. und 17. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg per Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „ F “ der Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. 1 kg kostet 70 h.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. Nach der vorübergehenden Verschlechterung in der Vorwoche scheinen nunmehr die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien einer entschiedenen Besserung entgegenzugehen, was wahrscheinlich auf die milde, nicht allzu heisse Witterung zurückzuführen ist. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluss der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes betrug in der 28. Jahreswoche nur 14.4 gegen 18.3 in der Vorwoche und 17.8 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist daher seit Monaten das erstemal die Sterbeziffer kleiner gewesen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Abnahme ist hauptsächlich bedingt durch die geringe Zahl der Todesfälle an Lungen-Tuberkulose und an Lungen- und Rippenfellentzündung, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass im Juni 1918 sich schon die Folgen der Influenza Epidemie bemerkbar gemacht haben. Andauernd günstig blieben die Verhältnisse bezüglich der anzeigspflichtigen Infektionskrankheiten. Von hochvirulenten Erkrankungen ( Blattern, Flecktyphus und Cholera ) blieb Wien auch weiterhin frei. Von Scharlach wurden in der 29. Jahreswoche 18, von Diphtherie 28, von Bauchtyphus 6 und von Ruhr 22 Erkrankungen gemeldet, während zur gleichen Zeit des Vorjahres von letzterer Erkrankung 63 Fälle vorgekommen waren. Die Zahl der gemeldeten Malariaerkrankungen war beträchtlich (123), doch war bei fast allen, (bis auf 2) die Infektion ausserhalb Wiens.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und gewöhnlicher Redakteur Franz Michew.

Wien, I. Neues Rathaus

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 12. August 1919. Nr. 328.

---

Ausgabe von Frühkartoffel. Donnerstag und Freitag werden im 1., 2., 3., 4., 6., 7., 8., 13., 14., 18. und 19. Bezirke Frühkartoffel und zwar  $\frac{1}{2}$  kg per Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „F.“ der Kartoffelkarte abgegeben.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 13. August 1919, Nr. 329.

Stellung der Regierung zur Kriegsgefangenenheimkehr. Uebereinstimmend geben Berichte von Heimkehrern, dass die Italiener unter den Gefangenen, mitunter sogar durch Maueranschlag die Nachricht verbreiten, die Deutschösterreichische Regierung lasse sich die Heimkehr der Kriegsgefangenen nicht besonders angelegen sein, ja stehe ihr aus verschiedenen Gründen sogar ablehnend gegenüber. Italien würde die Kriegsgefangenen heimbefördern, Deutschösterreich aber wolle sie noch nicht. Anscheinend sind solche unsinnige Behauptungen von Kriegsgefangenen doch geglaubt worden, was bei ihrer grossen seelischen Depression begreiflich erscheint. Dagegenüber muss jedoch bemerkt werden, dass die Deutschösterreichische Regierung seit jeher auf dem Standpunkte gestanden ist und denselben verschiedentlich offiziell erklärt hat, dass seitens Deutschösterreich kein Hindernis gegen die sofortige Rückkehr der Kriegsgefangenen besteht und dass diese sobald als möglich kommen mögen. Seitens der Regierung sind offiziell durch neutrale Vermittlung, und inoffiziell durch Vermittlung des Roten Kreuzes wiederholt Schritte unternommen worden, dass die Kriegsgefangenen sofort zurückgegeben werden. Wiederholte Interventionen zielten auf Verbesserung der Lage und Abstellung ungerechter Behandlung ab.

Von der Schweizer Hilfsaktion. An Magistrats-Rat Dr. Hans Rogkopf ist am 9. ds. folgende Depesche aus Zürich eingelangt. In diesen Tagen, da die Wiener Delegation, unser lieber Gast, gedanken wir ihrer treuen Mitarbeit bei der Lebensmittelaktion und grüssen Sie aufs herzlichste mit Ausdruck des Bedauerns, dass ihr Erscheinen nicht möglich war. „Zürcher Hilfskomitee, Bierbaum.“

Ausgabe von Frühkartoffeln. Freitag und Samstag werden im 9., 10., 11., 20. und 21. Bezirke Frühkartoffel und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „9“ der Kartoffelkarte abgegeben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verleger und verantw. Redakteur **Emmy Michalek**,  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 14. August 1919, Nr. 330.

**Abgabe von Frühkartoffeln.** Samstag und Sonntag werden in 5., 7., 12., 13., 16. und 17. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „G“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Keine Leichenbegängnisse an Sonntagen.** Der Magistrat teilt mit, dass der Wiener Stadtrat zufolge Beschlusses vom 7. August 1919 die Verfügung getroffen hat, dass an Sonntagen, mit Ausnahme von Infektionskrankheiten, keine Beerdigungen stattzufinden haben.

**Das Krautgeschäft der Gemeinde.** Bürgermeister Reumann erstattete in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht ~~über~~ von Stadträte eingesetzten Untersuchungskommission zur Überprüfung der Krauteinkäufe des Bezirkswirtschaftsamt Stelle VI, in welchem es heisst: Zunächst muss festgestellt werden, dass die von B.W.A.-Stelle 6 gekauften Krautmengen weitens über den zu erwartenden Bedarf hinausgegangen sind. Dazu kommt, dass der letzte Krautkauf, der eigentlich der verhängnisvollste war, zu einer Zeit geschehen ist, als man in allgemeinen wusste, dass die Krauternte 1918 ausserordentlich gut ausgefallen ist, so dass schon zu jener Zeit Sauerkraut zu Preisen erhältlich war, die sich unter den von Ernährungsamt festgesetzten Maximalpreisen bewegt haben. Diese Tatsache findet auch ihre Bestätigung in einem Berichte des B.W.A. selbst. Nach diesem Berichte war der normale Bedarf der gesamten Wiener Bevölkerung bis auf rund 800 Waggons gedeckt. Das B.W.A. hat <sup>aber</sup> im November trotzdem ein neuerliches Geschäft mit der Gemüse- und Obstgesellschaft in Prag auf 2.000 Waggons abgeschlossen. Ober Mag.-Rat Dr. Ehrenberg begründet diesen Kauf damit, dass die d.ö. Regierung zu jener Zeit mit der tschechosl. Regierung in Unterhandlungen stand, um Kohle geliefert zu erhalten und um dieses Kohlengeschäft <sup>laufen zu lassen</sup> hätten die Prager Stellen zu verstehen gegeben, dass Deutschösterreich Kraut nehmen müsse, wenn es Kohle geliefert erhalten wolle. Ein Telegramm vom Dezember 1918, das diese Bedingung angedeutet aufweist, enthält aber davon nichts. Diese angebliche Bedingung wird auch einigermaßen durch die Aussage des Mag. Sekr. Dr. David entkräftet, welcher von Dr. Ehrenberg mit dem Auftrage nach Prag geschickt wurde, die telegrafisch bestellten 2.000 Waggons Sauerkraut womöglich zu restrigieren, weil die Menge für <sup>den</sup> Bedarf der Stadt Wien viel zu gross ist. Dr. David hat in Prag durch mündliche Unterhandlungen diese Menge auf 1.000 Waggons herabgesetzt und vereinbart, dass die bei Privatfirmen gekaufte Menge von 1150 Waggons nicht zur Lieferung gelange. Die Vertreter der Prager-Stelle verlangten dies selbst, da sie erklärten nicht zugeben zu können, dass einzelne Fabriken beschäftigt werden, während andere ihre Krautvorräte nicht absetzen könnten; es müsse eine gleichmässige Aufteilung der Bestellungen auf alle Fabriken erfolgen. In dem später in Wien schriftlich abgeschlossenen Vertrag über die 1.000 Waggons ist die Bestimmung über die Stornierung, der bei den Privatfirmen gemachten Käufe aber nicht enthalten. Diesen Firmen ist auch keine wie immer geartete Mitteilung des B.W.A. zugekommen, dass die Käufe annulliert erscheinen.

Der Vertrag wurde zu einer Zeit abgeschlossen, wo es keine Unterschiede in der Valuta gab, das heisst, er wurde zu dem damals in allen Sukzessionsstaaten gleichgültigen 8.ung.-Kronen abgeschlossen. Warum das B.W.A. später Zahlungen in tschech. Kronen geleistet hat, konnte die Kommission nicht feststellen. Es scheint jedoch ansser Frage zu stehen, dass die Gemeinde Wien zur Zahlung in tschech. Kronen rechtlich hätte nicht verhalten werden können. In dem Vertrage fehlt ferner ein sehr wichtiges Merkmal, nämlich der

Lieferungstermin ~~von~~ <sup>zurückzuführen</sup>

Der ungeheure Verlust, der bei dieser Sauerkrautaktion verzeichnet werden muss, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Kraut von vielen Stellen in einem sehr schlechten Zustande geliefert wurde. Nach dem Vertrage hätten alle Sendungen von nicht einwandfreier Beschaffenheit zurückgestellt werden sollen, ja diesen Zwecke hätten jene Organe, die das Kraut in den Bahnhöfen zu übernehmen hatten, die Beschaffenheit konstatieren und nicht einwandfreies Kraut den Lieferanten zur Verfügung stellen müssen. Das ist, wie Dr. Ehrenberger erklärt, nur von einzelnen Organen tatsächlich geschehen, viele dieser Stellen haben ihrer Pflicht nicht entsprochen.

Ferner ist die Einlagerung des Krautes in einer Weise erfolgt, die nicht nur als ungeeignet, und unfachgemäß bezeichnet werden muss, sondern bei welcher nach kurzer Lagerung mit dem Verderben des Krautes gerechnet werden musste. Die Kommission hat beispielsweise in St. Marx festgestellt, dass das Kraut in den Transportkassern im Freien lagert und gegenwärtig der grössten Sonnenhitze ausgesetzt ist. In Märzenkeller in Hütteldorf wurde Kraut gesehen, welches seit der Einlagerung nicht angerührt oder irgend einer Behandlung unterzogen worden wäre. Dass dieses Kraut vollständig verdorben ist, braucht nicht besonders erwähnt werden.

Der Verlust ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass der Absatz auf den Märkten sehr minimal war. Trotzdem das B.W.A. im Jänner 1919 die hereinbrechende Katastrophe kommen sehen musste, wurde nichts unternommen um den Krautabsatz irgendwie zu heben. Der damalige Krautabsatz betrug durchschnittlich 6 Waggons die Woche; erst im März, als Mag.-Sekr. Dr. David beauf-

tragt wurde, sich um das Sauerkrautgeschäft anzunehmen, sind Vorkehrungen getroffen worden, die es trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit ermöglichten den Absatz auf 30, 40, ja sogar auf 50 Waggons per Woche zu steigern. Nach den Mitteilungen der Sachverständigen soll von dem noch vorhandenen Kraut die Hälfte noch genussfähig sein. Die Kommission meint aber, dass diese Angabe mehr als bezweifelt werden müsse und leider mit der Tatsache zu rechnen sei, dass die in den Wiener Lagern vorhandenen Mengen überhaupt nicht mehr zum menschlichen Genuss fähig sind.

Als Ursache für den Verlust führt Dr. Ehrenberg an, dass man im März ds. J. 150 Waggons Sauerkraut aus den aufgelassenen Flüchtlingslagern von der n.ö. Landesregierung übernehmen musste. Die Gemeinde Wien hat aber nicht 150 Waggons, sondern nur 50 Waggons übernommen und diese 50 Waggons sind dem B.W.A. über Weisung des Landhauptmannes Sever kostenlos ausgefolgt worden.

Der Kommission ist vom B.W.A. über die Einnahmen und Ausgaben bis 30. Juni Bericht erstattet worden. Darin wird festgestellt, dass sich zwischen den verkauften und den verkauften und noch vorhandenen Mengen ein Abgang von 992 Waggons ergibt. Davon konnte ermittelt werden, dass 319 Waggons vom März bis Juni mit Wissen des B.W.A. der Vernichtung zugeführt wurden. Ueber die fehlenden 673 Waggons vermag das B.W.A. keine Aufklärung zu geben. Es wird in dem Berichte nur bemerkt, dass nicht festgestellt werden könne, in welchen Zeitabschnitten diese Mengen der Vernichtung zugeführt wurden, resp. auf welche Weise dieser Abgang entstanden ist. Mag. Sekr. Dr. David hat sich besonders über Inspektor Berger, dem Leiter des Lagers in St. Marx bitter beklagt, dass gerade dieser nicht nur seine Pflicht vollständig vernachlässigt, sondern dass durch seine Geschäftsgebarung gerade das Lager in St. Marx empfindlichen Verlust erlitten hat.

Die Kommission, welche aus den Stadträten Huchl, Koberda, Linfer, Müller und Vaugoin bestand, kam zu der übereinstimmenden Ueberzeugung, dass bei dieser Krautaktion von ihrem Anbeginn bis zum heutigen Tage mit einem sträflichen Leichtsinne von den hierzu berufenen Organen vorgegangen wurde, der nicht schaff genug getadelt werden kann. Die Kommission schlägt nun vor, dass eine Personlichkeit (die Kommission hat Dr. David im Auge) die ganze Aktion in die Hand nehme, die Lagerbestände einer strengen technischen Kontrolle unterziehen lasse, um, was noch genussfähig ist, sofort in entsprechende Käufe zu überführen, damit sie für den kommenden Herbst gerettet werden, sowie alle Massnahmen zu treffen die geeignet sind weitere Verluste der Gemeinde wo-

Dieser Schlussaufstellung ergibt sich wie folgt:

Die gesamte Menge des bezogenen Sauerkrautes 1918/19	24,146.876 kg
Davon wurden verkauft	9,033.955 kg
Der Lagerbestand am 30.6.1919 war	5,190.000 kg
Der Vernichtung zugeführt wurden vom März bis Juni	3,190.000 kg
Unaufgeklärte Abgänge	6,730.921 kg
Zusammen also	24,146.876 kg.
Die Einnahmen betragen am 30.6.1919	7,308.927 K
Von den noch vorhandenen 519 Waggons ist höchstens mit einem Erlös zu rechnen von	190.000 K
Der Gesamterlös würde demnach betragen	7,498.927 K
Die Ausgaben bis 30.6.1919 in Deutsch. Kronen betragen	25,506.405 K
In tschechoslowak. Kronen ( zum Kurse von 1.70 )	11,921.497 K
An verlorenen Emballageeinlagen	6,492.968 K
Noch zu zahlende Lieferungen	4,000.000 K
Spesen, verdorbenes Kraut, Löhne, etc.	1,000.000 K
Gesamtausgaben	43,910.770 K
Einnahmen	7,498.927 K
Bleibt schin ein Verlust von	41,411.773 K

Der Bericht wurde nach einer kurzen Wechaelrede zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Reumann teilte noch mit, dass gegen den Vorstand der Stelle 6 den Ober-Mag.-Rat Dr. Ehrenberg die Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde.

**Grosse Spende für die Schrebergärten.** Bürgermeister Reumann teilte in der heutigen Stadtratsitzung mit, dass Paul Wittgenstein aus dem Nachlasse seines an der Piave gefallenen Bruders Kurt einen Betrag von 1 Million Kronen zur Errichtung von Schrebergärten gespendet hat. Die Gärten sollen in erster Linie an Invalide verpachtet werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew.*  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 16. August 1919, Nr. 331.

Abgabe von Frühkartoffel. Sonntag und Montag werden im 3., 4., 14., 15. und 16. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kppf, gegen Abtrennung des Abschnittes „H“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Lebensmittel für Mindestbemittelte. In der 113. Fürsorgeweche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch  $\frac{1}{8}$  kg Maisgrieß pro Person des Haushaltes zum Preise von 66 h gegen Abtrennung des Abschnittes „25“ in den Geschäften und Ständen der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Dienstag, den 19. August 1919 für A - F, Mittwoch, den 20. August für G - K, Freitag, den 22. August für L - R, und Samstag, den 23. August S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen: XI. Bezirk, Hannovergasse und Innstrasse, und XXI. Bezirk, Zwischenbrücken, Magistratisches Bezirksamt für den XXI. Bezirk und Stadlau, rayoniert sind. Abgetrennt wird der links oben befindliche durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K. 1.- abgegeben werden. Die Abgabebeträge sind dieselben, wie für Maisgrieß. An die Ausspeisungen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 120. Fürsorgeweche für jede Person  $\frac{1}{8}$  kg Maisgrieß (zum Preise von K 5.30 per kg) abgegeben werden.

Lebensmittelabgabe der Wiener städtischen Angestellten. Rayoniert:  $\frac{1}{4}$  kg Mehl,  $\frac{3}{8}$  kg Maisgrieß, je  $\frac{1}{2}$  kg heurige Kartoffel auf Abschnitt „E und F“ der Kartoffelkarte, 12 dkg Schweinefett, Gefäße mitbringen. Eier im gewöhnlichen Ausmaße. Neueingelangt: Diverse Liköre und Kognak, Schmierseifenersatz prima Qualität, Preis K 5.40 per Kilogramm, Zephyr, Chiffon, Knabenanzüge, Kochkisten auf Raten und die laufenden Artikel.

Die Kopfquote an Mahlprodukten. In der kommenden Woche besteht die Kopfquote an Mahlprodukten aus  $\frac{1}{4}$  kg Mehl und  $\frac{1}{4}$  kg Maisgrieß; außerdem gelangt eine allgemeine Zuluße von  $\frac{1}{8}$  kg Maisgrieß pro Kopf auf Grund der gelben, bzw. lilafarbenen Mehlbesugskarte sowohl bei den städtigen Mehlabgabestellen als auch bei den Konsumentenorganisationen zur Ausgabe. Detailverkaufspreis K 5.40 per 1 kg.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 16. August 1919, Nr. 332.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch, Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Die Verlängerung der Linie 59. In der letzten Stadtratsitzung berichtete StR. Weigel über den Antrag der Bezirksvertretung Hietzing auf Fortführung der Linie 59 der Strassenbahn bis zum Bahnhof Speising, an Sonn- und Feiertagen bis nach Mauer. Mit Rücksicht darauf, dass in Speising keine geeignete Umkehrstelle besteht, sondern diese erst mit grossen Kosten geschaffen werden müsste und dass weiters die verlangte Verkehrsstärkung eine Belastung des Stromverbrauches bedeuten würde, die bei der konstanten Kohlenkrise ganz ausgeschlossen sein muss, beantragte der Referent die Ablehnung dieses Ansehens, welcher der Stadtrat zustimmte.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte ausgegeben. 1 kg kostet 70 h.

Öl-Abgabe. In der Zeit vom 18. bis 24. August gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen sowie bei den Konsumentenorganisationen 12 dkg Öl pro Kopf zur Ausgabe. Der Preis beträgt für 12 dkg K 3.84.--

Zur Kriegsgefangenen Frage. Ueber Brauchen mehrerer in Malta in englischer Kriegsgefangenschaft befindlicher Herren hat sich Bürgermeister Reumann in der Frage der Heimsendung dieser Gefangenen an das liquidierende Ministerium des Aeussern, dem diese Frage zusteht, gewendet und von dieser Stelle folgende Antwort erhalten: Das Ministerium des Aeussern beehrt sich mitzuteilen, dass die mit dem Abschluss des Waffenstillstandvertrages unablässig fortgesetzten Bemühungen, die ehestmögliche Entlassung der in den Feindesländern internierten Zivilpersonen zu erreichen, bei der britischen Regierung wohl zu dem Ziele geführt haben, dass die in England befindlichen Internierten repatriert werden, hingegen in Ansehung der englischen Kolonien leider erfolglos geblieben sind. Die speziell betreffs der Zivilgefangenen auf Malta durch Vermittlung der kgl. schwedischen Gesandtschaft in London erhobene Vorstellung, im Hinblick darauf, dass bei ihrer verhältnismässig geringen Anzahl und der kurzen Entfernung der Insel vom Festlande ihrer Heimbeförderung keine ernstlichen Transportschwierigkeiten entgegenstehen können, eine Ausnahme wenigstens zu Gunsten dieser Internierten eintreten zu lassen, hat bedauerlicherweise keine Berücksichtigung gefunden und wurde in einer vor wenigen Tagen zur h. o. Kenntnis gebrachten Note der britischen Regierung vom 29. Juni l. J. mit dem Bemerken abgelehnt, dass die Repatriierung der auf Malta befindlichen Zivilgefangenen erst nach erfolgter Unterzeichnung des Friedensvertrages stattfinden könne. - Bürgermeister Reumann hat diesen Sachverhalt einem dieser Kriegsgefangenen in einem Schreiben Mitteilung gemacht, in welchem es heisst: Nachdem der Friede nun bald geschlossen sein wird, hoffe ich, dass die Hindernisse Ihrer Heimbeförderung ehestens beseitigt sein werden und wünsche Ihnen vom Herzen, dass Sie wohlbehalten und gesund nach Hause zurückkommen.

Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 18.-23. August gegen Abtrennung des Buchstabens „G“ der Mehlbezugskarte. Preise unverändert.

Abgabe von Frühkartoffeln

Montag und Dienstag werden im 1., 6. und 8. Bezirk Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg per Kopf abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt "H" der Kartoffelkarte.

Schrebergärtenausstellung.

Die vom Stadtrat beschlossene Ausstellung von Erzeugnissen und Behelfen der Wiener Kleingärtner wird am 7. und 8. September in der Volkshalle und im Arkadenhofe des neuen Wiener Rathauses abgehalten werden. Der Termin für die Anmeldungen wird somit bis 25. August 1919 verlängert. Anmeldungen die die genaue Anschrift und Bezeichnung des Ausstellungsobjektes bzw. des Ausstellers enthalten muss, sind dem Landwirtschaftsamte einzusenden.

Vonder Direktion der städt. Elektrizitätswerke.

Bekantlich hat der Stadtrat einen Kretit von 6 Millionen Kronen für die Installation der elektrichen Beleuchtung in 10.000 Kleinwohnungen grnehmigt. Bisher sind etwa 15.000 Installationen angemeldet worden, weshalb die Annahme weiterer Anmeldungen eingestellt werden muss,

-----



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montagsden 18. August 1919, Nr. 333.

Zur Frage der Brennholzversorgung. In der letzten Stadtratsitzung beantwortete Bürgermeister Reumann eine Interpelation des StR. Körber, wegen der Vorseorge mit Brennholz für den kommenden Winter. Der Bürgermeister führte aus:

Es ist richtig, dass sich infolge der Kohlennot ein grosser Verbrauch von Brennholz schon jetzt ergibt und hiedurch auch ein Mangel an Brennholz zu gewärtigen ist. Die Vorkehrungen, welche das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 8 zur Bekämpfung des Brennholzmangels getroffen hat, sind folgende: Der Einkauf des Brennholzes erfolgt durch Abschluss von Abstockungsverträgen mit zahlreichen Gutsbesitzern von Niederösterreich. Ein Teil des Bedarfes wird auch durch den waggonweisen Ankauf von bereits geschlägerten Holz gedeckt. Es sind die derzeit in Wien lagernden Holzvorräte durch die notwendige Beistellung des Ersatzes des Küchenbrandes durch Holz ständig in Schwinden begriffen und hält der Verbrauch mit dem Einlauf neuer Quantitäten nicht gleichen Schritt. Das Hauptaugenmerk des Amtes ist daher auf die möglichste Forcierung der Bringung des bereits geschlägerten Holzes nach Wien gerichtet. Auf Grund der Abstockungsverträge ist ein bedeutendes Quantum von Brennholz bereits der Gemeinde Wien gesichert, doch sind durch die Schaffung der neuen Landesholzstelle, insofern Schwierigkeiten entstanden, als diese Stelle das Recht zur Beschaffung von Brennholz auch schliesslich für sich in Anspruch nimmt, und den freien Ankauf durch die Gemeinde Wien förmlich hindert. Es hat daher das B.W.A. St. 3 diesfalls eine Vorstellung überreicht und auch mit dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Widholz Rücksprache gepflogen, doch ist bis jetzt eine endgültige Entscheidung in dieser Frage nicht erflossen. Das B.W.A. St. 8 wird das Hauptaugenmerk immer darauf richten, dass zumindest für die Bäckereien und sonstige Approvisionierungsgewerbe Brennstoffe auf Lager gehalten werden. Ich habe übrigens gegen den Antrag des Herrn StR. Körber, bezüglich der Schaffung eines Ausschusses von <sup>einigen</sup> Mitgliedern nichts einzuwenden.

Pensionierung. Der Stadtrat hat den Pensionsansuchen des langjährigen Vorstandes des Bezirkschulrates Ober Mag. Rat Hugo Artzt Folge gegeben und dem Gemeinderate empfohlen, den Genannten den Dank und die Anerkennung auszusprechen.

Das Erholungsheim in der Villa Vergani. Der ehemalige Herausgeber des Deutschen Volksblattes Ernst Vergani hat im Jahre 1906 seine Villa in Emmersdorf an der Donau der Gemeinde Wien zur Errichtung eines Erholungsheimes für den Mittelstand unter der Bedingung des Fruchtgenusses für sich und seine Frau geschenkt, das nach der Widmungsurkunde „Villa Vergani, christliches Erholungsheim für den Mittelstand“ heissen soll. Bei der Aufnahme des Erholungsheimes sollen deutsche Schriftsteller und insbesondere Angestellte des Deutschen Volksblattes bevorzugt werden. Nachdem nunmehr auch die Witwe Vergani's gestorben ist, ist, wie StR. Dr. Winter in der letzten Stadtratsitzung berichtete, die Verpflichtung der Gemeinde Wien zur Errichtung dieses Erholungsheimes akut geworden und die Villa dürfte im Herbst in den physischen Besitz der Gemeinde übergehen. Der der Gemeinde geschenkte Besitz hat ein Gesamtausmass von 17.867 Quadratmeter. Wegen der baulichen Wiederherstellungsarbeiten an der vor 20 Jahren errichteten Villa, und wegen der geringen Zahl von Pflanzlingen, zirka 24, die dort gleichzeitig untergebracht werden können, wird der Betrieb voraussichtlich sehr teuer werden. Der Betrieb des Erholungsheimes könnte etwa im Mai des kommenden Jahres einsetzen und ganzjährig in Aussicht genommen werden.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag und Mittwoch werden im 19. Bezirke Frühkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „G“ der Kartoffelkarte abgegeben. Infolge Nichteintreffen avisierter Zufuhren konnten einzelne Kartoffelabgabestellen noch nicht mit Kartoffeln versorgt werden, weshalb sich bei diesen die Abgabe um einige Tage verzögert.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michew,*  
Wien, I., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 19. August, Nr. 334.

Erweiterung von Zillingdorf. Zum Zwecke der Ausbeutung des der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf gehörenden Freischurfgebietes einerseits, andererseits durch die zu gewärtigenden Sozialisierungsvorschriften über die Kohlenengewinnung veranlasst, beabsichtigt die Gewerkschaft neue Grubenmasse anzusprechen und ist daher genötigt, Bohrungen vorzunehmen, auf Grund deren Ergebnisse die Grubenmasse seitens der Bergbehörde verliehen werden. Die Direktion will nun, wie StR. Schmid in der letzten <sup>Stadtrats-</sup>Sitzung berichtete, um ein allgemeines Bild über die Lagerung der Kohlenflöze und ihrer Freischurfgebiete zu erhalten und diese beabsichtigten Bohrungen richtig anzusetzen und dadurch überflüssige Bohrungen vermeiden zu können, ein neues Verfahren in Anwendung bringen, welches sowohl in Ungarn, als in Deutschland in den letzten Jahren des öfteren und mit sehr gutem Erfolge angewendet wurde. Dieses Verfahren besteht darin, mittelst eines Apparates, Schwerwage genannt, Richtung und Lage von Schichten des Bodens zu ermitteln, deren Dichte von den übrigen Bodenarten erheblich abweicht, wie das ja bei der Braunkohle der Fall ist. Die Direktion hat sich mit dem Vorstande der Lehrkanzel für höhere Geodäsie an der technischen Hochschule in Wien, Hofrat Dr. Richard Schumann, welchem derzeit ein solcher Apparat zur Verfügung gestellt ist, und welcher beabsichtigt, eine grössere Arbeit damit durchzuführen, zu welchem Zwecke ihm seitens des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, sowie von der Akademie der Wissenschaften Subventionen zugesagt wurden, ins Einvernehmen gesetzt, damit diese Arbeiten auf dem Freischurfgebiete der Gewerkschaft in Zillingdorf durchgeführt und das Ergebnis, abgesehen von dessen wissenschaftlicher Verwertung, in der Form eines Lagerplanes des Kohlenflözes der Direktion zur freien Verfügung überlassen wird. Hofrat Schumann hat sich hiezu bereit erklärt, doch müsste die Gemeinde Wien, da der Umfang dieser Arbeiten einen grösseren Kostenbetrag, als die vorhandenen Subventionen decken können, erheischt, die Mehrkosten beisteuern. Die Gesamtkosten dieser Vermessungsarbeiten dürften einen Betrag von 55.000 K. erreichen, wovon durch die erwähnten Zuschüsse 10.000 K. gedeckt erscheinen. Ein weiterer Betrag von ungefähr 10.000 K. würde dadurch gedeckt, dass ein Teil der erforderlichen Geräte, Werkzeuge, etc. seitens der Werksleitung in Zillingdorf leihweise dem Leiter der Vermessung zur Verfügung gestellt werden, sodass die Anschaffung dieser Geräte entfallen könnte. Die Gewerkschaft hätte sonach noch eine Aufwendung von 35.000 K. für Gehälter, Löhne, Verpflegung, etc. zu leisten. Ueber Antrag des Referenten wurde dieser Betrag genehmigt.

Aus dem Stadtrate. StR. Weigl berichtete in der letzten Stadtratsitzung über die Vergebung von 200 Koprophor-Wechselgefässe an die Firma Alexander Hartwich um den Betrag von 59.000 K.

Freiplätze. An der Musikschule Ludwig Liebling in Wien, 9., Währingerstrasse 46, werden vom Schuljahr 1919/20 angefangen fünf halbe Freiplätze für Söhne und Töchter von städtischen Beamten, Amts- und Schuldienern verliehen. Bewerber um diese Plätze haben ihre Gesuche unter genauer Angabe des gewählten Lehrfaches bis längstens 15. September 1919 an die Schulleitung einzusenden.

Abgabe von Kipflerkartoffel. Am Donnerstag werden auf den Märkten des IV., XIV., XVI., XVIII., XX. und XXI. Bezirkes Kipflerkartoffeln und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf zum Preise von K 6.96 für das Kilo abgegeben. Die Abgabe erfolgt ausserhalb des Rahmens der Rayonierung gegen Durchlochung der Ziffer „W“ am unteren Rande der gelben oder lila Mehlbezugskarte. Der hohe Abgabepreis erklärt sich daraus, dass der Produzentenhöchstpreis für Kipflerkartoffeln das dreifache des Höchstpreises für runde Kartoffeln beträgt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 18. August 1919.

Abends.

---

Löbliche Redaktion!

In der ersten Notiz über die Brennholzversorgung ist folgender Satz gänzlich zu streichen, da er durch die heutige Sitzung der Landesregierung überholt ist:

„denn sind durch die Beschaffung der neuen Landesholzstelle insofern Schwierigkeiten entstanden...

bis... und den freien Ankauf durch die Gemeinde Wien förmlich hindert“

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michow.  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 20. August 1919, Nr. 335.

Zur Kohlenfrage. In der heutigen Stadtratsitzung brachte VB. Emmerling den Kohlenbericht zur Verlesung. Im Anschlusse darauf verwies er, dass die Lage von Tag zu Tag trostloser gestalte und immer dringender Abhilfe fordere. Bezüglich der Holzversorgung fanden gegenwärtig ernste Verhandlungen mit der Regierung statt, bei denen das Bild sich so gestalte, dass, wenn alle Voraussetzungen der Bringung nicht durch Widrigkeiten gestört werden, man mit einer halbwegs zulänglichen Versorgung bezüglich des Küchenbrandes rechnen könnte, doch müsste auch in dieser Beziehung von irgendwelchen übertriebenen Hoffnungen gewarnt werden, da die bekannte Misere mit Fuhrwerk und Bahnverbindungen Störungen eigentlich zu einer normalen Erscheinung macht. An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, an welcher seitens Vizepräsidenten und Dr. Kleinböck das Verlangen gestellt wurde, es möge schon jetzt zum Teile Reduktionen, zum Teile Vorbereitungen für die im Winter nach der ganzen Sachlage unausbleiblich zu gewärtigenden Einschränkungen getroffen werden. Von Seiten des StR. Isler wurde die Einsetzung eines Ausschusses <sup>zur Klärung</sup> ~~beauftragt~~, der schon jetzt ein vollständiges Programm ausarbeiten möge für alle Vorkerkungen, die im Winter notwendig erscheinen werden. VB. Emmerling verwies darauf, dass schon vor Wochen festgestellt worden sei, dass eigentlich nach dem gegenwärtigen Stande der Kohlenzufuhr und des von Tag zu Tag schwindenden Vorrates es notwendig wäre, die gesamte Industrie am Montag und Samstag vollständig still zu legen, an den übrigen Tagen lediglich 6 Stunden arbeiten zu lassen, dass fernerhin der Strassenbahnverkehr, nur an 2 Morgenstunden gestattet werden sollte, den ganzen Tag über zum Stillstande gelangen müsste. Das wären nun so ungeheuerlich einschneidende Massnahmen, dass es sehr zu überlegen sei, ob man sie jetzt schon treffen dürfte, oder ob es sich nicht trotz aller Not empfehlen würde, ~~unter Aufzehrung des eisernen Vorrates doch den Betrieb aufrecht zu erhalten um nicht vorzeitig eine Katastrophe herauf zu beschwören.~~

StR. Breitner führte aus, dass seitens der Gemeinde in den letzten Wochen eine rastlose Tätigkeit entfaltet und nicht das Geringste versäumt worden sei. Es sei VB. Emmerling wiederholt in Frag gewesen und im Begriffe, in den nächsten Tagen neuerlich eine Reise in die Tschechoslowakei anzutreten. Ebenso wurden Abordnungen nach Deutschland entsendet und es sei eine Reise, an der gewählte Vertreter teilzunehmen sollen, in Vorbereitung. Mit den ausländischen Missionen, insbesondere den Amerikanern und Franzosen, wurden Verbindungen angeknüpft und diese Stellen in rückhaltslosester Weise über die furchtbare Gefahr, von der Wien bedroht ist und die fast unabwendbar erscheint, in Kenntnis gesetzt. Es sind der Gemeinde Offerte für amerikanische Kohle vorgelegt worden, bei denen sich ein Waggon 1000 Wien auf 16.000 K stellt, gegenüber 2.500 K für tschechoslowakische Kohle und einem Friedenspreis von 240 K pro Waggon. Trotz dieses ungeheuerlichen Unterschiedes, der bewirken müsste, dass eine Versechsfachung der Tarife zur Herstellung des Gleichgewichtes notwendig wäre, woran natürlich nicht zu denken sei, habe die Gemeinde erklärt, dass sie die schwersten finanziellen Opfer nicht scheuen werde, um nur in den Besitz von Kohle zu gelangen und den Stillstand der Gas- und Elektrizitätswerke zu vermeiden.

Auch auf die Gefahr einer weiteren schweren Verschuldung der Gemeinde muss Kohle beschafft werden. Der Preis ist nicht entscheidend. Komme es zur Stockung so könnte von der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung nicht mehr die Rede sein; aber schon jetzt eine Art probeweise Zusammenbruch herbeizuführen sei ein furchtbar gewagtes Experiment.

Der Schluss des Kohlenberichtes folgt Nachmittags.

Entfallender Empfang. Morgen entfällt die Sprechstunde des VB. Max Winter, wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

Vom Veterinäramt. Veterinärerrat Dr. Johann Juritsch wurde vom Stadtrate zum Direktor des Veterinäramtes ernannt.

Gemeinschaftsküche der Strassenbahnen. Der Stadtrat beschloss heute nach einem Antrage des VB. Ross den Ankauf der Liegenschaft, 13, Pensingerstrasse 72, um den Preis von 298.000 K. In dem Objekt, in welchem bereits gegenwärtig eine Restauration betrieben wird, soll die Gemeinschaftsküche der Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen untergebracht werden.

Wiederherstellung der internationalen Beziehungen zwischen den wissenschaftlichen Korporationen in England und Deutschösterreich. Das Präsidium des österr. Ingenieur- und Architektenvereines hat die bekannte Resolution, in welcher der Verein, auf Grund eines vom Präsidenten Stadthaudirektor Ing. Dr. Goldemund erstatteten Referates, zu den wichtigsten technischen Bedingungen des Friedensvertrages Stellung genommen hat, auch den wissenschaftlichen Korporationen des feindlichen Auslandes, mit denen der Verein vor dem Kriege in kollegialer Verbindung stand, zur Kenntnis gebracht. Das Iron & Steel - Institut in London hat den Empfang durch eine Zeitschrift bestätigt, welche sich durch eine bemerkenswerte Wärme auszeichnet. Die genannte hervorragende Körperschaft begrüsst es, dass die lange Zeit, während der die Verbindungen unterbrochen waren, glücklicherweise vorüber sei und gibt der Hoffnung Ausdruck, die früheren freundschaftlichen Beziehungen zu den technischen und wissenschaftlichen Vereinen unseres Landes wieder aufzunehmen.

Zur Kohlenfrage.

Fortsetzung des Berichtes.

VB. Hoss hält gleichfalls eine sofortige Drohung für zu gefährlich, wohl aber wäre es angezeigt, wenn auch/den Arbeiterorganisationen heraus der Ruf nach Kohle erschallen würde.

StR. Körber glaubt, dass man die grössten Schwierigkeiten mit der Zufuhr des Holzes haben werde. Auch die Preisstellung sei horrend. Man zahle jetzt schon jeden Preis für Holz. In dieser Beziehung möge an die Regierung herangetreten werden, damit diesem Preiswucher Abhilfe geschehe.

StR. Iser regt die Einsetzung eines Ausschusses an, der sich mit der Kohlenfrage eingehend zu beschäftigen haben werde, denn geschehen müsse etwas; wenn Schneefälle eintreten, so werde man nicht einmal die Lebensmittelzüge befördern können, vielweniger die Kohlenzüge. Es werde dann zu einer furchtbaren Katastrophe kommen. Man müsse sich schon jetzt klarmachen, welche Maßnahmen zu ergreifen seien und durch dieselben die Ruhe gegebenenfalls gestört werden würde, so wäre dies jetzt viel leichter zu ertragen, als im Winter.

StR. Dr. Kienböck sagt, dass das, was wir an Kohle brauchen, an Deutschland und der Weltproduktion gemessen, doch eigentlich nicht entscheidend, ja geradezu minimal sei. Vielleicht bestehe doch noch die Möglichkeit, dieses Quantum zu beschaffen. Das geschehe aber nicht durch ein düsteres Kommuniqué allein, sondern, vielleicht wäre es angezeigt, dass sich der Bürgermeister in dieser Angelegenheit auch an die Industrie und die Arbeiterschaft wende. Dieses Vorgehen würde schon auf die Öffentlichkeit einen Eindruck machen, es würde alarmierend wirken und das tue not, denn die Bevölkerung täusche sich noch immer über den Ernst der Lage.

StR. David sagt, man müsse, wenn kein anderer Ausweg bleibe, auch amerikanische Kohle um jeden Preis herschaffen. Er habe selbstverständlich gegen die Einsetzung eines Ausschusses nichts, wenn er sich auch davon keinen besonderen Vorteil verspreche.

VB. Emmering betont, dass die Versuche, Kohle aus Deutschland zu erhalten, nicht aus jüngster Zeit datieren. Die Kohlenlieferungen aus Deutschland seien schon vor langer Zeit vertragsgemäss festgelegt worden. Deutschösterreich solle aus Deutschland 7.000 Tonnen Schwarzkohle erhalten, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Tschechoslowakei 22.000 Tonnen Braunkohle nach Deutschland liefere. Das Letztere geschehe nicht und so erhalten wir auch nicht die versprochene Menge Steinkohle aus Deutschland.

Millionen betrage, wir zu jedem Opfer bereit seien, um nur die Kohle zu bekommen, um einer Katastrophe zu begegnen. Ebenso sei die Gemeinde unausgesetzt an der Arbeit, die Bringung von grossen Holzvorräten zu ermöglichen. Zu diesem Behufe hätten dieser Tage schon Verhandlungen mit dem Landesholzamt stattgefunden und es werde morgen voraussichtlich im Amtsblatte eine Verordnung veröffentlicht werden, nach welcher alles Holz, welches in Niederösterreich schlagbar ist, vom Staate angefordert werde und gleichzeitig auch die Preise festgesetzt werden. Gegenwärtig sei Hofrat Kloss in Prag, um neuerliche Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei zu führen. Der Bürgermeister schloß mit der Erklärung, er werde noch im Laufe der nächsten Woche eine ausserordentliche Gemeinderatssitzung einberufen, der ein eingehender Bericht über die rastlosen Bemühungen der Gemeinde zur Beschaffung von Holz und Kohle erstattet werden wird. Aus dem Berichte werde hervorgehen, dass die Gemeinde sich sicherlich keine Versäumnisse oder Unterlassungen habe zuschulden kommen lassen. Gleichzeitig werde aber auch die Welt erkennen, in welcher grauenvollen Lage die Stadt Wien sich befinde und dass unverzügliche Inangriffnahme der Kohlenversorgung nottue. Wenn die letzten paar Wochen ungenützt verstreichen, dann sei es wirklich zu spät, dann werde über diese vielgeprüfte Stadt eine so entsetzliche Katastrophe hereinbrechen, dass alle Worte zu schwach wären, eine Schilderung zu geben. Wien stehe vor einer Schicksalsstunde. Die Bevölkerung müsse auf das Aergste gefasst sein, wenn die Entente, wenn Deutschland und die Successionsstaaten nicht sofort und mit grösster Energie helfend eingreifen.

.....  
Bürgermeister Reumann ~~gegen~~ <sup>gegenüber</sup> die leise ~~be~~ <sup>be</sup> Mutmaßung, als ob die Gemeindeverwaltung etwa die Hände in den Schoß lege, entschiedenst ~~Es würden~~ <sup>Es würden</sup> unausgesetzt alle Anstrengungen gemacht, um Kohle herbeizuschaffen und zwar nicht erst seit heute, oder erst seit einem kurzem Zeitraume, sondern seitdem die Kohlenkalamität bestehe. Was Deutschland anbelangt, so habe man aus den jüngsten Kohlendebatten ~~sehen~~ <sup>sehen</sup> können, dass es selbst an Kohlen Mangel leide. Dessen ungeachtet sei man auch wiederholt und in eindringlichster Weise an die deutsche Regierung in dieser Frage herangetreten. Zuletzt habe er am 30. Juli an den deutschen Reichspräsidenten ein Schreiben absenden lassen, in welchem eine eingehende Darstellung unserer trostlosen Kohlenverhältnisse gegeben worden sei. Es sei darin um die dringliche Einhaltung der vertragsgemässigen Lieferungen gebeten worden. Darauf habe das Reichspräsidium geantwortet, dass alles getan werde, um die Stadt Wien nach besten Kräften mit Kohle zu versorgen. Ob wir von Deutschland ~~erhalten~~ <sup>erhalten</sup> nennenswerte Mengen Kohle erhalten werden, sei noch fraglich, denn die Kohlen-

zulieferungen seien vom Friedensvertrage abhängig. Deutschösterreich leide auch unter den deutschen Friedensvertrag. Wenn man Deutschland die Lokomotiven, Güterwagen und das Saargebiet weggenommen habe, überdies ihm ungeheure Lieferungsverpflichtungen auferlegt, so sei es nur zu begreiflich, dass diese Maßnahmen auf uns eine Rückwirkung haben. Deutschland ist eben infolge dessen nicht im Stande, jenes Quantum Kohle uns zu liefern, was ursprünglich beiderseitig ins Auge gefasst worden sei. Auch die fortwährenden Streiks im Oberschlesischen Kohlengebiete, üben einen sehr störenden Einfluß. Er habe deshalb die Direktoren der städt. Gas- und Elektrizitätswerke ersucht, alles daranzusetzen, dass die Gemeinde englische und amerikanische Kohle bekomme. Es hätten diesbezüglich auch schon Verhandlungen stattgefunden und die Preise, welche verlangt worden seien, sind ungeheuer. Dessen ungeachtet sei erklärt worden, dass, wenn auch das Mehrerfordernis viele

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Frans Mikulic**,  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 21. August 1919, Nr. 337.

**Mindestbemitteltenfürsorge.** In der 114. Fürsorgeweche erfolgt die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch, die in den Ständen der Großschlächterei: II., Volkertplatz, Radingerstrasse, Im Werd, III., St. Marx, Kleistgasse, Kardinal Naglgasse, V., Hundstürmerplatz, Kohlgrasse und Siebenbrunnengasse rayoniert sind. Abgetrennt wird der links oben befindliche, durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt der rosafarbenen Einkaufscheine. Jede Person des Haushaltes bekommt 10 kg zum Preise von K 1.--. Die Abgabetermine sind: Dienstag, den 26. August für A - F, Mittwoch, den 27. August für G - K, Donnerstag, den 28. August für L - R, Freitag, den 29. August für S - Z. An die Anspeisungen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 121. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Haferflocken (zum Preise von K 3.30 per 1 kg) abgegeben werden.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 21. August 1919, Nr. 338.

**Zur Kohlenfrage.** In der heutigen Stadtratsitzung stellte St.R. Schmid folgenden Antrag: Die Kohlennot ist in Deutschösterreich und besonders in Wien zu einer Katastrophe geworden und es muss alles aufgeboten werden, um dem Brennstoffmangel wenigstens teilweise abzuwehren, daher muss auch auf solche Brennstoffe gegriffen werden, die bisher als minderartig kaum in Betracht gezogen wurden. Dies gilt insbesondere auch vom Torf, der sich in Deutschösterreich in grösseren Lagern vorfindet, hauptsächlich aber nur zur Erzeugung von Torfmüll und Torfstreu ausgenützt wird. Der Torf kann aber nicht nur als Dünger, ferner zu hygienischen und Isolationszwecken, sondern auch, im Wege der Verkohlung, Verkokung und Brikettisierung als Brennstoff zur Kesselheizung benutzt werden. Da die Gemeinde in Schrems und Admont eigene Torfbetriebe besitzt, so wird

der Antrag gestellt:

Der Stadtrat wolle beschliessen, dass in den städtischen Betrieben zu Schrems und Admont Versuche gemacht werden, um die Eignung des dort lagernden Torfs zur Verkohlung, Verkokung und Brikettisierung festzustellen. Im Falle des Gelingens dieser Versuche wären geeignete Vorschläge behufs Erweiterung unserer Torfbetriebe zu erstatten.

**Abgabe von Kipflerkartoffeln.** Morgen Freitag werden auf den Märkten des 1., 2., 3., 4., 6., 7., und 14. Bezirkes Kipflerkartoffeln und zwar 1/2 kg pro Kopf zum herabgesetzten Preise von K 3.96 für das kg abgegeben. Die Abgabe erfolgt ausserhalb des Rahmens der Rayonierung gegen Durchlochung der Ziffer „V“ am unteren Rande der gelben oder lila Mehlbezugskarte. Die Festsetzung des bisherigen Preises von K 6.96 für das kg beruhte auf einer irrthümlichen Auslegung des behördlichen Erlasses über die Produzentenhöchstpreise. Allfällige auf den Märkten des 4., 14., 16., 18., 20. und 21. Bezirkes von heutigen Verkäufen übrig gebliebenen Kipflerkartoffeln werden ebenfalls auf diesen Märkten <sup>morgen</sup> (Freitag) zum Preise von K 3.96 für das kg unter den obigen Bedingungen abgegeben.

**Die Anträge um Strassenbahnfahrkarten.** Der Stadtrat hat nach einem Berichte des 35. Ausschusses den Antrag der Bezirksvertretung 12 wegen allgemeiner Quer-

kennung von Fahrpreisbegünstigungen an städtische Angestellte mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage der Strassenbahn abgewiesen. Für dienstliche Fahrten der städtischen Bediensteten sei Inzifferne vorgesehrt, als die einzelnen Verwaltungszweige dienstlich notwendige Zeitkarten auf eigene Rechnung beschaffen können und auch an städtische Dienststellen Einzelfahrtscheine für dienstliche Zwecke abgegeben werden können. Für die Dienstfahrten der einzelnen Organe erscheine also ohnehin genügend Vorsorge getroffen, für ausserdienstliche Fahrten könnten aber keine Begünstigungen gewährt werden.

**Verkauf der Gebindeworräte der Gemeinde.** Die Gemeinde hat in den Jahren 1917 und 1918 im Zusammenhange mit ihren Sauerkraut-, Obst- und Kirschen- und Apfelsinengeschäften grössere Mengen von Transport- und Lagergebänden erworben, die im November 1918 noch einen bedeutenden Zuwachs erfuhr. Durch die zu sehr günstigen Preisen erfolgte Übernahme des Inventars des militärischen Passlagerplatzes in Stammersdorf. Da diese Gebände für den Lebensmittelhandel der Gemeinde nicht mehr benötigt werden, hat der Stadtrat nach einem Beschlusse des St.R. Hackl heute beschlossen, dieselben im Wege einer öffentlichen Offertausschreibung zum Verkaufe zu bringen. Der grösste Teil der Gebände lagert in Stammersdorf, der kleinere Teil, Bierlagerfässer, am Zentralviehmarkt in St. Marx.

**Wohltätigkeitsfest.** Die Bediensteten des städt. Strandbades „Gänsehäufel“ veranstalten am 20. September l. J. im Kadmanns Sälen „zum goldenen Kreuz“ II. Bezirk, Prater nächst dem Lustspieltheater ein grosses Wohltätigkeitsfest mit Konzert, Varieté, Schönheitskonkurrenz und Tanzkränzen. Das reichhaltige Programm weist unter anderen folgende Kunstkräfte auf: Das Soloquartett Würflinger von Schabertbund, Rudolf Kurpa von Apollotheater, den arabischen Magier Ben il Noor, die spanisch-mexikanische Tänzerin Ma d'oro Sanchez und das Rokoko-Tanz-Duett Klein Hoeter. Das Reinorträgnis fliesst der Unterstützungskasse für in Not geratene Bedienstete des „Gänsehäufels“ zu. Karten im Vorverkauf sind an den Kassen sowie bei den Bediensteten des Strandbades erhältlich.

**Zur Kriegsgefangenen Frage.** Der Stadtrat hat heute folgende Kundgebung beschlossen: Der Stadtrat beauftragt den Bürgermeister an die deutsch-österreichische Friedensdelegation in St. Germain mit der dringenden Forderung heranzutreten, es möge dem Obersten Rat der Alliierten eindringlich vorgestellt werden, dass die rasche Freilassung unserer Kriegsgefangenen ein unabweisbares Gebot der Menschlichkeit ist. Ebenso wie die italienische Regierung die Heimkehr Kriegsgefangener gestattete, ebenso können die Regierungen jener Staaten die Kriegsgefangenen zurückhalten ihre Freilassung verfügen, damit das Leid der Mütter und Väter, der Frauen und Kinder endlich ein Ende findet. Es ist eine jeder Humanität spottende Qual, die über die Kriegsgefangenen, die wahrlich nicht die Ursachen des furchtbaren Krieges waren, verhängt wird, wenn sie lange nach dem Krieg noch immer der Furcht beraubt sind, wenn sie von ihren lieben Angehörigen getrennt, noch immer nicht das Ende ihres Leides absehen. Diese zwecklose Tortur wird durch Verfügungen, die den Gefangenen die Korrespondenz mit ihren Angehörigen unmöglich macht, vielfach verschärft. Möge der Oberste Rat der Alliierten endlich den grammausen Verfügungen ein Ende machen und die Heimkehr der Kriegsgefangenen ohne Verzögerung in die Wege leiten.

**Zur Finanzlage der Stadt.** In der heutigen Stadtratsitzung erstattete St.R. Breitner einen Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinde und beantragte, den Magistrat zu ermächtigen, aus den Beständen des Investitionsanlehens des Jahres 1914 einen Betrag von 30 Millionen Kronen voranschüssweise zur Deckung laufender Erfordernisse zu verwenden. Die Abnahme dieses Betrages habe nur nach Maßgabe der unumgänglichen Notwendigkeit zu geschehen und der Rückersatz nach Möglichkeit aus den restlichen Staatszuschüssen der 140 Millionen Kronen Kriegsauslagenperiode zu erfolgen. Bei der Gebarung im Budgetjahre 1919/20 <sup>ausserhalb</sup> ~~wäre~~ <sup>mit dem im Ver-</sup> ~~ein-~~ <sup>ein-</sup> ~~schlage~~ <sup>schlage</sup> vorgesehenen Ausgaben das Auskommen zu finden.

Allerdings seien angesichts der horrenden, noch immer andauernden Preissteigerungen Zuschusskredite nicht zu vergeben, doch gebe es demgegenüber nichts anderes, als eine Reduktion des gesamten Bauprogrammes. Der Stadtrat werde sich in nächster Zeit mit solchen Vorschlägen zu befassen haben. Bei den Pflasterungen habe man noch im Juni 500 % Aufzahlung präliminiert, während sich jetzt Mehrkosten bis zu Tausend Prozent ergeben.

VB. Hoss wies darauf hin, dass Zuschusskredite nicht zu vergeben seien, obwohl man es seiner Partei seinerzeit über genommen habe. Im Uebrigen habe er gegen das Referat nichts einzuwenden und stimme dafür.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen.

**Eine neue Darlehensforderung des Wiener Krankenanstaltenfonds.**

St.R. Breitner berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über ein neuerliches Ansuchen des Wiener Krankenanstaltenfonds um ein Darlehen von 7 Millionen Kronen. Der Wiener Krankenanstaltenfond habe bereits dreimal von der Gemeinde Wien Darlehen erhalten, die zusammen etwas über 9 Millionen Kronen betragen hätten. Diese Beträge seien auch schon ausbezahlt worden. Gleich der Gemeinde Wien würden jetzt auch wieder vom Lande und vom Staate Darlehensbeträge in derselben Höhe <sup>wie von der Gemeinde</sup> ~~erfordert~~ <sup>erfordert</sup>. Der Referent erklärte, er halte es, mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde für ausgeschlossen, weitere Voranschüsse zu gewähren. Die Gemeinde müsse vielmehr mit allem Nachdruck darauf beharren, dass endlich mit der Sanierung des Fonds Ernst gemacht werde. Ohne von vornherein sich gegen jede Mittragung der Kosten auszusprechen, müsse doch festgestellt werden, dass eine Drittteilung der künftigen Defizite an und für sich ausgeschlossen sei. Dies gelte insbesondere für die bisher aufgelaufenen Schulden, zumal die Gemeinde an der Verwaltung des Fonds keinen Anteil gehabt habe.

St.R. Dr. Grün schloss sich dem Referentenantrage an, da die Gemeinde bisher ohnehin schon mehr als der Staat und das Land bezahlt hätte, indem die Gemeinde auch bei den Darlehen, die das Land und der Staat <sup>in summa</sup> ~~bezahlt~~ <sup>bezahlt</sup> habe, mit einem Betrage von ungefähr 60 % beteiligt sei. Es sei naturgemäß zu verlangen den freigewählten Vertretern der Gemeinde als der grössten Zahl der einen grösseren Einfluss auf die Gebarung einzuwirken und ihn nicht einigen Beamten der anderen Stellen zu überlassen.

Auch St.R. Dr. Kleinböck stimmte dem Antrage des Referenten zu.

Bürgermeister Reumann erklärte sich mit dem vorliegenden Antrage ebenfalls einverstanden. Er lege Gewicht darauf, dass es endlich zu einer ernsten Aussprache in dieser Erave mit den beteiligten Faktoren komme, da die Verhältnisse unbedingt einer Klärung bedürfen.

Der Antrag des Referenten wurde sodann angenommen.

**Wiener Rathaus-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Dr. Johann Michler.**  
Wien, im Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 22. August 1919, Nr. 338.

Verschärfte Kontrolle der Milchabgabe. Ueber zwei Anträge der Stadträte Dr. Grün und Frau Dr. Seitz wegen verschärfter Kontrolle der Milchabgabe in den Milchverschleißstellen, beziehungsweise, wegen Revision der in Wien einlangenden Personenzüge auf eingeschmuggelte Milch, erstattete gestern StR. Hackl einen eingehenden Bericht, in welchem er ausführte, dass die dermaligen Bestimmungen bezüglich der Milchabgabe ohnehin sorgfältig auf Grund der praktischen Erfahrungen geschaffen wurden und bei intensiver Kontrolle wohl auch ausreichen würde. Sehr wichtig bei der Durchführung dieser Bestimmung wäre aber die Mitwirkung der Verbraucher, welche bedauerlicher Weise noch immer unzureichend ist. Trotzdem werden die Revisionen in den Verschleißstellen weiterhin strengstens durchgeführt. StR. Dr. Grün beantragte, dass der Magistrat über folgenden weiteren Antrag berichten sollte: Die den einzelnen Milchhandlungen zugewiesene Milch, ist mit jener Milchmenge zu vergleichen, welche den Kranken gegen Bestätigung des Empfanges zugewiesen wurde.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 22. August 1919, Nr. 339.

Abgabe von Frühkartoffeln. Sonntag bis Dienstag der kommenden Woche werden im 2. Bezirk Frühkartoffeln holländischer Herkunft zum Preise von K 2.60 für das kg und zwar  $\frac{1}{2}$  kg für den Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „H“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Aus dem Stadtrate. StR. Siegel berichtete über die Erwerbung von Dachpappe aus der Sachdemobilisierung um den Betrag von 11.220 K. Ferner berichtete er über die Regulierung der Döblerhofgasse und des Landstrasser Gürtels, welche Strassenzüge die Zufahrt zum Lehrmarkt bilden, im Kostenbetrage von 998.000 K. Weiteres erstattete er ein Referat über die Regulierung des Aspernplatzes im Zusammenhange mit dem Bau der Aspernbrücke. Die Kosten betragen 660.000 K. Gleichzeitig wird auch die Beleuchtung des Platzes ausgestaltet, wofür 190.000 K als Kosten auflaufen werden.

Beteiligung der Gemeinde Wien an der Erschliessung des Ybbsthaler Kohlenvorkommens. Die furchtbare Kohlennot, unter der Deutschösterreich und insbesondere die Stadt Wien leiden, zwingt dazu, Naturschätze, die bisher vernachlässigt wurden, sorgfältigst und raschestens zu heben. Wir sind zu sehr verarmt, um uns den Luxus erlauben zu können, auch nur die bescheidensten Hilfsquellen ungenützt zu lassen. Von diesem Gesichtspunkte geleitet, hat heute der Stadtrat den Beschluss gefasst, dass die Gemeinde Wien das bisher fast völlig brach gelegene Kohlengebiet der nördlichen Kalkalpen in Niederösterreich grosszügig und energisch in Bearbeitung nehmen wird. Die städtischen Elektrizitätswerke haben die Verhandlungen im Februar d. J. begonnen, die sich mit Rücksicht auf die notwendigen fachmännischen Untersuchungen, probeweisene Erschliessungen und anfänglich wiederstreitenden Lokalinteressenten sehr langwierig gestalteten. Schliesslich ist es dennoch gelungen in Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reumann stattfanden, ein volles Einvernehmen zu erzielen.

Den von StR. Dreitner erstatteten Referate und den von Direktor

Karel gegebenen fachmännischen Aufschlüssen entnehmen wir folgendes: Der in Betracht kommende Bergbau, dessen derzeitige Eigentümerin Frau Camilla de Majo ist, liegt in der Lias und Triasformation, ist seit längerer Zeit bekannt und geologisch oft bearbeitet worden. Er erstreckt sich von Gresten und Lunz im Osten bis Grossau und Gross-Hollenstein im Westen und beträgt die streichende Erstreckung daher ungefähr 25 km. Die Flötzführenden Schichten sind mit 437 Freischürfen gedeckt; ausserdem sind 7 alte, 60 einfache und 24 Doppelgrubenmasse verliehen. In diesem Gebiete sind folgende Flötzführende Gebirgszüge sicher festgestellt:

Ganz im Süden der Lunzer-See-Zug, der von Lunzersee durch das Ybbsthal bis Götting führt und von dort südwestlich abstreicht.

Der Pöllenreitherzug von Lunz bis Götting.

Der Pramelsreitherzug von Lunz über Kogelbach bis Gross-Hollenstein. Diese drei Züge bilden ein geschlossenes Ganzes.

Nördlich davon befindet sich in einer Separatmulde das Schurfgebiet von Oberland, welches aber noch wenig erforscht wird. Nördlich von diesen Zügen erstreckt sich schliesslich von Grossau im Westen über Waidhofen und Hinterholz bis Gresten im Osten das Liasvorkommen der sogenannten Grestenschichten. In diesen Flötzzügen wird schon von altersher Bergbau auf Steinkohle betrieben, doch bisher nur mit ganz unzureichenden Mitteln. Die Kohle selbst ist eine sehr gute Steinkohle von 5.500 und 7.200 Kalorien Heizwert. Die besseren Lagen eignen sich zur Gaserzeugung, sie sind kochbar und typische Schmiedekohle. Die Kohle der Lunzerschichten ist weich und zerfällt, die Kohle der Grestenschichten ist kompakt, ergibt einen grösseren Sortenfall und wird daher auch als Hausbrandkohle Verwendung finden können. Die eingeholten Gutachten stimmen darin überein, dass es möglich wäre, die Förderung noch im laufenden Jahre auf täglich zehn Waggon zu bringen. Ueber die weitere Entwicklung gehen die Ansichten auseinander, doch äussern sich vorsichtige Experten dahin, dass es gelingen werde, binnen Jahresfrist mindestens 20 Waggon täglich zu fördern. Bei sehr weitgehender Aufschliessung, die allerdings den maschinellen Betrieb zur Voraussetzung hat, kann auch eine wesentlich darüber hinausgehende Steigerung erzielt und erhofft werden. Die Kohlenflötze - ihre Zahl ist gewöhnlich dreimit Mächtigkeiten von 50 cm bis zu einem Meter sind nicht kontinuierlich. Das Kohlenvorkommen, ist stellenweise bloss linsenförmig, doch sind manche Linsen sehr ergibig und enthielten schon drei- bis vierhundert Waggon Kohle.

Zur Einrichtung eines maschinellen Betriebes werden elektrische Anlagen nötig sein, wobei zunächst aus dem Waidhofener städtischen Kraftwerke, dem Ybbsitzer und Lunzer Elektrizitätswerk Energie bezogen werden kann. Die Ybbstaler Bahn wird, obwohl sie schmalapurig ist, den Betrieb erleichtern; es können Wagen eingeführt werden, mittels denen man normalapurige Waggon bis zu den Verladestellen der meisten Bergbaue bringen kann. Im übrigen wird man mit Drahtseilbahnen arbeiten müssen.

Das Begleitgestein der Kohle ist ein stark kohlenhaltiger Schiefer, der sich möglicherweise vergasen lässt. Ist dies der Fall, was jedoch noch keineswegs feststeht, so würden sich die Gesteinskosten der Kohle verbilligen. Hervorzuheben ist, dass der Bergbau infolge des starken Gasgehaltes zu den gefährlicheren gehört und mit Schlagwettern gerechnet werden muss, was bei der Bestellung des Leiters besondere Vorsicht zur Pflicht macht.

Ueber die finanzielle Gestaltung dieses Projektes ist nachstehendes hervorzuheben: Es wird eine Aktiengesellschaft mit dem Kapitale von 15 Millionen Kronen gegründet, an dem die Gemeinde Wien mit 51 Prozent beteiligt sein wird. Vorbehaltlich der Genehmigung der bezüglichen Gemeindevertretungen, Verwaltungsräte und Genossenschaften sollen die Stadtgemeinden St. Pölten und Waidhofen a. d. Ybbs, die Firmen Gebr. Böhler & Co. Akt. Ges., Ellissen, Röderer, die Fachschule Waidhofen und die Werkgenossenschaft Ybbsitz, sowie eine Zahl von Industriellen die restlichen 49 Prozent des Kapitals aufbringen. Das Staatsamt für Handel und Gewerbe hat eine Subvention von 500.000 K zugesagt. Für eine un-

fassende Aufschliessung des gesamten Bergbaubesitzers wird allerdings ein grösserer Betrag und zwar mindestens 24 Millionen Kronen nötig sein, doch dürfte für die ersten Jahre das bezeichnete Kapital genügen, von welchem vorerst 4 bis 5 Millionen Kronen eingezahlt werden sollen.

Das Abkommen mit der gegenwärtigen Besitzerin ist in Wesen ein 10-jähriger Pachtvertrag, der eine Abgabe von 30 h für den Metermeter geförderter, Verkaufsfähiger Kohle auf den bereits verliehenen oder auf Grund von erzielten Aufschlüssen zur Verleihung gelangenden Grubenmassen vorsieht.

Der Gemeinde Wien, beziehungsweise der von ihr errichteten Gesellschaft steht eine Option auf weitere 10 Jahre unter den gleichen Bedingungen zu. Ebenso sind Bestimmungen wegen Kaufweisen Übergang des gesamten Bergbaubesitzes nach Ablauf von 8 Jahren getroffen worden.

Der Referent gab bei diesem Anlasse den Bedauern darüber Ausdruck, dass die gegenwärtige Gesetzgebung nicht die Handhabe biete, diese trotz des grossen Notstandes an Kohle so wenig ausgenützten Freischürfe kurzer Hand in Beschlag zu nehmen und dass auch das Socialisierungsgesetz noch inner der Friedigung harret. Mit Rücksicht auf die unaufschiebbare Dringlichkeit der Aufschliessungsarbeiten musste das Abkommen getroffen werden, wobei es innerhin gelang die ursprünglichen Forderungen um zwei Drittel herabzumindern.

An das Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte, an welcher die StR. Regierungsrat Schmid und Dr. Kleinböck, sowie Bürgermeister Reumann teilnahmen.

StR. Schmid bestätigte, dass er dem Bergbau für einen aussichtreichen erachte, dass die Kohle von hervorragender Qualität sei und dass mit dieser Erschliessung durch die Gemeinde Wien auch eine Belebung des ganzen Waidhofener und Ybbsener Industriegebietes verbunden sein würde. Er stellte einen Abänderungsantrag bezüglich anderer Zusammensetzung des Schiedsgerichtes, dem sich der Re-

ferent anschloss. Der weitere Antrag, neue Verhandlungen wegen einer Staffellung zu führen, wurde abgelehnt, da dies eine Gefährdung des ganzen Abkommens bedeuten würde.

Bürgermeister Reumann verwies darauf, dass die Verhandlungen, insbesondere zu Beginn, als noch Lokalinteressenten den Pachtpreis hinaufzitierten, sich ungemein schwierig gestaltet haben und dass tatsächlich die grösste Zähigkeit aufgewendet wurde, um den vorliegenden Vertrag zu erwirken. Es war dies umso schwieriger, als in der ersten Epoche seitens des städtischen Elektrizitätswerkes selbst der Firma de Majo ein Anbot gestellt wurde, das wesentlich höher war, als das gegenwärtige.

Nach dem Schlussworte des Referenten wurde das Abkommen einstimmig genehmigt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Emmy Michler**,  
Wien I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 23. August 1919, Nr. 340.

Lebensmittelabgabestelle der städtischen Angestellten. Rayonierte:  $\frac{1}{2}$  kg Mehl = K 2.70, 12 dkg Oel = K 3.34 als Zubasse Eier zum Preise von K 2.30 per Stück im gewöhnlichem Ausmaße; ausserdem pro Kopf 1 Paket Zündhölzer K 1.-. Neueingelangt: Liköre: Doppelkümmerl, Altvater, Chartreuse, Allasch, Brillette, Edelrum, Kognak (Marke Perois fils und Meteor). Schmierseifenersatz Ia Qualität zum Preise von K 5.40 per Kg. Soweit noch Vorräte vorhanden sind, Dörrpflaumen K 7.50 per kg, Rexgläser zu Originalfabrikpreisen. Tee zum Preise von K 68.- per kg, Sardellensenf (Brotaufstrich) K 3.90 per Glas, Rasiercreme in Glastiegeln K 3.60, Schürzen zum Preise von K 33.- bis K 45.- per Stück, Knabenanzüge K 40.- bis K 53.50, Chiffon und Zephyre zum Preise von K 20.- und K 21.-.

Schweinefettabgabe. In der Woche vom 24. bis 30. August wird wieder die volle Wochenfettquote von 12 dkg Fettprodukten per Person und zwar Schweinefett zur Ausgabe gelangen, sodass auch die Fettkartenabschnitte für nicht-rayoniertes Fett zur Einlösung kommen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Schmalz zum Preise von K 5.34 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 154 und der beiden Abschnitte Nr. 154 für nicht-rayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. Das kg kostet 70 h.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 25. bis 30. August 1919 gegen Abtrennung des Abschnittes „H“ der Mehlbezugskarte. Preis unverändert.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 23. August 1919, Nr. 341.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch, Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Abgabe von Frühkartoffeln. Montag bis Mittwoch werden in 7., 10., 14., 15., 16. und 20. Bezirke Frühkartoffeln holländischer Herkunft und zwar 1 kg pro Kopf (für 14 Tage) zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „J“ der Kartoffelkarte samt allen vorhergehenden Abschnitten abgegeben.

Vorsicht bei Verwendung komprimierten Sauerstoffes. Zwei im Monate Juni l. J. erfolgte schwere Unfälle, die auf die Verwendung von komprimierten Sauerstoff beim Anlassen von Rohlmotoren zurückzuführen sind und bei denen 2 Menschen getötet wurden und 4 mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten haben, weisen neuerlich auf die grossen Gefahren hin, welche durch die Unkenntnis der Gefährlichkeit verdichteter Gase verursacht werden können. In beiden Fällen wurde der komprimierte Sauerstoff deshalb verwendet, weil infolge des schlechten Rohlmaterials die sonst beim Anlassen des Motors verwendete Pressluft nicht ausreichte. Um in Zukunft derartige Unglücksfälle zu verhindern, wird nunmehr mittels Kundmachung des Magistrates jede Verwendung verdichteter, chemisch aktiver Gase, insbesondere auch des Sauerstoffes, zum Anlassen von Gasexplosionsmotoren verboten. Dieses Verbot ist in dem Gasmotorraum durch Anschlag zu verlautbaren. Unternehmungen, welche Gasexplosionsmotoren herstellen, haben das vorstehende Verbot in auffällender Schrift in die Betriebsvorschriften aufzunehmen. Uebertretungen dieses Verbotes werden, sofern sie nicht nach dem allgemeinen Strafgesetz zu ahnden sind, nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung bestraft.

Ein Makart-Bild für die städtischen Sammlungen. Der Stadtrat genehmigte nach einem Berichte des VB-Emmerling das Anbot der Firma Otto M. Miethke auf leihweise Ueberlassung des im Besitze der Firma befindlichen letzten grossen Oelgemäldes von Makart „Der Frühling“ an die städtischen Sammlungen auf die vorläufige Dauer von 5 Jahren gegen die Verpflichtung das Bild der allgemeinen Besichtigung zugänglich zu machen. Das Bild stellt einen Wert von 100.000 K dar.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew,*  
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 25. August 1919, Nr. 342.

Kunstankäufe der Gemeinde. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Emmerling den Ankauf der architektonischen Entwürfe für den Bau des Wiener Künstlerhauses nach den preisgekrönten Plänen des Architekten August Weber angekauft.

Von der städt. Leichenbestattung. Die Nachricht, dass im Leichenbestattungswesen vollständige Sonntagsruhe eingeführt wurde, beruht auf einem Irrtum, denn durch den Beschluss des Stadtrates vom 7. ds., ist lediglich die Verfügung getroffen worden, dass an Sonntagen mit Ausnahme von Infektionsleichen keine Beerdigungen stattzufinden haben. Im Uebrigen bleibt der Dienst der städt. Leichenbestattung an Sonntagen aufrecht. Es *werden* in den einzelnen Aufnahmestellen Auskünfte an Parteien erteilt, Verhandlungen wegen Bestellung und Durchführung eines Leichenbegängnisses in der Zentrale bis 4 Uhr nachmittags, in den Ausnahmestellen bis 12 Uhr mittag, wie an Werktagen, durchgeführt. Beisetzungen von Leichen werden, wenn sie infolge der Wohnungsverhältnisse dringend sind, unter der Voraussetzung der bereits vorgenommenen Totenbeschau auch an Sonntagen durchgeführt. An Feiertagen ist der Dienst wie an Werktagen geregelt, nur wird der Bürodienst in der Zentrale um 4 Uhr nachmittags, in den Aufnahmestellen um 12 Uhr mittags geschlossen.

Fertigstellung von Klein-Wohnungshäusern. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Siegel beschlossen, die Kosten der Fertigstellung, der durch die Gemeinde erworbenen beiden Klein-Wohnungshäuser im 12. Bezirke Taubruckgasse Ecke Rollergasse, im Betrage von rund 1,500.000 K zu genehmigen und die Fertigstellungsarbeiten dem Baumeister Edmund Melcher zu übertragen.

Städt. Kohlenabteilung. Die Bemessungs- und Kontrollabteilung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 5 (Kohlenabteilung, Kabewa) übersiedelt von I., Eschenbachgasse 11 nach I., Seitzergasse 1. Die Bemessungsabteilung stellt mit heutigem Tage ihre Tätigkeit ein und amtiert ab Mittwoch den 27. August 1919 in neuen Amtlokalen. Die Kontrollabteilung amtiert bis einschliesslich 28. August 2 Uhr mittags in I., Eschenbachgasse 11 und setzt sodann Samstag den 30. August in I., Seitzergasse 1 ihre Amtstätigkeit fort.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag bis Donnerstag werden in den Bezirken 5., 8., 9. und Mittwoch bis Freitag in den Bezirken 1. bis 4., 6., 11. bis 13., 17. bis 19. und 21. Frühkartoffeln holländischer Herkunft und zwar 1 kg pro Kopf (für 14 Tage) zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „J“ der Kartoffelkarte samt allen vorhergehenden Abschnitten abgegeben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jonny Michew.*  
Wien, I. Neugs Rathaus.

I. A u s g a b e.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 26. August 1919, Nr. 343.

Der Wohnungsausweis. Mit 31. Juli 1919 betrug der Stand der vermietbaren unmoblierten Wohnungen 139, darunter 126 leerstehende /: 0'0227 % des gesamte Wohnungsbestandes :/ gegen 161, darunter 142 leerstehende /: 0'0256 % :/ mit Ende Juni l. J. Von den als leerstehend gemeldeten Wohnungen ist ein grosser Teil wegen Feuchtigkeit oder baulicher Mängel nicht vermietbar, beziehungsweise wohnbar, wodurch die Lage des Wohnungsmarktes tatsächlich noch ungünstiger ist als die ziffermässige Darstellung erkennen lässt. Von den als leerstehend ausgewiesenen 126 unmoblierten Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 83 /: 0'0204 % aller Kleinwohnungen :/ der kleineren Mittelwohnungen 20 /: 0'0385 % aller kleineren Mittelwohnungen :/, der grösseren Mittelwohnungen 9 /: 0'0229 % aller grösseren Mittelwohnungen :/, und der grossen Wohnungen 14 /: 0'0519 % aller grossen Wohnungen. Die Zahl der vermietbaren Geschäftslokale betrug 1009/darunter 990 leerstehend/, wogegen Ende Juni 1216 /: davon 1171 leerstehend :/ vorgemerkt waren. Die Zahl der vermietbaren moblierten Wohnungen (Zimmer, Kabinette) hat im Vergleiche zum Vormonate um 14 auf 160 zugenommen. Die Zahl der Besucher des Wohnungsnachweises und seiner Bezirksstellen ist von 11175 im Monat Juni auf 11.262 im Berichtmonate erhöht. Durch die Organe des Wohnungsnachweises wurden im Monat Juli l. J. 1518 Wohnungen und Geschäftslokale revidiert.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 26. August 1919, Nr. 344.

Zur Frage der Kohlenversorgung. Der Stadtrat wird sich morgen zu Beginn seiner Sitzung neuerlich mit der Frage der Kohlenversorgung Wiens in eingehendster Weise beschäftigen. Zu diesem Zwecke wurden der Staatssekretär für Inneres Eldersch, Landeshauptmann Sever, Ministerialrat Kloss, das Staatsamt für Handel und Gewerbe, das Staatsamt für Verkehrswesen, der Vorstand des Kriegswucheramtes Reg. Rat Dr. Baumgarten zur Teilnahme

an der Sitzung eingeladen. Der Sitzung werden weiters die Fachreferenten und Direktoren der in Betracht kommenden städtischen Aemter und Unternehmungen beigezogen. - Die in Aussicht genommene ausserordentliche Gemeinderatssitzung entfällt vorläufig.

Vom Uhrenmuseum der Stadt Wien. Das Museum ist in der letzten Zeit durch Schenkungen wieder in den Besitz zweier wertvoller Objekte gekommen. Ing. Sartori spendete einen modernen Regulator mit elektrischem Pendelantrieb mit dem ersten, von ihm erfundenen Quarapendel; Frau Therese Ernst spendete eine holzgeschnittene, reich vergoldete Uhr aus der Zeit Maria Theresias.

Familienhäuser-Anlage Gross Jedlersdorf. Die gemeinnützige Ein- und Mehrfamilienhäuser-Baugenossenschaft für Eisenbahner besitzt in Gross Jedlersdorf eine Kolonie von Kleinhausbauten und hat vor Jahresfrist begonnen, dieselbe in der Weise auszubauen, dass 18 Häuser mit 2 Stockwerken und 40 Häuser mit 1 Stockwerk in Angriff genommen und bis zum Fussboden des Erdgeschosses fortgeführt wurden. Infolge des sprunghaften Anwachsens der Baukosten trat aber ein Stillstand in der Bauführung ein und die Baugenossenschaft ist nunmehr nicht in der Lage, diese Bauten aus eigenen Mitteln oder mit der gesetzlich vorgesehene Garantie des Wohnungsfürsorgefondes zu vollenden und ist daher an die Gemeinde Wien herangetreten, sich an der Tragung des verlorenen Bauaufwandes zu beteiligen. Die zur Errichtung gelangenden 58 Häuser enthalten 236 Wohnungen, von Zimmer und Küche bis zu 2 Zimmer Kabinett und Küche. Die Gesteuerungskosten samt Baugrund belaufen sich auf 12,158.522 K, für Annuitäten (Hypothekenzinsen und Kapitalstilgung) sind jährlich 598.850 K aufzuwen-

den, welchen an Mietzinsen nur 146.300 K gegenüberstehen, so dass ein jährlicher Ausfall von beiläufig 482.000 K zu erwarten ist. Ueber Antrag des VB-Winter hat nun der Stadtrat beschlossen, diese Bauten in der Weise zu fördern, dass die Gemeinde die Ausfallhaftung zu einem Drittel übernimmt, sofern Staat und Land für die beiden anderen Drittel aufkommen. Das Staatsamt für Finanzen hat sich bereits zur Uebernahme eines Drittels erklärt, von der Landesregierung ist eine solche Zustimmung in der nächsten Zeit zu erwarten. An das Referat knüpfte sich eine längere Debatte, in welcher die christlichsozialen Redner vor einer allzugrossen Ausdehnung einer derartigen Bautätigkeit warnten. Die Anträge des Referenten wurden mit einem Zusatzantrage des StR. Dr. Schen, die von der Gemeinde zu übernehmende Haftung auf den Höchstbetrag von 154.000 K zu beschränken, angenommen.

Wiener Volksoper. Direktor Felix Weingartner hat der Volksoper für die kommende Spielzeit verpflichtet die Sängerinnen Klara Csery, Stella Eisner, Margit Huber, Duly Schimon, die Sänger Karl Neumann, Ernst Tauer und die Solotänzerin Elise Sinnmayr. Frau Lucille Weingartner-Marcel tritt mit 1. Oktober in den Verband der Volksoper.

Löbl. Direktion. Im Namen meines Veters Weingartner ersuche ich Sie um ausnahmsweise Aufnahme der vorstehenden Notiz auf diesem Wege.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michew.*  
Wien, I. Neues Rathaus

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. August 1919, Nr. 345-

Die Kohlenfrage im Stadtrat. In der heutigen Sitzung des Stadtrates, zu welcher Staatssekretär *Elbersch*, Ministerialrat Dr. Kloss, Regierungsrat Dr. Baumgarten, weiters Ober Insp. Lenhart und Insp. Pollek von der Nordbahn sowie Mag. Direktor Dr. Hartl, Ob. Mag. Rat Dr. Müller, Mag. Rat Dr. Fastenbauer, Dir. Karel und Zentral Insp. Güntner erschienen waren, wurde die Kohlenfrage nochmals eingehend erörtert.

Bürgermeister Reumann begrüßte die erschienenen Herren und führte dann aus: Die Angelegenheit, welche uns heute beschäftigt ist von ganz hervorragender Bedeutung für die gesamte Bevölkerung der Stadt Wien. Die Gemeindevertretung hat schwerwiegende Sorgen für den bevorstehenden Winter bezüglich der Kohlenversorgung, wie überhaupt der Versorgung mit Brennstoffen. Dieser *dringenden* Angelegenheit hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung Ausdruck gegeben. Es wurde dabei der leise Zweifel darüber ausgesprochen, ob nicht noch gewisser Maßnahmen bisher unterlassen wurden, die im Interesse der Vermeidung einer Katastrophe wünschenswert erscheinen könnten. Der Bürgermeister gibt nun einen ganz eingehenden Bericht über jeden einzelnen Schritt, der seit dem 4. Mai unternommen wurde und stellt fest, dass kein wie immer geartetes Versäumnis Platz gegriffen hat. Es wurden in der letzten Sitzung des Stadtrates, fährt Bgm. Reumann fort, die eventuellen Folgen einer Kohlenkatastrophe in eingehender Weise erörtert, es wurde schliesslich dem Wunsche Ausdruck gegeben, dass sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat noch einen eingehenden Bericht in dieser Frage erhalten.

klärt werden, es soll ihr gesagt werden, dass von Seiten der Gemeinde nichts unversucht gelassen wurde, *aber* die Stadt vor einer schweren Katastrophe steht.

*Wiederholungs-Verweisung hat bereits stattgefunden*

die Gefahren schildert, in denen die Stadt durch den Kohlen- wie überhaupt Brennstoffmangel kommen müsste. Er hat in erster Linie darauf aufmerksam gemacht, dass die industriellen Unternehmungen nicht mit Kohle versorgt werden können, was eine weitere Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Gegenwärtig seien 120.000 Arbeitslose zu verzeichnen, dann würde die Zahl der Arbeitslosen in das Ungemessene vermehrt werden. Er hat weiter ausgeführt, dass auch die Aufrechterhaltung des Strassenbahnverkehrs sehr ernstlich in Frage gestellt erscheint. Die Bemühungen, die sich die Gemeindevertretung gegeben hat, finden jedoch ihre naturgemässe Begrenzung dadurch, dass der Gemeinde ja eigentlich keinerlei Machtmittel zu Gebote stehen. Die Gemeinde kann nicht diplomatische Beziehungen anknüpfen, um auf diese Weise Kohle zu beschaffen, die Gemeinde kann nicht entsprechende Transportmittel zur Verfügung stellen, damit die Kohle von dort, wo sie vorhanden ist, nach Wien gebracht werden, kurzum, der Einfluss der Gemeinde beschränkt sich eigentlich darauf, immer wieder antreibend zu wirken. Im eigenen Wirkungskreis wurde und wird ja auch unausgesetzt gearbeitet, doch sind das alles zusammen genommen nur Tropfen auf einen heissen Stein. So hat sich die Gemeinde kürzlich an den Erzbergbauarbeiten des Ybbstaler Kohlenbeckens beteiligt, so werden Versuche zu Verwertung des Torfes gemacht, so stehen schon seit Wochen Verhandlungen wegen Sicherung der schon ausgebauten Wasserkräfte des Steinfeldes vor dem Abschluss, sind die Elektrizitätswerke im Begriffe Rohöl zu beziehen und wollen ihren Betrieb teilweise dementsprechend umgestalten.

Im Anschluss hieran erstattete Bürgermeister Reumann einen eingehenden Bericht über den Stand der Brennstoffversorgung.

(Dieser Bericht folgt später.)

Ministerialrat Dr. Kloss dankte dem Bürgermeister dafür, dass ihm die Möglichkeit gegeben wurde, die Lage Deutschösterreichs in Bezug auf Kohlenversorgung vor dem Stadtrate eingehend zu schildern. Der Bedarf Deutschösterreichs an Kohle in Friedenszeiten betrug monatlich 1.150.000 Tonnen Steinkohle und 110.000 Tonnen Braunkohle. Durch die inländische Erzeugung konnten von dieser Menge nur ungefähr 9 bis 10 % gedeckt werden und ausserdem bestand die Erzeugung nur in Kasserat minderwertiger Braunkohle, die für die verschiedensten Zwecke unverwendbar ist. Vielfach konnte das Elektrizitätswerk diese Kohle infolge ihrer schlechten Beschaffenheit nicht verwenden. Nach dem Umsturze trat in der Kohlenversorgung ein vollen *Chaos* ein, die Grenzen wurden gesperrt, die Durchfuhr von Kohle nach Deutschösterreich von den Arbeiter- und Soldatenräten vielfach verhindert und so waren wir eine Zeitlang in Deutschösterreich ohne jegliche Zufuhr von Kohle aus dem Auslande.

Wir waren damals nur auf die geringen Vorräte angewiesen, welche in den einzelnen Unternehmungen aufgehäuft waren und die Tätigkeit des Staatsamtes beschränkte sich darauf, diese Vorräte zu erfassen und unter Mitwirkung der Interessenten in gerechter Weise zu verteilen. Mit der Zeit wurde es uns möglich mit den neu entstandenen Staaten, hauptsächlich Böhmen, Beziehungen anzuknüpfen und durch Verhandlungen Verträge auf Lieferung von Kohle abzuschliessen. Der erste Vertrag wurde mit Böhmen im Dezember vorigen Jahres mit einer Laufzeit bis zum 11. Juni d. J. abgeschlossen. Die Menge die uns dieser Vertrag zusicherte war so gross, dass wir mit einiger Sparsamkeit hätten auskommen können, tatsächlich wurde aber der Vertrag im tschechoslowakischen Staate nie eingehalten und es bedurfte ununterbrochener Versprechen und Eingaben, um wenigstens die teilweise Erfüllung des Vertrages durchzusetzen. Eine schwere Krise trat im Juni d. J. ein, als der Vertrag mit dem tschechoslowakischen Staate abgelaufen war und die Erneuerung, beziehungsweise Verlängerung des Abkommens durch unerfüllbare Kompensationsforderungen der Tschechen aufs Aeusserste erschwert wurde. Erst nach den langwierigsten Verhandlungen gelang es am 23. August, ein neuerliches Abkommen mit dem tschechoslowakischen Staate zu treffen.

Für Deutschösterreich kam als Kohlenlieferant in hervorragenden Masssstärke auch Deutschland in Betracht. Aus Westfalen, dem Saargebiete und aus Oberschlesien erhielt Deutschösterreich ständige Kohlenzufuhren, doch gestaltete sich infolge der politischen Verhältnisse in Deutschland die Lieferung *sehr* schwierig.

Die Tagesförderung in Westfalen betrug in Friedenszeiten täglich 30 bis 34.000 Waggons, ging aber in den letzten Monaten auf 5.000 bis 8.000 Waggons zurück. Das Saargebiet wurde durch die Besetzung durch die Franzosen vollkommen ausgeschaltet und Ober-Schlesien, das für die Belieferung Deutschösterreichs die grösste Bedeutung hatte, wurde durch die vielen Ausstandsbewegungen in seiner Förderung stark beeinträchtigt. Die Förderung ging von 14.000 Waggons täglich auf 5.000 täglich zurück. Im Februar wurden uns aus Ober-Schlesien noch täglich ungefähr 150 Waggons geliefert, später wurde ein Vertrag abgeschlossen, der uns täglich 700 Waggons Oberschlesischer Kohle zusicherte, doch erhielten wir von dieser Menge durchschnittlich nur ungefähr 300 Waggons täglich.

Die furchterliche Lage unserer Kohlenversorgung lässt sich daraus er-messen, dass der gesamte Bezug Deutschösterreichs an In- und Ausländischer Kohle im ersten Halbjahre 1919 monatlich durchschnittlich 366.000 Tonnen gegen einen Bedarf von über ein einviertel Millionen Tonnen betrug. Wenn man bedenkt, dass der normale Bedarf der Bahnen allein monatlich 334.000 Tonnen ausmacht, so kann man sehen, mit welchen Schwierigkeiten das Staatsamt zu kämpfen hatte, um mit dieser geringen Menge das Auskommen zu finden. Auch die Arbeiterschaft ist auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht worden. Es ist der Arbeiterschaft von allen in Betracht kommenden Stellen dargelegt worden, wo sehr die Bergarbeiter die Situation der Bevölkerung und besonders auch die der Arbeitererschweren, wenn sie mit ih-

rer Arbeit nicht voll einsetzen. Es muss betont werden, dass diese Bestrebungen tatsächlich einen Erfolg gezeigt haben, die Streiks haben nachgelassen und die Erzeugung hat sich gehoben. Während zum Beispiel im Juni die gesamte inländische Erzeugung 117.624 Tonnen betrug ist die im Juli auf 145.522 Tonnen gestiegen. Was also in Inlande möglich war ist tatsächlich geschehen, nur muss man im Auge behalten, dass diese Steigerung von rund 30.000 Tonnen im Monat im Verhältnis zu unserem Gesamtbedarf eine sehr kleine, nicht ausschlaggebende Menge ist. Wir sind daher unter allen Umständen auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen. Wenn wir die Mengen, die uns allenthalben versprochen sind, tatsächlich erhalten so können wir beruhigt den Winter entgegen sehen, so aber, wie die Situation jetzt ist, und zwar trotz der Bemühungen der Entente, insbesondere der amerikanischen Mission müssen wir für den Winter noch Besorgnisse hegen. Eine *grosse* Schwierigkeit, welche sich unserer Arbeit entgegenstellt, ist der Waggonmangel. Wir haben noch eine gemeinsame Wagenwirtschaft mit den übrigen Sukkessionsstaaten, wir sind daher nicht in der Lage über eigene Wagen zu verfügen, um Kohle zu holen. Wir müssen

selbst erst um Wagen bittlich werden. Eine kleine Menge, und zwar 150.000 Tonnen Kohle, haben wir auf Grund von Kompensationen aus Polen zu erhalten. Aber auch in diesem Falle wird der Mangel an Wagen eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Sowohl von uns aus, als von Seiten der Gemeinde Wien ist, um Kohle zu bekommen, alles vorgekehrt worden, was möglich war. Wir sind vom Staatsamte aus täglich in Fühlung mit der Gemeinde, es vergeht kein einziger Tag, wo wir nicht ununterbrochen über die Kohlenlage beraten und Massnahmen zur Verbesserung derselben einleiten.

Ministerialrat Kloss besprach sodann die Kohlenverteilung von der Station Staasshof aus und erörterte im weiteren Verlaufe seiner Ausführung die Frage der Beschaffung überseeischer Kohle. In der letzten Zeit wurden diesbezüglich im Einvernehmen mit dem Bürgermeister intensive Verhandlungen gepflogen. Es mag vielleicht ja die Beschaffung dieser Kohle wegen ihres hohen Preises merkwürdig erscheinen, aber dessen ungeachtet sind wir auch dieser Frage näher getreten, da sowohl wir als auch der Herr Bürgermeister auf dem Standpunkte stehen, dass die Höhe des Preises keine Rolle spielen dürfe.

Ministerialrat Dr. Kloss betont zum Schlusse, dass, was in der Macht des Staatsamtes gelegen sei, *ausgeführt werden* um alle notwendigen Vorkehrungen für eine Winterversorgung zu treffen, es werde kein Weg, der zum Ziele führen könne, unbeschritten bleiben, denn man sei sich der Folgen, die eine Kohlenkatastrophe heraufbeschwören würde, vollkommen bewusst.

Direktor Karel von den städt. Elektrizitätswerken betonte, dass auch die städt. Elektrizitätswerke in der Kohlenfrage ununterbrochen versorgen. Eine der letzten Aktionen derselben sei die Zusammenfassung der vielen kleinen Wasserkräfte gewesen, welche vom Gebirge kommen und die Wiener Ebene traversieren. Diese Wasserkräfte würden alle in den Dienst der elektrischen Kraft-erzeugung gestellt und das Elektrizitätswerk hoffe, dass es bis zu Neujahr 1.500 Pferdekräft auf diese Weise zur Verfügung habe. Es sei dies allerdings keine grosse Sache, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse eben alles ausgenützt werden. Paralell mit dieser Aktion habe sich das Elektrizitätswerk auch mit der Frage beschäftigt, ob nicht Gasöl zur Beheizung der Elektrizitätswerke zu verwenden sei. Dieser Aktion stellen sich naturgemäss grosse Schwierigkeiten entgegen und auch die Kosten werden sehr grosse sein. Allein auch sie *müssen* im Interesse der Versorgung der Stadt zur Durchführung gelangen und es werde bereits morgen dem Stadtrate ein bezüglicher Auftrag des Elektrizitätswerkes zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Man hoffe durch die Oelförderung ungefähr eine Leistung von 150.000 Kilowattstunden zu erzielen. Mit Hilfe des Zillingdorfer Bergwerkes würde es dann, eine gute Witterung vorausgesetzt, möglich sein die Versorgung Wiens mit Elektrizität wenigstens bis zu einem gewissen Grade von den Kohlen-zuschieben unabhängig zu machen.

Güntner  
Zentral-Inspektor von den städtischen Gaswerken fasste die Lage dieses Unternehmens dahin zusammen, dass eine Gefahr für die Versorgung Wiens mit Gas im bisherigen Ausmasse nicht zu befürchten sei; wenn die Anlieferung von Kohle in bisheriger Ausmasse erfolgt, so kann die Gasabgabe bis zum Spätherbst gesichert gelten. Für den Winter allerdings ist es notwendig, dass man für eine ausgiebige Erhöhung des Zuschusses an Kohle Sorge trägt.

Mag. Rat Dr. Fastenbauer erörterte die Belieferung der Kleinbändler und stellte fest, dass es noch zu Anfang des Monats Juni möglich war, die Kleinbändler mit 92 % des Bedarfes zu beliefern. Mit Ende Juni sank diese Quote auf 57 %, Mitte Juli auf 48 %. Heute kann der Magistrat selbst mit Zuhilfenahme des Holzes nurmehr 74 % des Bedarfes der Kleinbändler decken, in der vergangenen Woche waren es sogar nur 64 %. Wie unzureichend die Belieferung mit Hausbrandkohle besonders in den letzten Tagen geworden ist, mag aus dem Einlaufe des gestrigen Tages ersicht werden. Von den zugeführten 23 Waggons mussten 6 Waggons der Ankerbrotfabrik, die sich in äusserster Notlage befand, zugewiesen werden, so dass für die Kohlenlagerplätze nur 7 Waggons übrig blieben, gegenüber einem Tagesbedarf von 121 Waggons.

Inspektor Pollak von der Nordbahn teilte mit, dass in der vorigen Woche einige Waggons Torfbriketts eingelangt sind, die sich infolge des Regenwetters in den letzten Tagen fast vollkommen mit Wasser angetränkt und dadurch unbrauchbar wurden, da die Brennwärme, welche durch den Torf erzeugt wird, zur Verdampfung des Wassers aufgebraucht wird. Ausserdem stellt sich der Preis für diese Torfbriketts auf 60 K pro hundert Kilogramm, was die Benutzung des Torfes als Brennmaterial unmöglich macht.

Ober-Inspektor Goldmann von Wagen-Dirigierungsamt des Staatsamtes für Verkehrswesen, wendete er sich gegen den Vorwurf,

dass Deutschösterreich zu wenig Waggons für die Kohlenzufuhr zur Verfügung stelle. Tatsächlich wird die notwendige Anzahl von Waggons fast zur Gänze pünktlich beigebracht, Unterdeckungen des Waggonsbedarfes erreichen höchstens den Fehlbetrag von 5 %.

An die Berichte schloss sich nun eine Wechselrede, in der als erster Redner StR. Dr. Kienböck das Wort ergriff. StR. Dr. Kienböck betonte, dass unser Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein müsse, möglichst viele Ersatzstoffe für Kohle herbeizuschaffen und die Produktion der inländischen Kohle zu steigern. Wenn auch dadurch nur geringe Mengen von Kohle gewonnen werden, so könne die Tatsache, dass wir alles daran setzen mehr Kohle zu gewinnen den Eindruck auf die Entente und insbesondere Amerika nicht verfehlen.

Für den Fall, dass eine Einstellung der Kohlenbelieferung der Industrie notwendig würde, wünscht StR. Dr. Kienböck, dass eine Skala aufgestellt werde, in der die Wichtigkeit der einzelnen Industrien für die Öffentlichkeit festgesetzt wird, damit an der Hand dieser Skala die Einstellung der Belieferung mit Kohle erfolge.

Staatssekretär Eldersch bezeichnet die schwierige Situation unserer Kohlenversorgung als eine Folge der unorganisierten Auflösung des alten Staates. Jetzt, da wir erkennen, dass wir auf eigenen Füüssen nicht stehen können und vollkommen der Gnade und der Ungnade der Nachfolgestaaten ausgeliefert sind, werde auch das Versäumnis der deutschösterreich. Bevölkerung offenbar, das darin liegt nicht mit allen Kräften vernünftig für den Anschluss an Deutschland eingetreten zu sein. Die Forderung nach Hebung der Produktion von Kohle sei sehr leicht ausgesprochen, doch fehlen uns gegenwärtig fast alle Hilfsmittel, welche zur Erschliessung neuer Kohlenbergwerke notwendig sind und ausserdem sei zu befürchten, dass solche jetzt entstandene Kohlenbergwerkstätten später, wenn eine Entspannung der Kohlenlage eintritt, vollkommen unrentabel werden und aufgelassen werden müssen, wobei das ganze investierte Kapital verloren geht.

Weiters sprachen die StR. Korzda, Müller, Vaugoin, Iser und VB-Emmerling, welche ebenfalls zur Kohlenfrage Stellung nahmen. VB-Rosa wünschte, dass die Wirtschaftspolitik mit den Nachbarstaaten auf bessere Grundlagen gestellt werde und dass bei der Aussenpolitik unseres Staates parteipolitische Fragen nach Möglichkeit unberücksichtigt bleiben sollen.

Magistratssekretär Dr. Lorenz erstattete hierauf noch einen Bericht über die Lage der Holzversorgung Wiens, wobei er auf die Schwierigkeiten der Bringung des Holzes hinwies. Gegenwärtig habe im Waldviertel die Schlägerung des Holzes eingestellt werden müssen, da infolge der Erntearbeiten kein Fuhrwerk zu erhalten sei. Man hoffe aber, dass innerhalb einer Woche die Arbeit wieder aufgenommen werden könne. Die Verordnung der Landesregierung, die jüngst erlassen ist, sehe eine Menge von 800.000 Raummetern Holz vor, es werde wohl kaum dazu kommen, dieses Quantum zu erhalten; wenn jedoch nur eine Menge von 200.000 Raummetern, wie man schätzt, hereingebracht werden kann, so bedeute das die Brennstoffversorgung Wiens schon eine bedeutende Erleichterung.

Bürgermeister Reumann ergriff nun zum Schlusse der Beratung noch einmal das Wort und machte die Mitteilung, dass in der morgigen Stadtratsitzung die Delegation von Abordnungen gewählter Vertreter der Gemeinde Wien vorgenommen werden soll, deren Aufgabe es sein wird bei allen zuständigen Stellen in Prag und Berlin den furchtbaren Ernst unserer Lage darzustellen. Die angekündigte ausserordentliche Sitzung des Gemeinderates wird erst nach der Rückkehr dieser Abordnungen stattfinden können.

#### Der Kohlenbericht des Bürgermeisters.

Bürgermeister Reumann führte am Schlusse in seinem eingehenden Bericht über den Brennstoffbedarf der Stadt Wien aus: Der tägliche Mindestbedarf von Wien setzt sich aus nachstehenden Ziffern zusammen:

##### I. Hausbrand:

Küchenbrand ( 25 kg pro Woche und Haushalt 514.560 Brände) 2144 t  
Zimmerbrand ( 20 " " " " " 439.942 " ) 1467 t

##### II. Industrien, Gewerbe und Anstalten die vom Magistrat

bemessen werden..... 2000 t  
Industrien, die seitens des Staatsamtes bemessen werden... 1979 t  
staatliche Anstalten und Aemter..... 117 t  
zusammen..... 7707 t

Diese Gesamtmenge von 7707 t pro Tag wurde im Winter 1918/19 anlässlich einer Besprechung mit Ententevertretern auf 5284 t herabgesetzt, die sich in folgender Weise aufteilen:

##### I. Hausbrand:

Küchenheizung..... 2144 t  
Zimmerheizung.....

##### II. Industrien und Gewerbe..... 2500 t

Anstalten..... 640 t  
zusammen..... 5284 t

Hiezu kommt der Bedarf der städtischen Elektrizitätswerke, der im Sommer mit 950 t, im Winter mit 1500 t einzusetzen ist; ferner der Bedarf der städt. Gaswerke, der im Sommer 1200 t und im Winter 2500 t täglich beträgt. Für diesen Bedarf kommt die inländische Produktion wenig in Betracht, da die an sich geringe Förderung Deutschösterreichs hauptsächlich für die Industrie und den Hausbrand der an die Produktionsstätten unmittelbar abgrenzenden Gebiete, sowie für die Bahnen in Anspruch genommen wird. Wien ist demzufolge der Hauptsache nach auf den Bezug aus dem Auslande angewiesen. Dieser Auslandsbezug erfolgt zum Teil aus dem nordwestböhmischem und aus dem Ostrau-Karwiner Revier des tschechoslowakischen Staatsgebietes, zum Teil aus Oberschlesien und in ganz geringem Masse aus Polen. Vom nordwestböhmischem Braunkohlenreviere ist ein grosser Teil des Hausbrandbedarfes und des Bedarfes der städtischen Elektrizitätswerke zu

decken; das Ostrau-Karwiner Revier hat insbesondere die städtischen Gaswerke zu versorgen. Die Bezüge aus Oberschlesien dienen hauptsächlich für den Bedarf der Industrien, zum Teile auch für die Hausbrandversorgung und die Gaswerke. Die geringen Bezüge aus Polen sind grösstenteils für die Industrien bestimmt. Die nordwestböhmisches Kohle sowie die Gaskohle für die städtischen Elektrizitätswerke wurden auf Grund eines Vertrages, der ausschliesslich die Versorgung

Wiens zum Gegenstande hat, bezogen. Dieser Vertrag, der im Juni d. J. abgeschlossen war, wurde nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen anfangs Juni erneuert, jedoch von tschechoslowakischer Regierung nicht ratifiziert; anfangs August übermittelte diese einen neuen Text, der von unserer Regierung nicht angenommen werden konnte und zu neuen Verhandlungen in Prag führte. Die Ratifizierung dieses Vertrages liegt ebenfalls noch nicht vor.

Bezüglich der Kohlenbezüge aus Oberschlesien bestehen gleichfalls Vereinbarungen zwischen den beiden in Betracht kommenden Regierungen. Diese Vereinbarungen haben die Belieferung Deutschösterreichs überhaupt ohne besondere Beziehung auf Wien zum Gegenstande; es sollen täglich 7.000 t für Deutschösterreich geliefert werden und hievon weist das Staatsamt für Handel und Gewerbe Kohle für Wien zu. Ist schon der eingangs erwähnte Bedarf von Wien selbst bei voller Anlieferung der Vereinbarung gemäss für Wien zu liefernden Mengen nicht zu decken und die Versorgung nur unter Anwendung schwer empfundener Sparmassnahmen aufrecht zu erhalten, so wird diese Versorgung unso schwieriger je weniger der Einlauf den vereinbarungsgemäss zuliefernden Mengen entspricht.

Während wir am 20. August 1918 einen Lagerbestand hatten auf dem Nordbahnhofe von 92.360 t, auf den städtischen Plätzen 6.654 t, im Gaswerk 54.301 t im E-Werk 44.878 t, weist der Lagerbestand vom 20. August 1919 nachstehende Zahlen nach. Auf dem Nordbahnhof 9.282 t, auf den städtischen Plätzen 1.249 t, im Gaswerk 19.256 t, im E-Werk 3.028 t. Wir befinden uns also derzeit in einer Kohlenkrise, wie sie Wien noch nicht durchzumachen hatte.

Den Wiener Haushaltungen wird gegenwärtig der Küchenbrand in kaum 50% der Fälle eingeliefert, weil die Kohle fehlt. Es sind also rund 250.000 Haushaltungen ohne Küchenbrände. Die Szenen, die sich bei den Abgabestellen abspielen sind unbeschreiblich und man sträubt sich daran zu denken, was im Winter geschehen soll, wenn alles friert und sich zur Kälte die Not an Beleuchtungsmaterial gesellt.

Die Spitäler, die sonst um diese Zeit ihre Vorräte schon im Keller hatten, sind noch nicht versorgt. Es droht die Einstellung der Spitalstätigkeit, die Kranken werden ohne Zuflucht sein und eine Unzahl infektiöser Erkrankter werden die Stadt wahrlos der Verbreitung furchtbarer Seuchen ausliefern. Mit den Schulen steht es nicht besser. Die Industrie ist direkt lahm gelegt und es besteht die grösste Schwierigkeit, die für die Approvisionierung unbedingt notwendigen Anstalten und Betriebe in Gang zu halten. Das Heer der Arbeitslosen findet durch das Stilllegen der Betriebe erschreckende Vernehmung.

Es wurde alles aufgewandt, um die Schrecken des Winters zu bannen und das Gespenst der Verzweiflung abzuwenden. Es wurde beiden Vertretern der Entente-

Mächte, bei den Interalliierten Kommissionen, bei den fremden Regierungen sowohl, wie auch in St. Germain in schriftlichen Eingaben, sowie mündlichen Vorgesprächen auf die trostlose Lage der Kohlenversorgung und auf das der Stadt Wien drohende Unheil hingewiesen; nichts wurde unversucht gelassen, um die Kohlanlieferung für Wien zu erhöhen und der sonst unentrinnbaren Katastrophe vorzubeugen. Es ist die ethische Pflicht unserer bisherigen Gegner, uns vor dem Aussersten zu bewahren und uns den Abgrund zu entreissen.

Angesichts dieser geschilderten Verhältnisse müssen wir wenigstens was Haus- und Küchenbrand anbelangt, uns zum Teil auf eine Versorgung mit Holz einrichten, und dazu ein Mindest-Quantum von 800.000 bis 1 Million Raummeter in Aussicht nehmen. Der Gesamtvorrat, über den die Gemeinde am heutigen Tage verfügt, beträgt aber nur 50.000 Raummeter. Alle Aktionen, die jetzt geplant sind

und die darauf beruhen, dass man nun erst die Schlägerung beginnt, bedeuten schon ein Verlust für sich einen Wasser- und Holz-Ertrag lassen Holz können wir nicht verwenden, beziehungsweise sein Reizfaktor ist fast Null. Es kann sich also nur um eine Rettung auf dem Wege handeln, dass wir vorläufig geschlagene

und schon lagernden Holz von nunwärts zuführen, das herbeisetzt, oder in überlegendem Masse aus dem Nachbarstaaten, teilweise von Ungarn. Sie immer man also die Sache betrachten möge, kann Wien sich mit eigener Kraft nicht helfen und steht vor dem Zusammenbruche.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mitzel.  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 28. August, Nr. 346.

Durchfahrtsverbot. Zufolge des im Jahre 1913 durchgeführten Neubaus des Häuserblockes zwischen Ertlgasse, Kramergasse, Lichtensteg und Rotenturmstrasse im I. Bezirk fielen die seinerzeit <sup>hier</sup> bestehenden Verkehrsschwierigkeiten fast zur Gänze hinweg und bildet nunmehr jener Teil der Kramergasse, der zwischen der Ertlgasse und dem Lichtensteg gelegen und nicht verbreitert worden ist, wegen seiner Enge und da er auf den stark belebten Lichtensteg knapp bei der Einmündung des letzteren in den Hohen Markt mündet, für Fuhrwerke eine Verkehrserschwerung, die die Einstellung jeglicher Durchfahrt durch diesen Teil der Kramergasse als notwendig erscheinen lässt. Weiters wurde auf Grund von Beschwerden der Bezirksvorstehung des IX. Bezirkes, denen sich auch das Bezirks-Polizei-Kommissariat Alsergrund anschloss, erhoben, dass der Fuhrwerksverkehr in jenem Teil der Berggasse im IX. Bezirke, der zwischen der Währinger- und der Lichtensteinstrasse gelegen ist, wegen des starken Gefälles überhaupt und mit Rücksicht auf die Kreuzung mit der Lichtensteinstrasse, durch welche die Strassenbahn fährt, insbesondere eine stete Bedrohung der Sicherheit der Person und des Eigentumes bildet, und dass sich hier auch tatsächlich öfters Unfälle durch Versagen der Bremsen oder zu schnelles Hinabfahren ereigneten. Der Magistrat <sup>sah</sup> sich daher veranlasst, im Einvernehmen mit der Polizeibehörde, Kundmachungen betreffend Durchfahrtsverbote durch die genannten Strassenteile für jegliches Fuhrwerk zu erlassen.

Abgabe von Frühkartoffeln. Freitag bis Montag werden in den Bezirken 1. bis 5., 7., 9., 10., 14. bis 16. Frühkartoffeln holländischer Herkunft, und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 28. August 1919, Nr. 347.

Die Ausnützung der Kleinwasserkräfte. An den verschiedenen Flüssen und Bächen, welche aus dem Gebirge kommend das Wiener Becken durchqueren bevor sie in die Donau münden, gibt es eine Menge kleiner schon angebaute Wasserkräfte, welche Mühlen, Spinnereien, Holzschleifereien und andere Fabriken treiben. Viele derselben sind infolge des Rohstoffmangels der Industrie schlecht oder gar nicht ausgenützt.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben sich nun seit geraumer Zeit mit der Frage der Verwertung dieser Anlagen für die Stromlieferung nach Wien beschäftigt und Projekte für den Anschluss derselben an ihre Ueberlandkraftnetze ausgearbeitet, einzelne Leitungen in Bau genommen und verschiedene der nötigen Transformierungsanlagen bestellt, sowie mit den Wasserkraftbesitzern langwierige Verhandlungen gepflogen, die so weit gediehen sind, dass jene Wasserkraftanlagen, die bereits elektrifiziert sind oder deren Elektrifizierung leicht möglich ist, baldigst zum Anschlusse gelangen werden. Es handelt sich hauptsächlich um die Wasserwerke am Leitha-Fischau Wasserwerkskanal und dem Kehrba- che, um die sich neben dem städtischen Elektrizitätswerke auch die Stadt Wr. Neustadt für ihr Elektrizitätswerk bewarb. Wr. Neustadt reflektierte insbesondere auf die Wasserwerksanlagen südlich der Stadt am Kehrba- che und im Gebiete von Neunkirchen und wird überdies am Kehrba- che 2 Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von zusammen 1800 PS errichten. Eine Wasserkraftanlage von 1000 PS am Kehrba- che beabsichtigt auch die Stadt Neunkirchen zu erbauen. Um das Zusammenwirken aller dieser Anlagen behufs Erzielung einer grösstmöglichen Ausnützung und Wirtschaftlichkeit berichte sich das Wasser- und Elektrizitäts- Wirtschaftsamt schon seit längerer Zeit, wobei es auch auf die Einbeziehung

der in Wöllersdorf und Blumau bestehenden calorischen Anlagen in die Elektrizitätsversorgung Bedacht nahm. Am 25. ds. M. hat nun im Wr. Neustädter Rathause unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Ellenbogen eine Besprechung der Beteiligten stattgefunden, bei welcher in der Hauptsache vereinbart wurde, dass die Gemeinden Wr. Neustadt und Neunkirchen mit dem Baue der geplanten Wasserkraftanlagen am Kehrba- che sofort beginnen, Wr. Neustadt und Neunkirchen noch heuer durch eine Hochspannungsfernleitung verbunden wird und alle im Bereiche der beiden Gemeinden vorhandenen Wasserkräfte gesammelt und der von den beiden Orten nicht benötigte Ueberschuss in Wr. Neustadt an die städtischen Elektrizitätswerke <sup>in Wien</sup> abgegeben wird. Letztere, welche an Wr. Neustadt ihrerseits Energie aus dem Ebenfurther Kraftwerke abgeben sollen, werden die zu diesem Zwecke im Bau befindliche Hochspannungsleitung auch zum Bezuge der Abfallenergie be- nützen. Alle übrigen im Bereiche des Fernleitungsnetzes der städtischen Elektrizitätswerke befindlichen geeigneten Wasserkraftanlagen im Wiener Becken werden seitens dieser Werke zur Stromlieferung herangezogen werden. Die Aktion erfordert sehr bedeutende finanzielle Aufwendungen, deren Beschaffung die Gemeindevertretungen von Wien und Wr. Neustadt demnächst beschäftigen wird, doch nötigt die Kohlennot zu raschem Handeln und zur Hintansetzung finanzieller Bedenken. Als erste Anlage werden die Wasserkraftanlagen der Pulverfabrik Roth in Felixdorf mit zirka 300 PS zum Anschlusse kommen, was ein Verdienst des Zivilingenieurs Eisler ist, der diese Anlage den städtischen Elektrizitätswerken zubrachte. Als nächste soll Ende September die Teesdorfer-Spinnerei mit 300 PS folgen, im Ganzen werden bis Ende dieses Jahres, 1500 bis 2000 PS für die Elektrizitätsversorgung Wiens nutzbar gemacht sein.

Friedhofserweiterungen. StR. Siegel berichtet über die Regulierung, bzw. Erweiterung der Friedhöfe in Neustift am Wald (Kosten 17.000 K), Baumgarten und Grinzing (30.000 K) und bemerkt, dass diese fortgesetzt notwendige Erweiterung <sup>ist</sup> für unsere Zeitverhältnisse bezeichnend seien.

StR. Dr. Grün beantragt, es möge der Magistrat beauftragt werden, einen Bericht über die Zustände der erweiterungsfähigen Friedhöfe zu erstatten.

StR. Müller (12. Bez.) bemerkt, dass bereits seinerzeit ein solches Referat erstattet worden sei. Er glaubt deshalb, der Antrag Dr. Grün's sei dahin abzuändern, dass ein Bericht über die Durchführung des seinerzeit im Stadtrate gefassten Beschlusses vorgelegt werden solle.

StR. Dr. Grün beharrt auf seinem Antrage unso mehr, als trotz des seinerzeit im Stadtrate erstattete Referates nur wieder neue Erweiterungsanträge unterbreitet worden.

Bei der Abstimmung werden der Antrag Grün und die Referentenanträge angenommen.

Die Schrebergartenausstellung. Nach einem Antrage des StR. Siegel wird für die Ausstellung der Schrebergärtner am 7. und 8. September ds. J. in der Volkshalle und im Arkadenhofe des Rathauses ein Pauschalkostenbetrag von 28.000 K genehmigt.

Die Absperrung der öffentlichen Parks- und Gartenanlagen. Aus Anlass eines speziellen Falles, der heute in Stadtrate zur Sprache kam, wies Bürgermeister Reumann darauf hin, dass in letzter Zeit wiederholt öffentliche Parks- und Gartenanlagen zur Veranstaltung von Festen in Anspruch genommen und aus diesem Grunde für den öffentlichen Besuch abgesperrt worden waren. Wenn das so fortgehe, so werde es noch so weit kommen, dass einmal an einen Sonntage alle grösseren Parks- und Gartenanlagen für das Publikum abgesperrt sein werden.

Er beantrage deshalb, der Stadtrat möge sich prinzipiell gegen die Ueberlassung der städt. Parks- und Gartenanlagen zum Zwecke der Veranstaltung von Festen und dergleichen aussprechen. Gleichzeitig möge die Gemeinde eine Eingabe an die Güterverwaltung richten, dass auch diese in Einkunft die Parks- und Gartenanlagen, welche ihr unterstehen, wie beispielsweise Schönbrunn, nicht mehr zur Veranstaltung von Festen überlässt, wodurch eine Absperrung derselben stattfinden müsse. Der Antrag des Bürgermeisters wurde einstimmig angenommen.

Eine Anfrage über Kartoffellieferungen. In der heutigen Stadtratsitzung stellt StR. Vaugoin eine Interpellation, dass am Samstag, den 16. ds. in der Lebensmittelstelle des Strassenbahnhofes Speising für die Bediensteten der Strassenbahn, für die Angestellten des Jubiläumspitals und Lainzer Versorgungshomes, ausserdem aber noch für die Mitglieder des Arbeiterkonsum-Vereines, Filiale Ketzendorferstrasse, Kartoffel ausgegeben wurden. Der Lebensmittelstellenleiter habe nun abends nach der Abrechnung für jedes kg Kartoffel, das an die Strassenbahner abgegeben wurde, 20 h, und für jedes kg Kartoffel, das an die Bediensteten des Spitals oder an Arbeiterkonsum-Vereinsmitglieder 40 h, an den Vertrauensmann der sozialdemokratischen Organisation abgeführt. Insgesamt sollen auf diese Art den sozialdemokratischen Vertrauensmann 2.557 K übergeben worden sein, und zwar angeblich für einen Wohlfahrtfond. Dieser Vorgang würde, wie StR. Vaugoin in seiner Interpellation ausführte, einen unerhörten Missbrauch der städtischen Lebensmittelabgabestelle für Parteizwecke bedeuten, ein Missbrauch, der umso grösser wäre, weil nicht bloss den sozialdemokratisch organisierten, sondern auch den nichtsozialdemokratisch gesinnten Angestellten der Bahn abzugeben gemacht wurde, wobei bemerkt werden muss, dass beide Teile der Meinung waren, dass sie ihr Geld für Kartoffel, nicht aber für irgend einen Fond ausgegeben hätten.

In Beantwortung dieser Interpellation hat Bürgermeister Reumann folgenden Bericht der Strassenbahndirektion mit Rücksicht auf die bekannten schlechten Ernteerhältnisse haben einzelne Bedienstete von in der Nähe des Marchfeldes liegenden Bahnhöfen (Floridsdorf, Kagran, Brigittenau) versucht aus dem Marchfeld Kartoffel für ihren eigenen Zweck zu erhalten und diese bei den ihnen nächstliegenden Bahnhöfen zur Verteilung zu bringen, wobei die Verpflegsstelle der Strassenbahn durch den Vertrauensmann Hauptvertrauensmann Weiss des Bahnhofes Brigittenau, welcher in Ohren kam, hat diese einseitige Belieferung nicht für Recht zu Sinne das hat im Namen des Kreisarbeiterates, dem angehört, diese Art der Aufbringung eingestellt. Er hat sich darauf mit unserer Verpflegsstelle verständigt, um eine möglichst gleichmässige Belieferung sämtlicher Strassenbahnangestellten mit Kartoffel zu erwirken; dabei hat sich aber herausgestellt, dass dies nur im Weg der Aufbringung unter Mitwirkung des Arbeiterates möglich war, während eine unmittelbare Bestellung durch die Strassenbahnen selbst aussichtlos gewesen wäre. Die Verpflegsstelle hat daher keinen Anstand genommen, den Schaffner Weiss die Möglichkeit zu bieten, eine Organisation zu bilden, durch welche es ermöglicht wurde, dem dringenden Bedürfnissen an Kartoffeln und sonstigen Lebensmitteln für die sämtlichen Strassenbahnangestellten ohne Rücksicht auf die Parteistellung zu entsprechen. Die Bezirksarbeitsräte haben aber gewünscht, dass auch an einen Teil der übrigen Bevölkerung unter Ausschaltung der Zwischenhändler und Preistreiber solche an Marchfeld aufgebrachte, von der Strassenbahn herbeiföhrte Kartoffel ausgegeben werden, was dann in der Weise geschah, dass Angestellte der Gas- und Elektrizitätswerke, die städtischen Angestellten und einige wenige Konsumvereine

mit in die Aktion einbezogen worden sind. Die Verpflegsstelle hat auf die Preisbildung gar keinen Einfluss genommen und auch gar nicht nehmen können, da sie zur Beschaffung der Kartoffel überhaupt gar nichts beigetragen, sondern nur ihre bestehende Organisation zur Verfügung gestellt hat, während die Preisbildung den Bezirksarbeitsräten oblag. Was nun zunächst die für die Strassenbahnbediensteten bestimmten Kartoffel betrifft, so gilt folgendes: Die Kartoffel wurden von den Ortsarbeitsräten mit K 2.07 und K 2.09 an Ort und Stelle angekauft, wozu dann noch die Spesen für den Transport und die Aufbringung kommen, so wie der Schwund beim Transport und Verteilen, so dass sich die Kartoffeln an Ort und Stelle der Verteilung entsprechend höher stellen, und zwar wird dieser Preis mit ungefähr K 2.30 berechnet. Dieser Betrag wird auch an die Verpflegsstelle, welche das Geld zum Ankauf und für den Transport vorstreckt, von den einzelnen Verkaufsstellen abgeliefert. Der Verkaufspreis wurde vom Bezirksarbeitsrate mit K 2.50 einheitlich festgesetzt, das heisst 26 h unter dem von den Händler verlangten Höchstpreise, welcher derzeit K 2.76 ist, sodass die Bezahler tatsächlich sehr billig zu einwandfreien guten Kartoffeln kommen, wemil auch allseits vollste Zufriedenheit erzielt wurde. Selbstverständlich werden die Kartoffel nur gegen Abtrennung der entsprechenden Buchstaben der Kartoffelkarte abgegeben, so dass auch in dieser Beziehung gar keine Unrichtigkeiten stattgefunden haben. Wenn die Verpflegsstelle der Strassenbahner von den K 2.30 etwas erübrigt, was anzunehmen ist, so wird dieser Betrag zur Verbilligung anderer Lebensmittel verwendet. Von der 20 h Differenz auf den Verkaufspreis von K 2.50 werden 8 h für den Strassenbahnangestellten-Bezirksarbeitsrat in Abzug gebracht behufs Deckung der Spesen für die Arbeiterate. Der Rest von 18 h aber wird dem Fond, der in allen Bahnhöfen, teils bereits bestehenden, teils im Entstehen begriffenen, freien Organisation zugeführt, welche sich zur Aufgabe hat, den Angestellten der Bahnhöfe wirtschaftliche Unterstützungen angedeihen zu lassen, sowie dies bisher von den in den Bahnhöfen bestehenden „Collegialen“ Unterstützungsvereinen geschah, die in die neue „Freie Organisation“ aufgenommen werden sollen. In dieser Beziehung sind bereits Verhandlungen eingeleitet worden. Diese „Freie Organisation“ ist eine rein wirtschaftliche Vereinigung ohne politischer Tendenz. Was nun die Abgabe der Kartoffel an den Konsum-Verein und an die Bediensteten des Spitals und Versorgungshomes angeht, so trägt die Verpflegsstelle hierfür gar kein Risiko; sie erhält K 2.10 per kg, während von den in Abzug gebrachten 40 h zunächst die gesamten Spesen, Transport, Personal, Schwund, etc. zu tragen sind. Der schliesslich verbleibende Rest wird zur Gänze dem obgenannten Wirtschaftsfond für die „Freie Organisation“ der Strassenbahnangestellten zugewiesen. Die Art und Höhe der Abzüge wurde in einer Sitzung der Lebensmittelbeiräte der städtischen Bediensteten, welche aus einer allgemeinen Wahl hervorgegangen sind, festgesetzt und sind bisher keinerlei Klagen darüber bekannt geworden.

Ausgabe neuer Fleisch-einkaufscheine. Von Montag an beginnt bei den Brotkommissionen die Ausgabe neuer Einkaufscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch. Mitzubringen sind die derzeit gültigen Fleisch-einkaufscheine, welche nach Einsichtnahme zurückgestellt werden und bis zum Inkrafttreten der neuen Fleisch-einkaufscheine gültig bleiben. Die Besitzer der neuen Einkaufscheine für Rindfleisch haben sich innerhalb zweier Tage nach Erhalt bei ihrer bisherigen Fleischabgabestelle anzumelden. Eine Aenderung der Abgabestelle anlässlich der Ausgabe der neuen Einkaufscheine ist nicht zulässig, da die neuen Fleisch-einkaufscheine nur eine Fortsetzung der bisherigen bilden. Es wird daher von allen Fleisch-einkaufscheinen, welche an bereits rayonierte Haushalte ausgegeben werden, die Abschnitte A und B durch die Brotkommission abgetrennt. Die Ausgabe findet statt: Für die Haushalte mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens, A - E am 1. September, F - H am 2. September, J - L am 3. September, M - Q am 4. September, R, S, SCH am 5. September und St, T - Z am 6. September in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags.

3. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 29. August 1919,

Die Kriegswohnhäuser auf der Sohmelz.

Der Gemeinderat hat seinerseits unter den Massnahmen zur Behebung der Wohnungsnot nach dem Kriege für eine längere Uebergangszeit die Errichtung von Kriegswohnhäusern mit einer Bestanddauer von 20 Jahren binnen 6 Monaten nach Friedensschluss genehmigt. Die Kriegswohnungen sollen nach diesem Beschluss möglichst in einstöckigen Gebäuden in Siedlungen und im Interesse der Kostenersparnis nach gleichförmigen Typen und unter Verwendung Materialsparender Bauformen, errichtet werden. Die erste Siedelung ist bekanntlich auf eine nicht für die ständige Verbauung der Sohmelz im Umfange von tausend Wohnungen geplant und hat, wie StR. Siegel in der heutigen Sitzung berichtete, das Stadtbaumamt nunmehr die notwendigen Vorarbeiten beendet. Als Baugrund ist ein Grundteil der Sohmelz im Ausmasse von rund 100.000 Quadratmeter bestimmt, welcher nach langwierigen Verhandlungen vom liquidierenden Kriegsministerium unkündbar auf die Dauer von 30 Jahren, gegen einen jährlichen Anerkennungszins von K 1 gepachtet werden soll. Dieses Pachtverhältnis kann über Verlangen der Gemeinde um 10 Jahre verlängert werden, wenn nach der Lage des Wohnungsmarktes und dem Zustande der Baulichkeiten die weitere Belassung dieser Siedelung im öffentlichen Interesse gelegen. Die Gemeinde verpflichtet sich über Verlangen des Staatsamtes für Heerwesen, spätestens aber mit Ablauf der Pacht-dauer, den Grund um den Pauschalbetrag von höchstens 800.000 K zu kaufen. Ueber diese Pachtbedingungen wurde aber bisher trotz mehr-facher Betreibungen ein Abschluss noch nicht erzielt. Es sei aber, wie der Referent betonte, immerhin begründete Aussicht vorhanden, endlich zum Abschlusse dieses Pachtvertrages zu gelangen, umso-mehr, als sich auch der Vorsitzende des Wohnungsfürsorgeausschus-ses StR. Dr. Scheu persönlich bemüht, diese Angelegenheit in den Staatsämtern zu betreiben und einer entseppenden Erledigung zu-zuführen. Eine der wichtigsten Massnahmen für die Durchführung war die Sicherstellung der Baustoffe, da die, für die Siedelung notwendig gewesen, rund 14 Millionen Ziegel unter den derzeitigen Verhältnissen unmöglich beschafft werden können, wurde nach ge-lungenen Versuchen mit Schlaakenbeton, Hohlsteinen, die Erzeugung dieser Steine bei verschiedenen grossen Firmen in Auftrag gegeben und in der Herstellung begriffen, sodass der Bedarf für die gesam-te Siedelung im Grossen und Ganzen gedeckt ist. Für die Zwischen-wände kommen Leichtbeton-Wandplatten in Betracht; von den erfor-derlichen 60.900 Quadratmeter sind bereits 35.000 Quadratmeter hergestellt. Die erforderlichen Fenster und Türen nebst den Be-

schlüssen sind ebenfalls fast zur Gänze fertiggestellt. Auch für das notwendige Glas wurde bereits vorgesorgt. Da für die Dachbein-deckung die erforderlichen 1.900.000 Stück Dachziegel ebenfalls nicht beschafft werden konnten, wurden hierfür 5.000 Qua-dratmeter Wellpappe aus der Fabrik in Hirschwang erworben. Die Zufuhr der Baustoffe wird auf einem Verbindungsgeleise der Strassen-bahn von der Hütteldorferstrasse erfolgen. Die Baugrundlagen sind also so weit fertig, dass an die Ausschreibung des grössten Theiles der Arbeiten geschritten werden kann.

Also im Ganzen sollen 53 Kriegswohnhäuser und 390 Wohnungen errichtet werden. Mit Rücksicht auf die horrenden Material-preise und die erhöhten Lohnforderungen stellen sich die Kosten für eine Wohnung auf 80.000 K und dabei war die Herstellung zu diesem Preise nur möglich, weil die Baustoffe aus früherer Zeit stammen. Selbstredend wird aber die Gemeinde die Wohnungen zu den normalen Wohnpreisen vergeben und wird der Jahreszins einer Wohnung, bestehend aus Zimmer, Kammer und Küche 3.900 K betragen, einer solchen aus Zimmer, 2 Kammern und Küche 5.200 K und einer Wohnung bestehend aus 2 Zimmern, Kammer und Küche 6.500 K. Die Mehrkosten werden, wie in so vielen anderen Fällen, auch in diesem Falle aus allgemeinen Mitteln ver-tragen. Im heurigen Jahre werden noch rund 14 Häuser benützungsfähig hergestellt werden, die übrigen Häuser könnten im ersten Halbjahre 1920 fertiggestellt sein. Natürlich wird die Herstel-lung der Hausgärten, zweier grosser Spielparks, der Verbindungs-bauten zwischen den einzelnen Gruppen, vielleicht auch ein Teil der Strassenbauten und der Alleespflanzungen noch zurückbleiben, im Grossen und Ganzen aber wird die Siedelung bewohnbar sein.

Der Referent betonte sodann noch, dass die finanzielle Be-lastung, die die Gemeinde Wien mit diesen Bauten übernimmt, ganz bedeutend ist. Allein mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungs-not und in Berücksichtigung des Umstandes, dass die zu erbauenden Kriegshäuser in jeder Beziehung der modernen Auffassung des Kleinwohnungsbaues entsprechen und da die gesamte Siedelung über-dies durch reichliche Gartenanlagen und der Errichtung von Spiel-wiesen nach Aussen hin ein gefälliges Bild bieten werde, wolle man dennoch an die Schaffung dieser Kleinwohnungen schreiten. Auch der Umstand, dass auf diese Weise vielen kinder-reichen Familien Unterkunft gegeben werden könne, dürfe nicht ausser Acht gelassen werden.

Das ursprüngliche Projekt für 11.030 Wohnungen hätte Kosten im Betrage von 25 Millionen erfordert. Das gegenwärtige sei auf ein Drittel reduziert, dennoch stelle sich aber sein Preis in-folge der mittlerweile wieder eingetretenen Erhöhungen der Materi-alpreise auf 33 Millionen Kronen.

Schliesslich beantragte der Referent eine allgemeine Preis-ausschreibung zur Gewinnung von Anboten auf die verschiedenen Arbeiten zu erlassen und bezüglich jener Häusergruppen, die noch heuer fertiggestellt werden sollen, den Anbotstellern besondere Bedingungen für die Einhaltung des Liefertermines vorzuschreiben.

In der Wechselrede, die sich an das Referat knüpfte, wies StR. Schmid ebenfalls auf die finanziellen Bedenken hin, die der Ausführung des Projektes entgegen stünden. Er sei aber der Mei-nung, dass man in diesem Falle, so sehr man auch bestrebt sein müsse, die Finanzen der Stadt zu sanieren, von diesen Bedenken Abstand nehmen müsse, im Hinblick auf den Zweck der zu erbauenden Häuser. Wenn auch eine Wohnung derselben auf 80.000 K komme und ein Zins von 4.000 K dafür bezahlt werden müsse, so müsse er doch sagen, dass die Wohnungsnot dessen ungeachtet gebieterisch die Errichtung solcher Wohnhäuser verlange, ja er glaube, dass die Gemeinde geradezu verpflichtet sei, in der Wohnungsfrage alles notwendige vorzunehmen, weshalb finanzielle Bedenken keine Rolle spielen dürften. Man sage freilich, man wisse nicht, wie lange die Wohnungsnot bestehen und dass eine Abwanderung eintreten wer-de, allein schliesslich könne letzteres Niemand beweisen. Ein weiterer Grund, warum er dafür sei, sei, dass Kleinwohnungen ge-schaffen werden, mit allen modernen Einrichtungen und dass die Anlage zweifellos ein hübsches Bild bieten werde. Gut sei auch, dass die Baustoffe bereits sicher gestellt seien. Endlich müsse man auch im Auge behalten, dass, wenn auch jetzt durch Vergabung von Instandsetzungsarbeiten das Baugewerbe gut beschäftigt sei, diese Arbeiten nur eine kurze Zeit dauern werden, und dann wieder, nachdem an eine private Bautätigkeit nicht zu denken sei, Arbeit und Verdienst auf dem Gebiete des Bauhandwerkes, geschaffen werden müsste.

StR. Breitner hob hervor, dass er sich als Budgetreferent, die finanziellen Bedenken, die auftauchten, nicht zu eigen machen könne.

Es sei unbedingt notwendig, dass auf diesem Gebiete etwas ge-schehe und überdies sei man in dieser Frage bereits soweit ge-gangen, dass ein Rückzug für die städtischen Finanzen zum min-dest ebenso ruhmlos wäre, als wenn man weiter fortschreite. Es würden gute gesunde Wohnungen, die ein gefälliges Aeusserer zei-gen, geschaffen werden und es werde von der Bevölkerung sicher auch als eine Leistung gewertet werden.

StR. Vaugoin trat ebenfalls für die Ausführung der Häuser in Hinblick auf die herrschende Wohnungsnot ein und auch aus dem Grunde, weil es sich um Wohnungen handle, die vor allen Invali-den und Heimkehrern zu Gute kommen sollen. Trotz der finanziel-len Bedenken, die nicht von der Hand zu weisen seien, werde deshalb für die Referentenanträge stimmen.

StR. Müller (12. Bezirk) sprach den Wunsch aus, dass bei der Vergebung der Wohnungen nur kinderreiche Familien berücksichtigt werden sollen, da die Not der Leute an solchen Wohnräumen sei in den ehemaligen Vororten geradezu entsetzlich.

VB. Winter trat dafür ein, dass die beiden in Aussicht genom-menen Spielplätze zusammen gelegt werden mögen, damit für die grosse Zahl der Kinder, die diese Plätze besitzen werden, eine in sanitärer Beziehung entsprechender Erholungsort geschaffen werde.

Frau StR. Seidl gab der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Ge-meinde verpflichtet sei, solche Kleinwohnungen zu schaffen. Des-halb seien auch alle finanziellen Bedenken aus dem Felde zu schlagen. Besonders sympathisch sei ihr der Umstand, dass beim Projekte in grosszügiger Weise für die Zwecke der Kinderfür-sorge vorgesorgt worden sei.

StR. Dr. Grün bezeichnete mit Rücksicht darauf, dass in sa-nitärer und hygienischer Beziehung vollkommen einwandfreie Woh-nungen geschaffen werden sollen, die Kosten als nicht ausschlag-gend. Sie müssten als ein Kulturaufwand angesehen werden und deshalb müsse man sich der Tragung derselben entschliessen.

Nach einem kurzen Schlussworte des Referenten wurden dessen Anträge angenommen.

Errichtung von Kinderspielplätzen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete VB. Winter über die Schaffung von Kinderspielplätzen im Simmeringer-Park und im Türkenschanz-Park. Seine diesbezüglichen Anträge wurden angenommen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 29. August 1919, Nr. 348.

Abgabe von Frühkartoffeln. Samstag bis Dienstag werden in den Bezirken 6, 8, 11 bis 13 und 17 Frühkartoffeln holländischer Herkunft, und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Neue Schweinefleischpreise. Die letzten Abschlüsse an lebenden Schweinen machen es möglich, dass das frische Schweinefleisch, das im Wege der städt. Schweineübernahme in Verkehr gesetzt wird, zu folgenden Preisen im Kleinverschleiß abgegeben werden kann: Frisches Schweinefleisch 1 kg für 32 K, Schweinsinnereien und Köpfe 1 kg für 12 K, rohe Zungen 1 kg für 15 K und gepökelte Zungen 1 kg für 17 K. Die neuen Preise, welche am 1. September in Kraft treten, sind somit durchwegs um 4 K für das kg niedriger als die bisherigen. Zu diesen herabgesetzten Preisen wird das Schweinefleisch vom D o n n e r s t a g, den 4. September 1919 angefangen bei den Rayonierstellen für frisches Schweinefleisch erhältlich sein. Die näheren Bestimmungen über die Abgabe bei diesen Stellen, insbesondere über die turnusweise Belieferung, werden absondert verlautbart werden.

Dachbodenräume für Wohnzwecke. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Siegel über die Nutzbarmachung von Dachbodenräumen für Wohnzwecke mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot. Da zu diesem Behufe die Bauordnung abgeändert werden muss, stellte der Referent mehrere darauf bezughabende Abänderungsanträge, welche einmütig angenommen wurden.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 29. August 1919, Nr. 349.

Schweizer Gäste in Wien. Dienstag, den 26. ds. M. verliessen nach mehrtägigem Aufenthalt zwei um die Aktion „Wiener Kinder nach St. Gallen“ hochverdiente und für das Wohl unserer Jugend rastlos tätige Damen und Herren, Kantonsrat und Chefredakteur der „Ostschweiz“ E. Baumberger - Longoni aus St. Gallen und Herr Wyz, Grosskaufmann in Buchs, samt ihren Gemahlinnen Wien. Sie benützten den Anlass ihres Aufenthaltes, um eine Reihe von Fürsorgeeinrichtungen in Wien zu besichtigen und haben sicherlich den Eindruck mitgenommen, dass eine Fortsetzung des grosszügigen schweizerischen Liebeswerkes noch im Spätherbst dieses Jahres oder doch im Frühjahr des kommenden Jahres in ihrer Heimat höchst wünschenswert sei.

Der neue Veterinär-Direktor. Der Stadtrat hat den Veterinär Dr. Hans Juritsch zum Direktor des Veterinär-Amtes der Stadt Wien ernannt. Dr. Juritsch bekleidete zuletzt die Stelle des Leiters im Schlachthofe St. Marx. In diesem grössten Schlachthause Wiens hat sich Dr. Juritsch während der ganzen Kriegszeit durch seine hervorragenden fachlichen Kenntnisse, durch seine zielbewussten administrativen Massnahmen, seine Tatkraft und Energie besonders hervorgetan. Der neue Veterinär-Direktor ist eine eminente Arbeitskraft und gilt als einer der tüchtigsten Kenner in Schlachthaus- und Viehmarktangelegenheiten. Trotz seiner Ueberbürdung hat er sich auch wissenschaftlich betätigt.

Kleingartenausstellung. Die am 7. und 8. September 1919 in der Volkshalle und im Arkadenhofe des Rathauses stattfindende Kleingartenausstellung wird am Sonntag, den 7. September um 9 Uhr vormittags für den allgemeinen Besuch eröffnet. Die Ausstellung bringt Erzeugnisse aus Schrebergärten und Kleingärten wie Gemüse, Obst u. s. w., ausserdem zahlreiche Kleintiere (Hühner, Enten, Hasen, Schafe, Ziegen u. s. w.), weiters viele Bilder und Photographien aus Kleingartenanlagen, sowie Behelfe jeder Art, die für Kleingartenwirtschaft Wert haben. Eintrittspreis ist 1 K pro Person; schulpflichtige Kinder in Begleitung Erwachsener haben freien Eintritt. Karten sind im Vorverkauf beim Verbands der Schrebergartenvereine XV., Sorbaitgasse 3, sowie bei den Vorständen der Schrebergartenvereine zu haben. An den Ausstellungstagen selbst erfolgt die Kartenausgabe beim Ausstellungseingange, I., Lichtenfelsgasse, (Rathauseingang).

Eisener Salvatormedaillen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Winter beschlossen, dem Gemeinderate vorzuschlagen, den Leitern der Amerikanischen Kinderhilfsaktion Leutnant Gilchrist Baker Stockton und Dr. Herrman Geist sowie dem Major Bethell in Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste um die Kriegsfürsorge und die Approvisionierung Wiens, die eiserne Salvatormedaille zu verleihen.

Von der Volksoper. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Dreitner den Eintritt der Gesellschaft m. b. H. Felix Weingartner in den Pachtvertrag des Jubiläums-Stadttheaters für die Zeit zugestimmt, als Direktor Felix Weingartner tatsächlich die künstlerische Leitung des Theaters inne hat.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Mitzew,*  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 30. August 1919, Nr. 350.

Mindestbemitteltenfürsorge. In der 115. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Haferflocken per Person zum Preise von 40 h gegen Abtrennung des Abschnittes 26 in den Geschäften und Ständen der Grossschlächtereier an folgenden Tagen: Dienstag, den 2. September von A - F, Mittwoch, den 3. September von G - K, Donnerstag, den 4. September von L - R und Freitag, den 5. September von S - Z. Ausserdem erfolgt die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine, die in den Ständen VII. Bezirk, Neubaugürtel und IX. Bezirk Viriotplatz und Zimmermanplatz wayoniert sind. Abgetrennt wird der links oben befindliche durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von 1 K abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Haferflocken. An die Ausspeisungen, <sup>offenen</sup> Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 122. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Haferflocken (zum Preise von K 3.30 per kg) abgegeben werden.

Lebensmittelangabestelle der städtischen Angestellten. An Mehlayoniererte pro Kopf: 1/4 kg Mehl zu K 1.35, 3/8 kg Maisgrieß K 2.03, 12 dkg Schmalz K 5.34, als Zuluße 1/4 kg Oel K 7.25. An Kartoffelrayoniererte pro Kopf: Auf Abschnitt „J“ und die vorhergehenden 1 kg Kartoffel K 2.76, auf Abschnitt „K“ 1/2 kg Kartoffel K 1.38. An Zuckerrayoniererte pro Kopf: Gegen Abtrennung der Juli-Zuckermarken 3/4 kg Rohrzucker K 5.34. Sonst die laufenden Artikel wie Schmierseife 1 kg K 5.40, Liköre verschiedener Sorten, Knabenanzüge aus Zeltblattstoff, Chiffon, Schürzen, Kaffeesurrogate, Miha (Zitronenersatz), Mineralwasser (Thalheimer), ferner Schuhcreme, Schuhwachs, Linoleumcreme, Herma-Lampen, Christbaumkerzen, Schuhsohlen, Kochkisten und Sparkocher.

Fettausgabe. Vom 31. August bis 6. September 1919 wird wieder die volle Wochenfettquote von 12 dkg Fettprodukten per Person, und zwar Schweinefett zur Ausgabe gelangen, sodass auch die Fettkartenabschnitte für nichtrayoniertes Fett zur Einlösung kommen. Bei den städtischen Schweinespöckabgabestellen werden pro Person 12 dkg Schmalz zum Preise von K 5.34 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 155 und der beiden Abschnitte Nr. 155 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag bis Donnerstag werden in den Bezirken 1, 3, 4, 7, 14, 15 und 16 Frühkartoffeln inländischer Herkunft, und zwar 2 kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „L“ der Kartoffelkarte abgegeben. Der Marktpreis der Ware wurde dem Preise der ausländischen Kartoffeln gleichgestellt. Die Belieferung der noch ausständigen Bezirke 18 bis 21 mit holländischen Frühkartoffeln wird noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Mehlabbgabe. In der kommenden Woche besteht die Kopfquote an Mahlprodukten aus 1/4 kg Mehl und 1/4 kg Maisgrieß; ausserdem gelangt eine allgemeine Zuluße von 1/8 kg Maisgrieß auf Grund der gelben bzw. lilafarbenen Mehlbezugskarte sowohl bei den städtischen Mehlabbgabestellen, als auch bei den Konsumentenorganisationen zur Ausgabe. Detailverkaufspreis K 5.40 per 1 kg.

Abgabe von Sauerkraut. Die Abgabe von Sauerkraut wird auch in der kommenden Woche fortgesetzt und die Ware ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte abgegeben. 1 kg kostet 70 h.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 30. August 1919, Nr. 351.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch und Donnerstag zu Sitzungen zusammen.

Die Tuberkulosen Fürsorge. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Dr. Grün den Arzt Dr. Alfred Götzl zum provisorischen Facharzt für Tuberkulosefürsorge im städtischen Gesundheitsamte bestellt.

Von der Schweizer-Hilfsaktion. Der Stadtpräsident von Zürich Naegeli hat an Bürgermeister Reumann nachstehendes Schreiben gerichtet: Aus der mir wegen gestörter Gesundheit verordneten Kur zurückgekehrt, finde ich die Bronce-Statuette der Pallas Athene vor, die Herr VB. Winter beim Empfange der Abordnung von Vertretern der deutschösterreichischen Regierung und der Wiener Stadtbehörden durch das Zürcher Hilfskomité für die Wiener Ferienkinder am 5. August in Zürich als Dank der Stadt Wien für meine Mitarbeit beim schweizerischen Hilfswerke zu Gunsten Wiens für mich überreichten liess.

Zu meinem grossen Bedauern war es mir versagt, dem Empfange der Wiener Abordnung beizuwohnen, das mir zugedachte wertvolle Erinnerungszeichen persönlich entgegenzunehmen und es mündlich zu danken. Ich fühle mich daher gedrängt, Ihnen auf diesem Wege für das mir gestiftete edle Kunstwerk und die mir damit namens der Stadt Wien erwiesene Ehrung meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen. Wenn die Wiener Behörden durchaus darauf hielten, ihre bereits vielfach bezeugte Dankbarkeit für die der Stadt Wien in bitterer Not von der Schweiz und von Zürich erwiesene werktätige Teilnahme auch noch durch ein äusseres Zeichen zu krönen, so konnten sie es, soweit meine Wenigkeit dabei in Betracht kommt, auf keine trefflichere Weise tun, als durch das klassisch schöne Bildwerk, mit dem Sie mich zu überraschen die Liebenswürdigkeit hatten. Die herrliche Plastik bildet für mich eine unversieglige Quelle sich stets erneuernder Freude und Genusses. Zugleich wird sie mir ein unvergängliches Gedenkzeichen an den warmen und innigen Widerhall sein, den die Bemühungen unseres Landes und unserer Stadt, in schwerster Zeit Einiges zur brüderlichen Linderung der harten Leiden Wiens beizutragen, in den Herzen der Wiener Behörden und Bevölkerung fanden, ein Gedenkzeichen, das mir stets zu besonderem Stolze gereichen wird und das ich in hohen Ehren halten werde.

Die Gestalt der Schutzgöttin Athens ruft die Bestrebungen in Erinnerung, denen Wien in der Pflege von Kunst, Wissenschaft, Gewerbe, Technik und Humanität seit Jahrhunderten mit so vorbildlichem Erfolge gehuldigt hat und denen es seine Grösse und seinen hohen kulturellen Rang unter den Städten Europas verdankt. Ich hoffe und wünsche nichts lebhafter, als dass die mir überreichte Statuette Sinnbild und Unterpfand dafür sei, dass die Stadt Wien aus den Tiefen ihrer gegenwärtigen Heimsuchung sich wieder zu den lichten Höhen neuer geistiger und materieller Blüte und Wohlfahrt emporringen werde und dass sie berufen bleibe, auch in Zukunft ihren bedeutungsvollen Beitrag zur geistigen Befruchtung und Bereicherung der menschlichen Kulturgemeinschaft zu leisten.

Erhöhung der Petroleumquote. Mit 1. September tritt eine Erhöhung der bisherigen Petroleumquote in Kraft, und zwar werden ausgegeben: in der Zeit vom 1. bis 13. September auf Grund der derzeit gültigen Petroleumbezugskarten für finstere Küchen (Wohnungen) und für die Hausbeleuchtung je 1/4 Liter pro Woche, in der Zeit vom 14. September bis 4. Oktober auf Grund der neu auszugebenden Petroleumbezugskarten wöchentlich für Wohnungen und Hausbeleuchtung je 1/4 Liter, für Untermieter 1/8 Liter, für Heimarbeiter und Geschäftlokale je 3/8 Liter. Waschküchen erhalten bis auf weiteres keine Zuweisung. Der Termin der Ausgabe der neuen Petroleumbezugskarten wird rechtzeitig verlautbart werden.

Abgabe von Unterzündholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einem Haushalt für einer Woche erfolgt in der Zeit vom 1. bis 6. September, gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes „I“ der Mehlbezugskarte. Preis ist 30 h für Hartholz, 40 h für Weichholz für 1 kg.